

## ¡Afuera Angela!

Das andere Merkel-Buch: Mit der JF spricht Klaus-Rüdiger Mai über seine Abrechnung mit der Altkanzlerin.

INTERVIEW, Seite 3

## ¡Afuera Assad!

... und dann? Die JF analysiert, welche Konsequenzen sich aus dem Sturz des syrischen Diktators Assad ergeben.

THEMA & AUSLAND, Seite 7 & 10

## ¡Afuera Atomstrom!

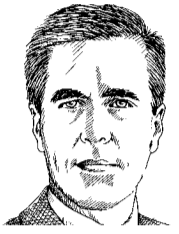
... oder doch nicht? Eine Studie kommt zum Schluß, daß Deutschland seine AKW doch wieder hochfahren könnte.

WIRTSCHAFT, Seite 13

## ¡Afuera Altlasten!

Ein linker Idealist wollte im Roman „Das Treibhaus“ die junge Bundesrepublik mitgestalten. Ein Rückblick.

KULTUR, Seite 18



KOLUMNE VON DIETER STEIN

Debatte um Milei und Musk

## Mehr Preußen wagen

Allein die vorsichtige Äußerung, Deutschland solle „vielleicht ‘n klein bißchen mehr Milei oder Musk wagen“, führte bereits zu heller Empörung im Blätterwald. Zaghafte hatte Christian Lindner (FDP) versucht, quasi „ein Stückweit ‘n klein bißchen“, wieder in die Offensive zu gelangen. Es genügt aber, daß selbst CDU-Chef Friedrich Merz sich „völlig entsetzt“ zeigte. Der argentinische Präsident „ruiniert das Land, tritt die Menschen mit Füßen“, warf sich Merz beifallheischend in einer ARD-Talkshow in Pose. Ein Elend. Seit Jahrzehnten drückt sich Deutschland davor, härtere Reformen (Sarrazin läßt grüßen) anzupacken, wird jeder Ansatz von staatsversessenen Parteien links bis rechts zerredet. Natürlich müßte Deutschland „mehr Milei und Musk“ wagen. Die Kettensäge ist ein prächtiges Symbol! Von Jahr zu Jahr wachsen die Staatsausgaben, steigt die Zahl Beschäftigter im Öffentlichen Dienst.

Die Mehrheit der Bürger wäre bereit, harte Veränderungen mitzumachen – wenn die Regierung ein Beispiel gibt.

Frei nach Schiller gilt für diesen immer expansiveren, übergreifigeren Staat: „Das eben ist der Fluch der Bürokratie, daß sie, fortzeugend, immer neue Bürokratie muß gebären.“ Was schon für Berlin Irrsinn bedeutet, gilt für Brüssel im Quadrat.

Die Mehrheit der Bürger wäre bereit, harte Veränderungen mitzumachen, davon bin ich überzeugt – wenn die Regierung mit positivem Beispiel vorangeht. Stopp des Kanzleramtsneubaus, Halbierung der Staatssekretärsstellen, Linienflüge statt Flugbereitschaft usw. Inzwischen ist jedem angesichts erschreckend zerfallender Infrastruktur, maroder Schulen, demoralisierter Polizisten und unpünktlicher Bahnen klar, daß eine Grundsanierung fällig ist – bei der jeder betroffen ist und mit Einschränkungen leben muß.

Den Mut zur klaren Ansage hat Javier Milei gehabt: „No hay más dinero.“ (Es gibt kein Geld mehr), verkündet er seinen Landsleuten gebetsmühlenartig. Schluß, Aus, Ende. Zurück zu den Kernaufgaben des Staates und dafür maximale persönliche und unternehmerische Freiheit. Hierzulande wird indes jede Initiative mit Betonplatten an Vorschriften, Dokumentationspflichten, Abgaben und Gängelungen erstickt.

Statt auf Milei können wir uns gern auf Preußen besinnen. Als Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, 1713 sein Amt antrat, übernahm er ein total überschuldetes Land. Mit eiserner Disziplin sanierte er Preußen und legte damit den Grundstein des später aufsteigenden deutschen Nationalstaats. Er kürzte den Etat seines Hofes radikal, war Vorbild strengster Sparsamkeit und mahnte seinen Sohn, Friedrich den Großen: „Der liebe Gott hat euch auf den thron gesetzt nicht zu faulentezen sondern zu arbeiten.“ Diesen Geist gilt es wiederzubeleben.



# Zeit für harte Schnitte

**Droht in Deutschland der Einsatz libertärer Kettensägen wie in Argentinien? Plötzlich wird über härtere Reformen eines auch bei uns aus den Fugen geratenen Staates debattiert**

Seiten 1, 2 und 5

## Jenseits der Ressentiments

**Weltkrisen:** Syrien kollabiert, und ein Waffenstillstand für die Ukraine rückt näher. Welche Rolle spielt Deutschland?

BRUNO BANDULET

Donald Trump agiert in diesen Tagen, als säße er schon im Weißen Haus. Kaum hatten islamistische Milizen am vergangenen Samstag die Vororte von Damaskus erreicht, meldete er sich zu Wort. Syrien sei ein „Schlamassel“, sagte er, und Amerika solle sich dort heraushalten. Den anderen Kriegsschauplatz nahm er gleich am Sonntag in den Blick und forderte einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Und damit die Europäer nicht dächten, daß der Friede billig zu haben sei, drohte er ihnen wieder einmal mit dem Austritt aus der Nato, falls sie „ihre Rechnungen“ nicht bezahlen. Trump, kein Freund amerikanischer Kriege, glaubt an Frieden durch Stärke.

Manchmal werden Kriege nur verständlich, wenn sie zusammen betrachtet werden. Das Assad-Regime konnte nur so schnell zusammenbrechen, weil seine Schutzmacht Rußland nicht zwei Kriege gleichzeitig führen konnte und weil die durch massive israelische Luftschläge dezimierte Hisbollah abseits stehen mußte. Und die Logik von Trumps Ukraine-Politik gründet in seiner Überzeugung, die USA müßten sich auf die Auseinandersetzung mit der Supermacht China konzentrieren.

Am 20. Januar wird er einen Nahen Osten vorfinden, dessen politische Landschaft 2024 umgepflegt wurde. Irans strategisches Vorfeld, die vom Irak bis zum Libanon reichende „Achse des Widerstands“, liegt in Trümmern. In Damaskus, der einstigen Perle Arabiens, hat ein Dschihadist die Macht ergriffen, auf dessen Kopf die USA zehn Millionen Dollar ausgesetzt haben. Erdoğan, der grünes Licht für den Feldzug der Rebellen gegeben hat, nimmt jetzt das Territorium der Kurden in Syrien ins Visier. Und diese wiederum werden von den Amerikanern protegiert, die immer noch Militär auf den Öl- und Gasfeldern im Osten haben. Daß Putin von Erdoğan die Zusage bekommen hat, daß der russische Kriegshafen in Tartus und der Luftwaffenstützpunkt Hmeimim nicht angegriffen werden, kann nur vermutet werden. Ob sich Trump auf Dauer aus dem syrischen Chaos heraushalten kann? Noch ist seine Vorstellung von einer Friedenslösung in Nahost nicht mehr als ein frommer Wunsch.

Der gordische Knoten Ukraine wird sich leichter durchschlagen lassen. Das Drehbuch liegt seit Juni auf Trumps Tisch, ausgearbeitet von Generalleutnant a.D. Keith Kellogg, der den Präsidenten schon früher beraten hat. Künftig soll er als Sondergesandter für die Ukraine fungieren. Falls alles nach Plan verläuft, wird Washington sowohl Moskau als auch Kiew unter Druck setzen und beide an den Verhandlungstisch bringen. Der Deal, der während des Waffenstillstands ausgehandelt werden soll, würde so aussehen, daß die Ukraine für etwa 20 Jahre auf einen Nato-Beitritt verzichtet, daß die Fronten eingefroren werden und daß die Annexion des Donbass und der Krim de facto, aber nicht de jure von Kiew akzeptiert wird. Erinnerungen werden wach an das Schicksal der deutschen Ostgebiete. Jahrzehntlang standen sie unter polnischer und sowjetischer Verwaltung, bis sich die Regierung Kohl dann doch bereit fand, die Kriegsbeute den Okkupanten völkerrechtlich bindend zu überlassen.

Selenskyj ist bereits von seinem lange propagierten Siegfrieden aberückt. Er hat territoriale

Zugeständnisse in Aussicht gestellt. Im Gegenzug verlangt er kategorisch und zu Recht Sicherheitsgarantien für die verbleibenden 80 Prozent seines Staatsgebietes. Wer soll die geben, falls sich die USA sträuben? Wenn der UN-Sicherheitsrat eingebunden wird, in dem auch China sitzt, würde der Kreml wohl kaum seinen großen Verbündeten Xi mit einem Vertragsbruch bloßstellen wollen.

Die Westeuropäer und auch die Polen bringen dafür nicht besonders viel Gewicht auf die Waage. Schon als die Regierungen in Paris und London über die Entsendung eigener Truppen und damit über den Kriegseintritt laut nachdachten, konnte das niemand ernst nehmen. Daraus wäre eher ein Remake des Suezkrieges als ein solches des Krimkrieges geworden. Den Krimkrieg gegen Rußland gewannen Frankreich und Großbritannien zusammen mit der Türkei 1856, am Suezkanal wurden sie genau hundert Jahre später von den Amerikanern im Stich gelassen.

Es stimmt aber auch, daß die Ukraine ohne das Eingreifen der Nato den Krieg nicht mehr gewinnen könnte. Das war schon nach der gescheiterten Sommeroffensive 2023 absehbar. Jetzt bereiten sich französische und britische Militärs darauf vor, eine Friedenstruppe zur Sicherung des Waffenstillstands aufzustellen. Nur wäre die nicht unparteiisch. Was, wenn Moskau auf einem wirklich neutralen Schiedsrichter besteht? Indien beispielsweise hat mit 1,5 Millionen Mann im aktiven Dienst mehr Soldaten aufzubieten als die USA.

Das westliche Mantra lautete zunächst, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen, und dann: sie dürfe ihn nicht verlieren. Es gibt hier freilich,

anders als 1918 und 1945, mehr als eine Möglichkeit, Sieg und Niederlage zu definieren. Wenn Kelloggs Plan umgesetzt wird, überlebt die Ukraine als handlungsfähiger, homogener und im Felde unbesiegter Nationalstaat. Als ressourcenreiches, wenn auch hochkorruptes Land kann sie an den Wiederaufbau gehen. Millionen von Flüchtlingen können zurückkehren. Und Neutralität ist keine Strafe – über einen Nato-Beitritt entscheiden ohnehin die aufnehmenden Länder, nicht der Aspirant.

Rußland hätte sein Hauptkriegsziel erreicht. Sewastopol und damit das Schwarze Meer gingen nicht verloren, und die Nato würde nicht bis weit über den Dnjepr hinaus expandieren. Wenn Washington dann noch anbietet, die Sanktionen zu lockern, käme der Kreml gut weg. Daß Grenzen mit Gewalt verschoben werden, ist schwer erträglich, war übrigens auch in Jugoslawien der Fall und darf trotzdem kein Präzedenzfall in Europa werden.

Berlin wäre gut beraten, die Aufstellung von Friedenstruppen anderen zu überlassen. Deutsche Soldaten waren schon zweimal vor Ort, und die Bundeswehr ist mit der Litauen zugesagten Brigade genug ausgelastet. Hält der Waffenstillstand nicht, gerät die Friedenstruppe zwischen die Fronten. Hält er, müssen Russen und die anderen Europäer Wege finden, um wieder miteinander auszukommen. Dabei kann Deutschland, auch ohne Direktiven aus Washington, eine positive Rolle spielen. Voraussetzung ist zweierlei: militärisches Gewicht, das noch fehlt, und ein Verzicht auf Russophobie nicht zuletzt in der deutschen Publizistik. Russenhaß kann sich Deutschland ebensowenig leisten wie ideologischen Antiamerikanismus. Derartige Ressentiments gründen in eigener Impotenz und fehlendem Selbstbewußtsein. Auch der deutsche „Vulgärpazifismus“ zählt zu den Charaktermerkmalen einer unreifen Nation. Moralisch ist er nichts wert.



Europäische Union EUR 6,50  
Schweiz CHF 7,25

## ZITATE

## Stoppt die Einbürgerung

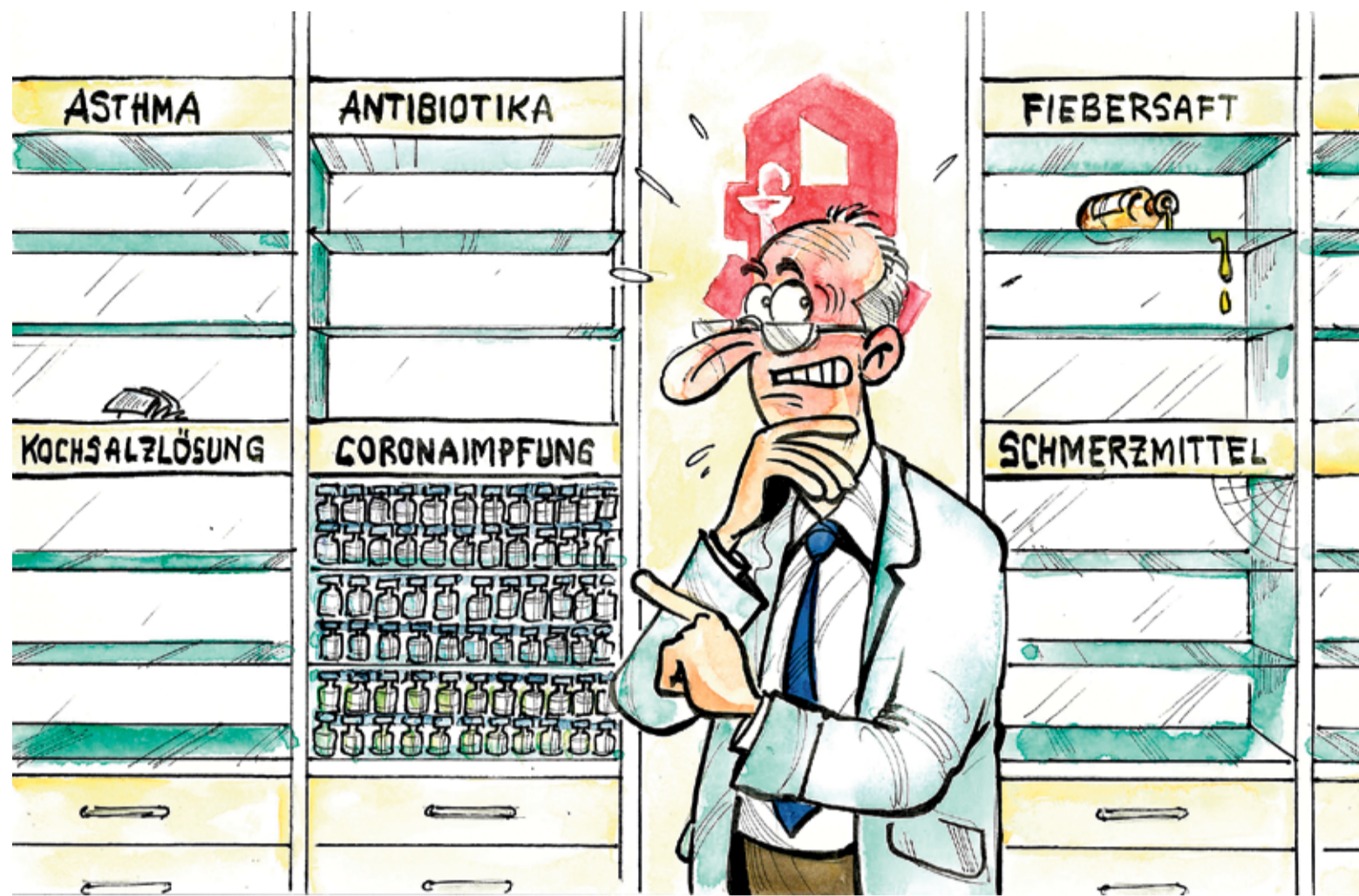
Von Kurt Zach

Österreich hat schon einen Rückführungsplan für syrische Asylzuwanderer. In Deutschland wird erst mal jeder vernünftige Ansatz zerredet. Einige wollen schnelle Wahlkampfpläne machen, andere stehen auf der Bremse, beide verlassen sich darauf, daß die mächtige Asyllobby und ihre Handlanger in den Innenministerien schon dafür sorgen, daß sich die Migrantenströme so bald nicht umkehren.

Der spontane Jubel Zehntausender über die dschihadistische Machtergreifung in Syrien offenbart ein alarmierendes islamistisches Mobilisierungspotential. Wer die „Befreiung“ der Heimat feiert, sollte logischerweise auch gleich die Koffer packen. Der Haken: Viele sind aufgrund der rot-gelb-grünen Masseneinbürgerungen bereits mit deutschen Pässen ausgestattet. Die erste Ansage muß also lauten: Nicht nur ein „Halt“ für Asylantrag und Familiennachzug, sondern auch Einbürgerungsstopp!

Nächste Ansage: Sofortiger Aufnahmestopp. Die Ablösung einer säkularen durch eine islamistische Diktatur in Syrien wird absehbar neue Fluchtströme auslösen. Da sind erst mal die ausländischen Drahtzieher und die Nachbarländer gefragt; die Aufnahme von Flüchtlingen in der Region geht grundsätzlich vor.

Für Syriens Christen, für deren Gemeinschaften jetzt die Totenglocke läutet, ist die Lage nicht so einfach. Asyl kann dennoch nur restriktiv und im Rahmen des Verkräftbaren gewährt werden. Sonst wird Deutschland der nächste Bürgerkriegskandidat.



„Nein, aber wir hätten noch ...“

## Die Schere wird größer

Wir können Milei verdammen, aber große Einschnitte werden immer nötiger

ist eine Weidenrute stark verbogen, muß man sie erst einmal in die andere Richtung überspannen, um sie wieder gerade zu bekommen. Dieses Gleichnis wird Adam Smith zugeschrieben, dem Urvater des ökonomischen Liberalismus. Es paßt auch auf die aktuelle wirtschaftspolitische Lage hierzulande. Denn diese ist nach nur drei Jahren Ampelregierung derart desaströs, daß es mit kleineren Korrekturen nicht mehr getan ist.

Das wollte wohl auch Christian Lindner ausdrücken mit seiner Bemerkung, wir sollten „ein bißchen mehr Milei und Musk wagen“. Sofort ging ein Aufschrei durch die deutsche Medienlandschaft, vom Spiegel bis zur FAZ. Ein paar Reformen seien zwar sicher nötig, aber das seien ja wohl die falschen Vorbilder. Wir sollten besser mit der Gartenschere als mit der Kettensäge zu Werke gehen, so ließ sich etwa Stefan Kolev vernehmen, Ökonom und Leiter des Ludwig-Erhard-Forums in Berlin.

Friedrich Merz zeigte sich „völlig entsetzt“ über Lindners Empfehlung. Was Präsident Javier Milei in Argentinien mache, ruiniere das Land und trete „die Menschen mit Füßen“, sagte er in der Talkshow Maischberger. Ähnliche Äußerungen kamen auch aus der FDP, etwa von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Milei zudem noch frauenfeindlichkeit vorwarf.

Aber es gibt zunehmend auch andere Stimmen. So befand sogar die Süddeutsche Zeitung, Lindner habe doch durchaus recht. Auch die Welt und das Handelsblatt schreiben, daß wir uns Arroganz gegenüber mutigen Reformern wie Milei und Musk nicht mehr länger leisten können. Sollte Merz, der bisher noch vor jedem drohenden Shitstorm ängstlich zurückzuckte, hier etwas verpaßt haben?

Beginnt der Zeitgeist sich allmählich auch in den führenden Medien zu wandeln? Von der Sache her wäre das dringend geboten. Denn Deutschland gleicht inzwischen einem abgehalfterten Altstar, der nur noch mit seinem restlichen Geld um sich wirft und alle Welt nervt mit Arroganz und Besserwisserei.

Dagegen haben Leute wie Milei und Musk echte Erfolge vorzuweisen. Allein schon das entschlossene Eintreten für Meinungsfreiheit und gegen die woke Zensur unterscheidet Milei von den meisten Kollegen in den Chefetagen. Und was er in nur einem Jahr in Argentinien

bewegt hat, ist geradezu sensationell angesichts des verheerenden Erbes aus der Zeit der Peronisten. Die galoppierende Inflation von fast 300 Prozent im Jahresvergleich ist zwar noch lange nicht gezähmt, konnte aber immerhin im Trend deutlich gesenkt werden. Zugleich ist der Staatshaushalt, wenn man die Zinsen für die Altschulden herausrechnet, inzwischen wieder im Gleichgewicht. Das wurde vor allem durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst und eine radikale Senkung der Staatsausgaben um inflationsbereinigt ein Drittel erreicht.

VON ULRICH VAN SUNTUM

„Die Gartenschere genügt nicht mehr, Mileis Kettensäge hilft auch nicht viel. Man muß an die Wurzel des Übels!“



Natürlich ist eine solche Radikalkur nicht ohne gravierende Nebenwirkungen zu haben. Die Arbeitslosenzahl stieg, die Konsumausgaben sanken, und die Armutsquote hat zugenommen. Aber wenn Milei seinen Kurs durchhält, sind das vorübergehende Effekte, die sich wieder zum Besseren wenden werden.

Genauso war es in Deutschland nach Ludwig Erhards Währungsreform im Juni 1948. Zuerst wurde alles teurer, und das Leben schien unbezahlbar für die kleinen Leute zu werden, weswegen die Gewerkschaften sogar zum Generalstreik aufriefen. Aber das bald darauf einsetzende Wirtschaftswunder strafte schließlich alle Kritiker Lügen. Die damalige Situation ist zwar nicht direkt vergleichbar mit der Argentinien. Trotzdem tun wir gut daran, uns an unsere eigene Geschichte zu erinnern, bevor wir vorschnell den Stab über Mileis mutiges Vorgehen brechen.

Auch politisch kann man einiges von ihm lernen. Denn erstaunlicherweise scheint das Volk weitgehend hinter ihm zu stehen, trotz der massiven Einschnitte, die es zu ertragen hat. Er ist eben kein Zauderer wie Merz und

kommt auch nicht als unglaubwürdiger Yuppie rüber wie Christian Lindner.

Milei fährt nicht Porsche, sondern fliegt Lini, und er ist vor allem wirklich begeistert von der eigenen Sache. Das wirkt ansteckend, und darum folgen ihm auch Menschen, denen libertäres Gedankengut eigentlich völlig fremd ist. Zugleich scheint er durchaus pragmatisch vorzugehen und wirkt nicht kalt oder glatt, sondern witzig und sympathisch. So jemand fehlt in Deutschland, auch in der AfD, in der es im übrigen keineswegs nur überzeugte Anhänger der Marktwirtschaft gibt. Dabei könnte der Zeitpunkt für eine konservativ-liberale Gegenrevolution kaum günstiger sein als jetzt.

Denn wohin man auch hört, die Leute haben den ganzen links-grünen Schwachsinn satt. Verbrenner-Verbot, Heizungsgesetz, Wahnsinnspreise für Energie und Lebensmittel, Gendersprache, freie Geschlechterwahl und willkürliche Hausdurchsuchungen – es ist ein einziger Albtraum. Ökonomisch ist die Lage ohnehin katastrophal. Wir sind inzwischen dauerhaftes Schlußlicht beim Wirtschaftswachstum, dafür Weltmeister in Bürokratie und Deindustrialisierung.

Mit der Gartenschere ist es da nicht mehr getan, Mileis Kettensäge hilft allerdings auch nicht viel. Vielmehr muß man an die Wurzel des Übels gehen. Das sind die in Deutschland spätestens seit Merkel grassierenden Denkstörungen Sozialdemokratie und Grüner Wucher: Niemandem soll weh getan werden, jede noch so winzige Gefahr oder Ungleichheit ist zu vermeiden, und für den Schutz irgendwelcher seltenen Kröten oder Fledermäuse werden ganze Industrien geopfert. Wer sich so verhält, vernichtet jede wirtschaftliche Dynamik und beschwört zwangsläufig immer mehr Verbote, Vorschriften und Bürokratie herauf. Am Ende steht die komplette Zerstörung von Freiheit und Wohlstand, damit aber auch der Basis für jede Art von Umwelt- und Sozialpolitik.

Adam Smiths 1776 erschienenes Buch „Der Wohlstand der Nationen“ löste damals eine Welle des Liberalismus aus. Das ökonomische Zwangssystem des Merkantilismus wurde hinweggefegt. Heute brauchen wir tatsächlich Politiker wie Milei mit Mut, Charisma und politischem Geschick, um den modernen Absolutisten das Handwerk zu legen.

AKW-Studie der Radiant Energy Group

## Wir könnten, wenn wir wollten

Von Rüdiger Stobbe

Nach dem Ampel-Aus keimte die Hoffnung, daß die Zeit der Demontage von Wirtschaft, Gesellschaft und Wohlstand Deutschlands zu Ende gehen könnte. Leider reift mehr und mehr die Erkenntnis, daß es auch mit einer von Friedrich Merz geführten Bundesregierung weitergehen wird wie bisher. Anders sind die Worte von Merz zu Robert Habeck, den Grünen sowie das Verhalten der Unionsfraktion nicht zu deuten. Beispiel Energie: Eine Studie der Radiant Energy Group belegt, daß abgeschaltete Kernkraftwerke (KKW) zum großen Teil kurz- und mittelfristig reaktivierbar sind. Brokdorf könnte bis Ende 2025 wieder in Betrieb genommen werden. Emsland und Grohnde kämen 2028 hinzu.

Günstiger. CO<sub>2</sub>-freier Kernkraftstrom würde teuren, CO<sub>2</sub>-haltigen Importstrom ersetzen. Aber nein, als am 4. Dezember im Bundestag neben anderem ein „Moratorium für den Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke“ als Grundvoraussetzung für die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Kraftwerke zur namentlichen Abstimmung gebracht werden soll, beschließen die „Altparteien“ inklusive CDU/CSU die Überweisung in die Ausschüsse. Dogma ist die Brandmauer: AfD-Anträge darf niemals zugestimmt werden.

Der Wähler würde bei einer namentlichen Abstimmung merken, daß das Gerede von Merz über die Wiedereinführung der Stromgewinnung durch Kernenergie populistisches Geplapper war. Alles wird bleiben, wie es ist. Ohne Rot-Grün kann Merz nicht regieren. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands geht weiter.

Frankreichs Regierung am Ende

## Das Herz Europas stockt

Von Albrecht Rothacher

Nach Berlin stolpert nun auch Paris ins politische Nichts. Nach dem Sturz von Michel Barnier als Ministerpräsident nach nur 90 Tagen Amtszeit gibt es bis zu den nächstmöglichen Wahlen im Juli 2025 wohl nur noch ein Patt geschäftsführender Regierungen, die nach den haushohen Verlusten im Juli für die Macronisten weiter von der unberechenbaren Gnade Marine Le Pens abhängen werden.

Trotz eines Haushaltsdefizits in Höhe von sechs Prozent des BIP, bei 61 Milliarden Euro gekürzten Ausgaben, bestehen Staatsbedienstete und Rentner auf massiven Zahlungssteigerungen. Frankreich blühen damit eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit, höhere Zinskosten, und der Eurozone eine neue Krise. Ob Präsident Emmanuel Macron, der in Umfragen – ähnlich wie Bundeskanzler Scholz und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen – von 76 Prozent abgelehnt wird, bereits vor dem Ende seiner Amtszeit 2027 ausscheidet, ist freilich unklar. Fordern tun das Rechts wie Links, und auch die bürgerlichen Les Republicains.

Die Wiedereröffnung Notre-Dames mit 35 Staatsschefs einschließlich eines jovialen Donald Trump (aber ohne Scholz) – konnte die Staatskrise nur kurz überkleistern. Trump erlebte ein gescheitertes Staatsoberhaupt in einem unregierbaren Land auf einem absteigenden Kontinent. Nach dem Krachen der Achse Paris-Berlin könnte nun die Stunde von Italiens Giorgia Meloni und Ungarns Viktor Orbán mit ihren guten Beziehungen zum nächsten US-Präsidenten kommen.

## Bild der Woche Geweih

Notre-Dame: Fünfeinhalb Jahre nach dem verheerenden Großbrand ist die weltberühmte Pariser Kathedrale vorigen Sonntag mit einem Festakt wiedereröffnet worden. Unter den Gästen war auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der künftige US-Präsident Donald Trump. Im Vordergrund der von einem Designer neu geschaffene Hauptaltar.



FOTO: PICTURE ALLIANCE / ANSA

„Die Union hat unter Friedrich Merz das Kunststück vollbracht, daß jetzt viele diese Hoffnung auf eine Wende mit ihr verbinden. (...) Ich frage mich, wie CDU und CSU in Koalitionen mit den Grünen oder der Saksia-Esken-SPD die Hoffnung auf eine echte Alternative, nicht nur auf ein paar punktuelle Änderungen, eigentlich erfüllen möchten. (...) Ich finde es lächerlich, wenn eine Partei Dinge, die sie für richtig hält, nur deshalb nicht umsetzt, weil sie nur mit den Stimmen der AfD zu machen wären. Warum wirft sie ihr Programm dann nicht gleich in den Papierkorb und läßt Robert Habeck ein neues schreiben?“

Harald Martenstein, Schriftsteller und Kolunist, in der „Welt am Sonntag“ am 8. Dezember

„Der Fall um Prinz Reuß zeigt vor allem eines: Ein Rechtsstaat, der sich selbst so inszeniert, ist keiner mehr (...). Die großen Enthüllungen, die für diesen Prozeß angekündigt waren, sind in sich zusammengefallen wie ein Soufflé, das man viel zu früh aus dem Backofen holt. (...) Es liegt nun an den Richtern, diesem grotesken Schauspiel ein Ende zu bereiten und zu beweisen, daß es eben doch einen großen Unterschied zu den Schauprozessen gibt, die wir aus der Geschichte kennen.“

Boris Reitschuster, Publizist, auf dem Blog „Reitschuster.de“ am 8. Dezember

„Wie sozial ist ein Land, das seinen alten Menschen für ihren Lebensabend in Pflegeheimen ihr Erspartes nimmt, dafür aber an 717.000 Ukrainer, 518.000 Syrer und 200.000 Afghanen Milliarden Euro für leistungsloses Bürgergeld auszahlt?“

Gerhard Papke, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, auf X.com am 7. Dezember

„Prinzipien wie wirtschaftliche Freiheit oder Selbstverantwortung besitzen in Deutschland einen geringeren Stellenwert als Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Die Selbstbeschränkung des Staates auf eine Rolle als Garant der freizeithilichen Rahmenbedingungen ist der deutschen Tradition wesensfremd. (...) CDU und SPD: zwei etatistische Parteien, die sich in der Frage unterscheiden, wo der Staat Prioritäten setzen soll.“

Eric Gujer, Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, am 6. Dezember

„Mißbrauchsgebühr für Anzeigen einführen! Der Anzeigenwucher von Politikern und deren Entourage zeigt: wir brauchen eine Mißbrauchsgebühr für offensichtlich halbtöne und daher rechtsmißbräuchliche Anzeigen. (...) Die Anzeiger instrumentalisieren mit haltlosen Anzeigen die mit Steuergebern finanzierte Justiz für ihre eigenen politischen Zwecke.“

Josef Franz Lindner, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg, auf X am 5. Dezember

„Während sich die Wirtschaftskrise im Land festfrisst, blasen die Sozialdemokraten zum Rentenwahlkampf. Sie fordern, das Niveau der Altersgelder dauerhaft bei 48 Prozent des Nettolohns festzuschreiben. Gleichzeitig sollen die Beiträge der Beschäftigten in den nächsten zehn Jahren von heute 18,6 Prozent auf 22,3 Prozent steigen. (...) Was [Scholz und Heil] auf ihrer ‘Wahlsiegkonferenz’ am Wochenende als ‘soziale Politik für Dich’ bewarben, ist in Wahrheit eine Hiobsbotschaft für die meisten Beschäftigten. Und der vorläufige Höhepunkt einer der traurigsten Entwicklungen der jüngeren deutschen Parteientwicklung: der Verwandlung der SPD von einer Arbeiter- in eine Rentnerpartei.“

Michael Sauga, Volkswirt und „Spiegel“-Kolumnist, am 3. Dezember

## Aufgeschnappt

### Identitätspolitik mit induzierter Laktation

Von Matthias Bäckermann

Im National Health Service (NHS), dem staatlichen britischen Gesundheitssystem, herrscht Verwirrung. Schuld daran ist eine Anfang 2024 erlassene Richtlinie, die darauf hinweist, daß „Transfrauen“, also geborene Männer mit weiblicher Geschlechtsidentität, „möglicherweise in der Lage sind, Milch zu produzieren“. Bestärkt wurde die kühne Aussage durch ein medizinisches Gutachten des University Hospitals Sussex, das bestätigte, daß „Transfrauen bis zu einem gewissen Grad Milch induzieren könnten“ und „Laktationen von Transfrauen“ trotz deren üblicher Hormonmedikationen „keine erkennbaren Nebenwirkungen“ für Babys hätten und vergleichbar mit Muttermilch seien. Das kritisierte Lottie Moore von der konservativen Denkfabrik Policy Exchange: „Das Wohlergehen eines Kindes muß immer Vorrang vor Identitätspolitik haben.“ Und wie die Daily Mail vergangene Woche meldete, hat die NHS nun nach vielerlei ähnlichen Protesten einen Rückzieher gemacht. Man habe „Transfrauen nie zum Stillen ermutigen wollen“, rechtfertigt sich nun die Behörde. Lebensschutzaktivistin Helen Joyce findet es dennoch „beunruhigend“, daß die UH Sussex so lange für die Erkenntnis gebraucht habe, „daß Männer nicht stillen können“.

# „Die Ära Merkel ist nicht vorbei“

**Interview:** Was ist dran an Angela Merkmals publizistischer Selbstdarstellung, eines der erfolgreichsten Bücher des Jahres 2024? Antwort gibt Klaus-Rüdiger Mais eben erschienene Biographie der Altkanzlerin, die ebenfalls bereits ein Bestseller ist

Herr Dr. Mai, sie habe „keine Fehler“ zu bedauern, so Frau Merkel über ihre Kanzlerschaft bei der Vorstellung ihrer Autobiographie in Berlin. Hat sie recht?

**Klaus-Rüdiger Mai:** Inzwischen dürfte bekannt sein, daß Angela Merkel keine Fehler macht – zumindest nicht, was die eigene Karriere betrifft. Niemand hat ja bisher nach dem Maßstab gefragt.

Sie meinen, wenn der Maßstab ihre Karriere ist, ...

**Mai:** ... dann hat sie alles richtig gemacht! Sie beherrscht – und das verbindet sie mit den Grünen – die arge Kunst, Geschäfte zu Lasten Dritter zu machen.

Inwiefern?

**Mai:** Die Lasten für Frau Merkmals Fortkommen haben die deutschen Bürger übernommen, nun haften sie mit ihrem Wohlstand, ihrer Zukunft und der Zukunft ihrer Kinder. Aus Merkmals und Habecks Energiewende wird erwartungsgemäß das Energiende. Wäre der Maßstab dagegen das Wohlergehen des deutschen Volkes, so hätte Merkmals erste und letzte Frage nicht gelaute, nutzt oder schadet mir die anstehende Entscheidung, sondern nutzt oder schadet sie dem Land? So kann man ihre Regierungszeit auch als eine Anthologie der Fehler und der Desaster bezeichnen.

Ihr am selben Tag wie die Autobiographie erschienenes Buch nennen Sie eine „kritische Biographie“ und stellen es dieser gegenüber: Was kritisieren Sie daran?

**Mai:** Sie irren, mein Bezugspunkt ist nicht Merkmals Auto-Hagiographie, sondern die Wirklichkeit. Unter „kritisch“ versteht man ja, nach präzisen wissenschaftlichen beziehungsweise künstlerischen Maßstäben gewissenhaft streng zu prüfen und zu beurteilen. Wenn Frau Merkel nicht die Wirklichkeit – nicht das, was wirklich geschehen ist – in den Mittelpunkt ihres Interesses stellt, sondern das, was die Leser und künftige Historiker über sie denken und glauben sollen, dann nehmen beide Bücher unabhängig voneinander eine jeweils andere Perspektive ein – sagen wir Wirklichkeit und Legende.

So der vollständige Titel Ihres Buches – dem ebenfalls nun, wenige Tage nach Erscheinen, der Sprung auf die „Spiegel“-Bestsellerliste gelungen ist – „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“.

**Mai:** Weil es das ist, was ich untersuche: die deutsche Wirklichkeit und die Biographie Angela Merkmals. An ihrer Autobiographie, die ich ja erst seit einigen Tagen kenne, kritisiere ich nichts, weil man Legenden und Selbstmystifikation nicht kritisieren, sondern nur zur Kenntnis nehmen kann. Ihr Buch zeigt mir aber, wie einsam Macht machen kann – und wie diese Einsamkeit sogar noch zunimmt, wenn die Macht den Menschen verläßt, weil sich die Macht mit ihm zu langweilen begonnen hat. Mit anderen Worten: die Macht hat ihren Preis. Erst hat man die Macht, dann hat die Macht einen. Sie verändert das Wesen des Mächtigen, und wenn er sie verliert, bleibt das, was sie aus ihm gemacht hat.

„Die beste Politikerin, die die Grünen jemals hatten“

Das heißt im Fall Frau Merkmals konkret?

**Mai:** Ihre Interviews der letzten Tage, teils gezwungenermaßen großzügig vom Gebührenzahler finanziert, zeigen einen Menschen, von dem sich die Macht getrennt hat, einen Menschen, den das Charisma der Macht nicht mehr umgibt, nicht mehr beschützt. Im Gegensatz zu anderen ehemals Mächtigen sieht man bei Merkel nun, daß sie das Charisma der Macht nicht durch eigenes zu ersetzen vermag.

Was setzt Ihre „kritische Biographie“ inhaltlich dagegen: wo sehen Sie Frau Merkel „zwischen Legende und Wirklichkeit“ tatsächlich angesiedelt?

**Mai:** Da kommen wir zum Thema: Nicht Ideologien, nicht politische Ziele, nicht eine Idee der Kultur bestimmten ihr politisches Handeln, sondern – so einfach und banal es ist – die Macht. Ein Mitschüler sagte einmal über sie: „Egal, wo man Angela hinsetzt, sie will immer die Nummer eins sein. Als Physikerin hätte sie womöglich den Nobelpreis angestrebt.“ Zuerst wollte sie es ihrem Vater beweisen. Ein ungeheurer Ehrgeiz treibt sie an, der Besten können keine Fehler unterlaufen – sonst wäre sie nicht die Beste. Physik, merkt sie bald, eignet sich dafür nicht, denn der Nobelpreis ist für sie nicht zu erreichen. Vor sich hin forschen will sie aber



Angela Merkel bei der Verlagsvorstellung ihrer Autobiographie „Freiheit“: „Sie nennt ihr Buch nach dem, wovon sie am wenigsten versteht“

nicht. Im Mittelpunkt stehen, bewundert werden, Macht ausüben, das ist es, was sie interessiert! Deshalb strebt sie später kein repräsentatives Amt an. Denn wer nur repräsentiert, den bemitleidet man ja immer auch ein wenig. Wirklich respektieren wir nur den Mächtigen. Und sie ist der Überzeugung, nicht gegen den Zeitgeist regieren zu können – nur ist der Zeitgeist nicht die Summe des Denkens der Zeitgenossen, sondern der von den Medien veröffentlichten Meinungen. Um Goethes Faust zu paraphrasieren: Was ihr den Geist der Zeiten heißt./ Das ist im Grund der Medien eigener Geist. Und der veröffentlichte Zeitgeist war und ist grün. Gewiß nicht gegen ihre wachsenden Neigungen wird Angela Merkel deshalb die beste Politikerin, die die Grünen je hatten, wie ich ihr schon seit längerem attestiere. Das Buch ist deshalb auch eine durcherzählte, eine praktische Studie über Macht und Politik in der neuesten Geschichte Deutschlands.

„Falls die CDU je eine Seele hatte, hat diese Parteichefin sie exorziert“

Eine Ihrer Thesen lautet, daß Angela Merkel keineswegs Vergangenheit ist und Ihr Buch somit keinesfalls nur ein Blick zurück. Was meinen Sie damit?

**Mai:** Daß die Ära Merkel noch nicht vorbei ist und zwar aus drei Gründen: Erstens hat die Ampel nicht mit der Politik Merkmals gebrochen, weder in den Fragen der Wirtschaft, siehe Energiewende, noch in der Gesellschaftspolitik, denn die Alternativlosigkeit ist die Mutter der Brandmauer. Zweitens war Merkel nicht nur 16 Jahre Bundeskanzlerin, sondern auch 18 Jahre Parteivorsitzende der CDU. Sie hat diese nach links verschoben, unter ihr haben die meisten Funktionäre ihre Karrieren begonnen und gemacht. Wenn die Union jemals eine Seele besessen hat, hat Angela Merkel sie exorziert. Drittens hat sie mit der Entpolitisierung der Gesellschaft, mit ihrer Spaltung zum Zweck des Machterhalts, das Land in eine tiefe, unversöhnliche Zerrissenheit gestürzt. Das letzte Kapitel meines Buchs heißt demzufolge: „Vier Sargnägel für Deutschland: 1. Energiewende, 2. Eurorettung, 3. Migration, 4. Pandemieregime und Spaltung der Gesellschaft“.

„Angela Merkel“ steht für Sie also nicht nur für die Person, sondern auch für den Zustand, in dem Sie Deutschland hinterlassen hat. Wie aber ist es zu erklären, daß diese „Frau ohne Eigenschaften“ Möglichkeit und Macht hatte, unser Land so zu prägen?

**Mai:** Sie hat viel Glück gehabt und ist mit einem eisernen, eiskalten Machtwillen begabt, wie ihn auch Helmut Kohl und Gerhard Schröder besessen haben. Friedrich Merz dagegen verfügt weder über den Machtinstinkt der drei Kanzler, noch über deren Machtwillen. Als Merkmals Kanzlerschaft begann, gesundete dank der Schröderschen Reformen das Land, war nicht länger der kranke Mann Europas – als sie das Kanzleramt verließ, hatte sie Deutschland wieder zum kranken Mann Europas gemacht. Schröders Reformen hat sie verfrüht, statt sie zu nutzen, weiterzuentwickeln und ihren Erfolg zu verstetigen. Denn da die deutsche Wirtschaft prosperierte, war genug Geld da, um alle Widersprüche damit zuzuschütten. In den Me-

dien, der Kultur, an den Universitäten hatte der woke Irrationalismus der Grünen die Diskurs- und Deutungshoheit errungen. Daran richtete Merkel, zu deren Machtgrundlagen das Bündnis mit den Medien zählte, ihre Politik aus. Und ihr Pakt mit den Deutschen lautete: Ihr laßt mich meine Politik machen und dafür behellige ich euch nicht, sondern Sorge dafür, daß alles gut und geräuschlos läuft. Als jedoch die immer größer werdenden Fehlleistungen ihrer Politik, beginnend mit ihrer Turbomigrationspolitik, im Alltag der Menschen ankamen, zeigte ihre Macht immer größere Risse.

„Frau Merkel verwechselt Demokratie und Bürokratie“

Die Autobiographie trägt den Titel „Freiheit“ (Rezension Seite 25). Das ist bemerkenswert, finden Sie nicht?

**Mai:** Sie nennt ihr Buch nach dem, wovon sie am wenigsten versteht. Es entspricht dem üblichen Merkmalschen Verfahren. Sie behauptet, sich in der DDR nach Freiheit geseht zu haben – und schränkte die Freiheit wie noch kein Bundeskanzler vor ihr mit ihrem Pandemie-Regime ein. Freiheit, so stellt es sich mir dar, stört sie, ist unverzeihlich, muß rückgängig gemacht werden – sie darf der Bürger sich nicht nehmen, sie wird ihm zugeteilt. Merkmals Vorstellung vom Regieren fand deshalb in ihrem Pandemie-Regime den reinsten Ausdruck, weil sie meines Erachtens Demokratie mit Bürokratie verwechselt und deshalb nicht begreift, daß Freiheit nicht im Kollektiv, sondern beim Einzelnen beginnt: Freiheit ist ein Individualrecht – und zwar das Individualrecht, auf dem unsere Gesellschaft beruht.

Das Thema Freiheit paßt auch nicht zu dem, dessen sie seit Jahrzehnten verdächtigt wird: sie sei in der DDR vielleicht mehr als nur ein durchschnittliches Rädchen im System gewesen. Aber ist an dem Verdacht etwas dran? Zu welchem Schluß sind Sie gekommen?

**Mai:** Das ist ein größerer Komplex, den man am besten im Buch nachliest. Denn man geht schnell über dessen Tiefe hinweg, wie westdeutsche Biographen und Kommentatoren es tun, wenn sie alles, was sie nicht verstehen, unter der Rubrik DDR abheften. Angela Merkel ist weniger eine Ostdeutsche als vielmehr eine westdeutsche Projektion.

Was bedeutet?

**Mai:** Wenn Merkel – spärlich genug – über ihre Zeit in der DDR erzählt, fragen sich viel Ostdeutsche, wo sie eigentlich gelebt hat. Ihr Verhältnis zu ihrer Vergangenheit ist rein instrumentell. Am besten kommt das, was sie über den Osten denkt, in dem verächtlichen Satz zum Ausdruck, den sie als junge Bundesministerin 1991 äußerte: „Mir dürfen Sie ruhig glauben, daß es mir vor allem darum geht, aus dieser manchmal verkommenen und verkorsten Gesellschaft im Osten irgend etwas zu machen.“ Für grünaffine westdeutsche Medien stellte sie die gute Ostdeutsche dar: Wenn man sich mit den Ostdeutschen schon wiedervereinigen muß, dann sollen die Ostdeutschen sich wenigstens Mühe geben, so zu sein, wie wir Angela Merkel sehen.

In ihrer Autobiographie schreibt sie: „Ich war 1990 in die Politik gegangen, weil mich Menschen interessier-

ten.“ In Ihrem Buch liest sich das jedoch völlig anders.

**Mai:** Sie besitzt das Talent, Menschen zu durchschauen, sie zu „lesen“ und sie zu instrumentalisieren. Das heißt aber nicht, daß Menschen sie als Menschen interessieren, das ist etwas anderes. Meiner Ansicht nach hat sich Angela Merkel in den DDR-Jugendorganisationen der Pioniere, später der FDJ nicht aus ideologischer Überzeugung engagiert, sondern weil sie ein „Politiker-Gen“ besitzt: Das ist zum einen der Wille, sich in den Mittelpunkt zu bewegen, zu organisieren, Macht auszuüben, zum andern die Fähigkeit zu besitzen, Menschen zu beeinflussen und Netzwerke zu schaffen. Das stelle ich zunächst einmal neutral fest, die Frage lautet aber, was man damit anfängt, welche Ziele man als Politiker verfolgt? Diese Ziele müssen über den bloßen Machtgewinn und den Machterhalt hinausgehen, weil die Macht das Mittel sein sollte, diese Ziele durchzusetzen, nicht aber selbst zum Ziel werden darf.

Ihrer Biographie voran stellen Sie, die Altkanzlerin nicht dämonisieren zu wollen. Hat man als Autor aber nicht irgendwann eine „Geschichte“ im Kopf, in die man die Dinge einpassen will?

**Mai:** Wer etwas in die historische Wahrheit „einpassen“ will, sollte gar nicht erst anfangen zu schreiben. Wir haben uns im Gegenteil beim Schreiben der Wirklichkeit zur Verfügung zu stellen. Ich bin dabei nicht an der Begegnung mit mir selbst interessiert, mich interessiert die Geschichte oder die Problematik – ich will verstehen, was wirklich passiert ist und warum es geschah. Und dieses Fragen und Suchen hört bis zum letzten Satz des Manuskripts nicht auf. Ich grabe, so tief ich kann. Jemanden anzugreifen oder auch in Schutz zu nehmen, liegt nicht in meinem Interesse – das alles gehört zum Bereich der Urteile, die der Leser nach der Lektüre fällen kann. Ich stelle dar, ich erzähle, ich folge der Geschichte, aber ich biege sie nicht. Täte ich das, würde ich mich vor der Wirklichkeit fürchten. Die Wirklichkeit ist der beste und zugleich der einzige Erzähler.

„Das Buch soll dabei helfen, Deutschland zu verstehen“

Obwohl Sie also nicht dämonisieren wollen, ist der Eindruck, den man durch Ihr Buch gewinnt, denkbar schlecht, und man fragt sich, wäre „Angela Merkel. Ein Verhängnis“ nicht der treffendere Titel gewesen?

**Mai:** Verhängnis? Für wen? Mein Interesse ist ein anderes, mich hat die Frage beschäftigt, in welcher Situation sich Deutschland heute befindet. Und um das zu verstehen, vor allem mit Blick auf die weitere Entwicklung, stellt sich konkret die Frage, wie und wodurch unser Land in diese Situation geraten konnte? Und da kommt man an der Politikerin Angela Merkel nicht vorbei. Daß sich Deutschland in einer denkbar schlechten Verfassung befindet, leugnet niemand. Dafür existieren Gründe, die man verstehen muß, wenn man etwas verbessern möchte. Wie gesagt, wir befinden uns noch in der Ära Merkel. Das Buch könnte helfen, Deutschland zu verstehen. **MORITZ SCHWARZ**



Abu Mohammed al-Dschaulani. Wer ist der neue starke Mann in Damaskus, der die Assad-Diktatur gestürzt hat?

## Wolf im Schafspelz

LAILA MIRZO

Die einen feiern Abu Mohammed al-Dschaulani als Freiheitskämpfer und Befreier von 54 Jahren Assad-Diktatur, die anderen warnen vor übereilter, naiver Euphorie. Denn der 42jährige Führer der Hai'at Tahrir al-Scham (HTS) ist kein unbeschriebenes Blatt: 2003 schloß der islamistische Milizführer sich al-Qaida an und kämpfte im Irak gegen die US-Truppen. Nachdem die ihn 2006 festgenommen hatten, verbrachte er nach eigenen Angaben etwa fünf Jahre in Haft, unter anderem im berühmten Foltergefängnis Abu Ghraib.

Zunächst jedoch, nach Ausrufung des Islamischen Staats im Irak, hatte ihn (der 2019 getötete) IS-Chef al-Baghdadi nach Syrien entsandt, um dort 2012 den al-Qaida-Ableger „al-Nusra-Front“ (Front zur Unterstützung des levantinischen Volks) zu gründen und gegen Baschar al-Assads Regierungstruppen zu kämpfen. 2014 kam es allerdings zum Bruch. Al-Dschaulani wandte sich vom IS ab und schwor (dem 2022 getöteten) al-Qaida-Chef Aiman al-Zawahiri die Treue. Doch diese hielt nicht lange und 2016 sagte er sich auch von al-Qaida los, um im Nordwesten Syriens ein eigenes Terrornetzwerk auszubauen, im Zuge dessen er die zersplitterten Rebellen-Gruppen um sich vereinen konnte. 2017 wurde daraus schließlich Hai'at Tahrir al-Scham.

Al-Dschaulani wird diesen Trumpf spielen und die Regierungschefs der EU aus seiner Hand fressen lassen.

Die HTS hat nun zwar das syrische Volk von einem halben Jahrhundert Diktatur befreit, doch sie bleibt eine dschihadistisch-salafistische Terrorgruppe, die auf ihrem Weg zur Macht Tausende von Zivilisten mißhandelt, vergewaltigt und ermordet hat. Und nur weil man den Tarnanzug ablegt und sich vor den Kameras in Hemd und Sakko präsentiert, gibt man noch lange nicht seine radikal-islamische Ideologie auf.

Geboren wurde al-Dschaulani 1982 als Ahmed al-Scharaa in Saudi-Arabien. Seine Familie stammt väterlicherseits aus dem Golan, dem hügeligen Landstrich Syriens an der Grenze zu Israel, das diesen 1967 eroberte. Al-Scharaa wurde antiraischisch sozialisiert. Sein Kampfname al-Dschaulani – in anderer Schreibweise al-Golani – heißt „der aus dem Golan stammt“ und offenbart seine langfristige Agenda. Auch der Name seiner Miliz kommt nicht von ungefähr: Tahrir al-Scham bedeutet Komitee zur Befreiung der Levante. Denn al-Scham ist nicht nur der Name der syrischen Hauptstadt Damaskus, sondern steht für das Territorium eines Großsyriens, das die gesamte Levante, also den Osten des Mittelmeerraumes, umfaßt – und damit auch Israel.

Noch vor kurzem forderte al-Dschaulani die Einführung der Scharia, und so wirkt es, als hätte er Kreide gefressen, wenn er nun über Frauenrechte und Religionsfreiheit spricht. Der Imagewechsel ist daher rein taktisch zu verstehen, denn der neue Machthaber braucht Verbündete, um seine Position zu sichern, und Geld, um Syrien wieder aufzubauen. Was dieses nämlich trotz des langen Krieges etwa von Afghanistan unterscheidet, ist seine solide säkulare Gesellschaftsschicht: Ärzte, Lehrer, Unternehmer und Beamte, ohne die das Land nicht funktioniert. Al-Dschaulani weiß, daß er sie braucht, aber ebenso weiß er um seine Macht gegenüber der EU: Viele ihrer Regierungen stehen unter massivem politischem Druck, die Frage der syrischen Migranten zu lösen. Diese Trumpfkarte wird der neue starke Mann in Damaskus spielen – und die europäischen Regierungschefs aus seiner Hand fressen lassen.



**Dr. Klaus-Rüdiger Mai**

Der Sachbuchautor, Dramaturg und Schriftsteller hat mehrere Romane und zahlreiche Sachtitel verfaßt, darunter einige Biographien, etwa über Sahara Wagenknecht. Zuletzt erschien zudem „Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist endlich überwinden“ (2021) und „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der

DDR eine Diktatur wurde“ (2023). Geboren 1963 in Staßfurt bei Magdeburg, studierte er Germanistik, Geschichte und Philosophie und schrieb als Gastautor unter anderem für die NZZ, die Welt, den Cicero oder das Magazin Cato. Sein neues Buch „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit – eine kritische Biographie“ ist auf Anhieb zum Bestseller geworden.



## Landtagswahl muß nicht wiederholt werden

BÜCKEBURG. Die niedersächsische Landtagswahl von 2022 muß nicht wiederholt werden. Zu diesem Urteil ist am Montag der Staatsgerichtshof des Landes gekommen. Für die Richter ist der Landtag formell rechtmäßig gewählt worden, sie wiesen damit eine Klage von zwei ehemaligen FDP-Landtagsabgeordneten ab. Die Liberalen hatten den Einzug ins Hannoveraner Leineschloß verpaßt. Die früheren Abgeordneten Marco Genthe und Alexander Grafe hatten die Rechtmäßigkeit der Wahl beanstandet, da sie der AfD vorwarfen, die aussichtsreichen Plätze auf der Kandidatenliste der Partei seien gekauft worden. Die Kläger beriefen sich dabei auf Angaben des früheren AfD-Landtagsabgeordneten Christopher Emden. Der hatte seinen ehemaligen Parteifreunden vorgeworfen, Geld von ihm für einen der vorderen Listenplätze verlangt zu haben. Der Landesvorsitzende Ansgar Schledde habe damit eine „Kriegskasse“ gefüllt. Schledde hatte jüngst erfolgreich vor Gericht gegen diese Aussage geklagt. Die Richter in Bückeburg schlossen zwar nicht aus, daß es „möglicherweise satzungswidrig“ schwarze Kassen gegeben haben könnte. Es gebe aber keine belastbaren Anhaltspunkte dafür, daß sie von AfD-Politikern genutzt wurden, um sich einen Kandidatenstatus zu erkaufen. Zudem könnten Verstöße „nur“ gegen eine Parteisatzung eine erfolgreiche Wähleraufhebung nicht begründen. Der AfD-Landesvorsitzende zeigte sich zufrieden. „Nach mehr als zwei Jahren Schmutzkampagne“ habe der Staatsgerichtshof „einen Schlußstrich gezogen“, sagte Schledde. Niedersachsens AfD-Fraktionsvorsitzender Klaus Wichmann nannte das Urteil „erwartbar“, da schon „Landeswahlleiterin und Wahlaufprüfungsausschuß zum gleichen Schluß gekommen waren“. (sv)

## Querelen: Hessische Grünen-Chefin tritt zurück

WIESBADEN. Die Co-Vorsitzende der hessischen Grünen, Kathrin Anders, ist von ihrem Posten zurückgetreten. Am Montag gab Anders in einem Schreiben an Parteimitglieder ihre Entscheidung „mit sofortiger Wirkung“ bekannt. Sie habe in den vergangenen Wochen erkannt, „daß innerhalb unserer Partei Strukturen existieren, die nicht immer den Prinzipien von Toleranz, Offenheit und Respekt entsprechen“, heißt es in dem Schreiben, das dem Spiegel vorliegt. Hintergrund ist ein seit mehreren Wochen andauernder Streit um zwei Auslandsreisen des grünen Co-Landeschefs Andreas Ewald. Der war im April dieses Jahres auf Einladung einer Lobbyorganisation für deutsch-israelische Beziehungen in das nahöstliche Land geflogen. Im Juli flog er für drei Wochen auf Einladung des US-Konsulats in die Vereinigten Staaten. Nach der zweiten Reise nutzte der Grünen-Politiker das Angebot des Veranstalters, zwei Wochen Privaturlaub in den USA dranzuhängen. Dies hätte, so Kritiker, als Parteispende deklariert werden müssen, sofern sie nicht von Ewald privat oder aus der Parteikasse finanziert wurden. Die hessische Landesgeschäftsstelle und die Landesschatzmeisterin der Grünen sehen das anders. Ewalds Reisen seien zwar vom Landesverband abgesegnet worden, jedoch nicht dienstlicher Natur gewesen. Der hessische Grünen-Chef habe daher weder Spesenabrechnungen bei seinem Landesverband eingereicht, noch habe er Interviews zu der Reise gegeben. Anders widerspricht dem entschieden: „Andreas Ewald hat diese Reisen als Landesvorsitzender absolviert. Sie nun als Privatsache abzutun, ist grotesk und widerspricht den Tatsachen.“ (st)

## Parteien, Verbände, Personen

### Freie Wähler Niedersachsen

Der Landwirt und Agrar-Influencer **Anthony Robert Lee** ist aus der Partei Freie Wähler ausgetreten, wie er dem Branchenmagazin *Land & Forst* bestätigte. Mit seinem Austritt sei der ehemalige Kandidat für die Europawahl 2024 einer Parteiordnungsmaßnahme zuvorgekommen, teilte ein Pressesprecher der Partei mit. Sie wirft dem früheren Sprecher der bauerlichen Interessenvertretung „Landwirtschaft verbindet Deutschland“ (JF 22/23) unter anderem vor, auf einer Demonstration im November für schwarz-blaue Koalition aus CDU und AfD plädiert zu haben. Lee betonte hingegen, er habe geäußert, daß die Union ihr Programm nur mit der AfD umsetzen könne. Nach seinem Austritt wolle er weiter politisch aktiv bleiben, einer Partei aber nicht mehr beitreten. Auch eine eigene Partei wolle er nicht gründen. ► [www.ni.freiewaehler.eu](http://www.ni.freiewaehler.eu)

### Grüne Baden-Württemberg

Neue Belastungsprobe für die Koalitionspartner im „Ländle“: Die baden-württembergische Landtagsabgeordnete **Ayla Cataltepe** hat Partei und Fraktion der Grünen den Rücken gekehrt, um sich künftig der CDU anzuschließen. Diese Entscheidung sei „über eine lange Zeit gereift“ und „politischer Natur“, teilte die 52-jährige



Cataltepe

# „Nein, ihr seid die Kriminellen!“

**Urteil: Zwei Klimaradikale müssen ins Gefängnis. Wie sich dann zeigt, ist die Haftstrafe alternativlos**

HINRICH ROHBOHM, ITZEHOE

Vorher hat es sich ausgemmt. Geht es nach dem Urteil des Amtsgerichts Niebüll, dann müssen die 24-jährige Lilli Gomez und die 22-jährige Regina Stephan, zwei sogenannte „Wildbienen“ und führende Mitglieder der Klima-Endzeit-Sekte „Letzte Generation“ (LG), ins Gefängnis. Richterin Larissa Herzog verurteilte die beiden am Freitag vergangener Woche wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs zu Haftstrafen. Lilli Gomez soll für sieben Monate hinter Gitter, Regina Stephan brummt das Gericht eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf. Noch ist das Urteil jedoch nicht rechtskräftig. Die beiden Angeklagten können in Berufung gehen.

„Wildbienen“ nennen Anhänger der Letzten Generation jene aus ihren Reihen, die Straftaten und Sabotage-Aktionen begehen (JF 39/23). Gomez und Stephan haben eine Fülle davon begangen, zahlreiche weitere Prozesse gegen sie stehen noch aus. Im Sommer vorigen Jahres hatten die beiden auf der Ferieninsel Sylt einen Maschendrahtzaun zum Gelände des Flughafens in Westerland zerschnitten, einen Privatjet mit oranger Farbe besprüht und sich mit Transparenten an das Flugzeug geklebt. Die Farbe war dabei auch in das Triebwerk der Maschine geflossen, wodurch ein Schaden von fast einer Million Euro entstand.

„Ihr habt uns im Stich gelassen, ihr macht weiter“

Aus Platzgründen tagt das Niebüller Gericht im holsteinischen Itzehoe. Knapp 50 Unterstützer aus dem Umfeld der Letzten Generation sind zur Urteilsverkündung gekommen. Einer von ihnen stellt sich vor den Gerichtseingang mit Warnweste und Pappschild: „Reisen im Privatjet ist rücksichtslos und asozial“, steht darauf.

„Mir bleibt nichts anderes übrig, als Haftstrafen gegen Sie zu verhängen“, sagt die junge Richterin Larissa Herzog in ihrer Urteilsbegründung mit brüchiger Stimme und blickt dabei in Richtung der Angeklagten. Es klingt fast wie eine Entschuldigung. Weil beide im Gerichtssaal ankündigen, weitere Straftaten begehen zu wollen, bleibt rechtlich kein Ermessensspielraum, die Wildbienen müssen brummen. Ihre beiden Mitangeklagten Michael W. – 62 Jahre alt – und Simon-Felix B. – 44 Jahre alt – kommen hingegen mit Geldstrafen davon. Ebenfalls mit angeklagt ist Jonas G. Der 29-jährige



Protest vor dem Gericht: Theatralisch

Politikerin mit. In diesem Zusammenhang übte die aus einer türkischen Gastarbeiterfamilie stammende Cataltepe scharfe Kritik am Kurs ihrer Partei in Fragen der Migration und im Umgang mit Islamismus. Der Forderung des Stuttgarter Grünen-Fraktionschefs **Andreas Schwarz**, ihr Mandat zurückzugeben, will sie offenbar nicht Folge leisten. Bereits im Sommer war die – ebenfalls türkischstämmige – baden-württembergische Bundestagsabgeordnete **Melis Sekmen** von den Grünen zur CDU gewechselt. ► [www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

### SPD-Bundestagsfraktion

Man hätte „seine Probleme früher wahrnehmen müssen“, sagte SPD-Chefin **Saskia Esken** mit Blick auf ihren Genossen und Fraktionskollegen **Manuel Gava**. Der SPD-Bundestagsabgeordnete hat seine erneute Kandidatur bei der anstehenden Bundestagswahl zurückgezogen. Zunächst mit Hinweis auf eine Autoimmunerkrankung; dann mußte der 33-jährige, der 2021 den Wahlkreis Osnabrück gegen **Mathias Middelberg** (CDU) gewann, zugeben, regelmäßig Kokain konsumiert zu haben. Nun soll **Thomas Vaupel** für die SPD als Direktkandidat antreten. ► [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an: [redaktion@jungefreiheit.de](mailto:redaktion@jungefreiheit.de)



Das von den nun Verurteilten im vergangenen Jahr beschädigte Flugzeug: Vorhaben läuft auf „eine Legalisierung von Straftaten hinaus“

hatte die Sabotage-Aktion als Journalist begleitet. Weil er das Flughafengelände dabei jedoch nicht betreten hatte, wurde er freigesprochen.

Ihr letztes Wort vor dem Urteil nutzen die beiden Wildbienen als Bühne für ihre politische Botschaft. Und so folgen theatralische Appelle: „Wenn die Klimakatastrophe unsere Zivilisation zerstört, wird auch unser Rechtsstaat zerstört“, ruft Lilli Gomez mit schluchzender Stimme. Ein Rechtsstaat, den die Studentin mit bisher bundesweit mehr als 50 Farbanstrichen regelmäßig unterläuft. Sie war an den Attacken auf das Brandenburger Tor und das Kanzleramt beteiligt, darüber hinaus mit Anschlägen in Hamburg, Hannover, München und am Flughafen Köln-Bonn aktiv. „Ihr habt uns im Stich gelassen, ihr laßt uns im Stich. Ihr macht weiter, bis wir nichts mehr zu essen und zu trinken haben und warum? Damit ihr noch einmal schön in Urlaub fahren, noch einmal nach Malle fahren könnt oder nach Sylt wie der Eigentümer des Flugzeugs“, klagt sie die gesamte Gesellschaft an. „Ihr nennt uns Klima-Extremisten und Kriminelle. Nein, ihr seid die Kriminellen, ihr habt es verkackt“, geht es schluchzend weiter. Sie wolle doch nur den „Schutz unserer Lebensgrundlagen“, für die „jede Sekunde“ zähle. Ihre Anhänger im Publikum applaudieren – was vor Gericht untersagt ist.

„Natürlich muß zu ihren Gunsten berücksichtigt werden, daß es um den Klimaschutz geht“, begründet die Richterin dann ihr verhängtes Strafmaß. Für das Gericht stehe zudem „außer Frage“, daß das Klima bedroht sei. „Es ist toll, daß Sie sich für das Klima einsetzen“, lobt Herzog die Angeklagten. Aber: „Sie dürfen dafür keine Straftaten begehen, Ihr Vorhaben läuft auf eine Legalisierung von Straftaten hinaus.“

Als Verteidiger im Prozeß wirkt unter anderem David Hölscher mit, der sich für zahlreiche Vertreter der Letzen Generation als Anwalt engagiert und in Itzehoe Michael W. vertritt. Hölscher gehört der linksextremen Roten Hilfe an, ist zudem Mitglied im einflussreichen Republikanischen Anwälte- und Anwältinnenverein, der wie die Rote Hilfe stets dann auf den Plan tritt, wenn linksradikale Gewalttäter vor Gericht stehen. Der Jurist

vertritt auch die Wildbiene Judith Beadle. Die 44 Jahre alte Mutter von zwei Töchtern hat ihren Job als Kommunikations-Designerin aufgegeben, um hauptberuflich als Klimakleberin zu agieren. Am 22. April 2023 war sie an den Farbschmiereien an Geschäften auf dem Kurfürstendamm in Berlin beteiligt, durch die ein Schaden von 68.000 Euro entstanden war. Auch beim Farbanstrich auf das Sylter Hotel Miramar war sie dabei, zudem klebte sie sich im Juli dieses Jahres auf dem Flughafen Frankfurt fest, legte dadurch zeitweise den Flugbetrieb lahm.

## Eine der Verurteilten macht unverdrossen weiter

Einen Monat zuvor hatte sie sich auf der Rollbahn des Flughafens München festgeklebt. Beadle befand sich wegen ihrer Straftaten bereits mehrfach in Haft. Zunächst in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim, zum Jahreswechsel 2022/2023 für weitere sieben Wochen erneut in Bayern. Zusammen mit Miriam Meyer, die im Juli dieses Jahres vom Amtsgericht Tiergarten erneut zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt wurde.

Die 32-jährige fungiert als Ausbilderin der Wildbienen, gilt daher innerhalb der Letzten Generation als „Oberwildbiene“. Die aus dem schleswig-holsteinischen Örtchen Nehms im Landkreis Segeberg stammende hauptberufliche Klimaaktivistin hatte ihr Studium des tibetischen Buddhismus zugunsten der Letzten Generation aufgegeben, war ebenfalls an zahlreichen Straftaten der Gruppe beteiligt.

Als Vollzeit-Aktivistin ist auch Mirjam Herrmann unterwegs. Die 26-jährige gehört zu jenen innerhalb der LG, die im Mai dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft Neuruppin wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt wurden. Vor ihrer Zeit in der Klimasekte hatte sie Rechtswissenschaften in Passau und London studiert, arbeitete zudem bereits als Rechtsberaterin. Unter anderem hatte sie Kartoffelbrei auf ein Monet-Gemälde im Potsdamer Barberini-Museum

geworfen. Während der Automobilausstellung in München 2022 hatte sie für ein Verkehrschaos gesorgt, als sie sich von einer Autobahnbrücke absellte. Worauf die Polizei sie in Untersuchungshaft steckte. Herrmann muß sich zudem wegen Nötigung in 1.296 Fällen verantworten. Ihr drohen bis zu vier Jahre Haft.

Andere einst führende LG-Vertreter sind hingegen aus der radikalen Gruppe mittlerweile ausgestiegen. Wie etwa die 25 Jahre alte Mitgründerin Lea Bonasera, die die Bewegung bereits vor einem Jahr verlassen hatte, sich aber über die Gründe dafür bisher ausschweigt.

Im Juni dieses Jahres war auch Penelope alias Patrick Frank bei den Klimaklebern ausgestiegen. Der 32 Jahre alte zur Frau Umgewandelte aus Heidelberg kam im Alter von 13 Jahren ins Heim, engagierte sich später in der SPD. Seit 2020 ist sie im Sex-Gewerbe unterwegs, verkauft Erotik-Videos und getragene Unterwäsche. Seit sie der LG den Rücken gekehrt hat, setzt sie sich nun für „Queer-many“ ein, eine den eigenen Angaben zufolge diversitätsfreundliche Klimagerechtigkeitsbewegung mit einem Schwerpunkt auf „bewegungsübergreifende Protestarbeit“.

Unterdessen lieferten die in der Letzten Generation verbliebenen Radikalen umgehend den Beweis dafür, daß Richterin Herzog vergangene Woche beim Abschluß des Prozesses kaum Ermessensspielraum hatte. Am Dienstag stürten Anhänger der Gruppierung gemeinsam mit solchen von Greenpeace, Fridays for Future, „Ende Gelände“ und „Extinction Rebellion“ in Berlin eine Wirtschaftskonferenz zum Thema Flüssiggas. Dabei verschüttete sie unter anderem grüne Farbe an einem Nebeneingang des Luxushotels Adlon, unweit des Brandenburger Tors. Zuvor hatten sie versucht, die Zugänge zum Tagungsort des „World LNG Summit“ zu versperren. Polizeiangaben zufolge demonstrierten mehr als 120 der teilweise gewalttätigen Demonstranten vorübergehend festgenommen.

Unter denen, die sich an der Blockade des Adlon beteiligten, befand sich auch eine, die demnächst woanders sitzen muß: die in Itzehoe zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilte Lilli Gomez.

## Der Innensenator hat sich bemüht

PETER FREITAG

Ab-schiebungen sind im rot-grün-rot regierten Bremen eher die Ausnahme. Mit lediglich einem Prozent belegt der Stadtstaat bei Rückführungen bundesweit den letzten Platz unter sämtlichen Bundesländern. Um so bemerkenswerter, daß nun sogar einer der seltenen Fälle, in denen ein abgelehnter Asylbewerber außer Landes gebracht werden sollte, gescheitert ist – und prompt für ein kleines politisches Nachbeben sorgt.

Vergangene Woche war die Polizei ausgerückt, um einen Somalier, dem das evangelische Gemeindezentrum Zion Kirchenasyl in der Wesermetropole gewährte, festzunehmen. Gemäß dem Dublin-Verfahren, das die Zuständigkeiten bei Asylverfahren innerhalb der EU-Staaten regelt, sollte der 25-jährige wieder zurück nach Finnland überstellt werden. Denn dort war er erstmals in die Union eingereist. Über Rußland, das im Zuge der aktuellen Spannungen gezielt und ungehindert Migranten gen Westen schleust.

Nach Angaben der Bremer Innenbehörde hatten sich am betreffenden Abend dann rund hundert Personen – Gemeindemitglieder sowie eilig vom sogenannten Flüchtlingsrat mobilisierte Protestler – versammelt und den Zugang zur Zionskirche blockiert. Dazu gehörten mehrere Vermummte genauso wie der Pfarrer der Gemeinde. Der nannte im NDR den Versuch der Beamten, „das Asyl zu brechen“, empört einen „Tabubruch“.

Sauer war auch Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) – allerdings auf die Kirchenleute und die Blockierer: „Mit der Aktion wird gegen eine gültige Vereinbarung verstoßen“, schimpfte der Sozialdemokrat, der in jüngster Zeit verbal den innenpolitischen Hardliner gab. Mäurer betonte, die Glaubensgemeinschaften dürften einer Vereinbarung zufolge nur in besonderen Härtefällen Kirchenasyl gewähren. Es sei demnach für Personen zu beenden, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kein Bleiberecht zugestehet. Andernfalls „stellt die Kirche unseren Rechtsstaat grundsätzlich in Frage“. Seine Behörde habe im konkreten Fall keinen Spielraum gehabt, da das

Bamf die Abschiebung beantragt habe. Dennoch ertönten aus den Reihen der Koalitionspartner von Grünen und Dunkelroten erste Rufe nach dem Rücktritt des Innensensors. Ebenso kritisch äußerte sich der Leitende Geistliche der Evangelischen Kirche in Bremen, Bernd Kuschnerus. Er mutmaßte, Mäurer würde politisch unter Druck stehen. Die Kirche aber sei verpflichtet, „die einzelnen Menschen im Blick zu haben“.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) plädierte für einen Dialog mit den Kirchen beim Kirchenasyl. Die Bürger hätten einen Anspruch darauf, daß geltendes Recht durchgesetzt werde. „Auf der anderen Seite kann ich den humanitären Ansatz der Kirchen auch verstehen“, meinte die SPD-Politikerin am Rande der Innenministerkonferenz. Bremen liegt mit 202 Kirchenasyl-Fällen 2024 über dem bundesweiten Schnitt.

Der eigentlich ausreisepflichtige Somalier indes kann das Asyl bei den Protestanten verlassen. Allerdings nicht Richtung Polizeiwache oder Finnland. Das Verwaltungsgericht habe, berichtet der Flüchtlingsrat, eine Abschiebung vorerst verboten.

Ländersache: Bremen



# Das war ein Satz mit X

**Merz zu Milei und Musk:** Der Kandidat der Union verprellt eigene Anhänger und liefert seinen Gegnern eine Steilvorlage

PETER MÖLLER

Im politischen Berlin findet sich derzeit vermutlich niemand, der behaupten würde, daß der Wahlkampf für CDU-Chef Friedrich Merz bislang richtig gut läuft. Im Gegenteil. Die Reaktionen auf die bisherige „Performance“ schwanken zwischen Verwunderung bei den politischen Gegnern und Fassungslosigkeit bei den eigenen Parteigängern. Insbesondere der immer deutlicher werdende Annäherungskurs des Unions-Fraktionsvorsitzenden an die Grünen stößt dabei manchem übel auf.

Vor allem ein Auftritt von Merz in der Sendung von Sandra Maischberger in der vergangenen Woche sorgte dabei nicht nur unter seinen Anhängern für heftige Diskussionen. Seine Äußerungen wurden von vielen als ein weiterer Schritt hin auf die Grünen und ihren Spitzenkandidaten Robert Habeck gedeutet. Merz hatte in der Sendung ausdrücklich die Möglichkeit für eine schwarz-grüne Bundesregierung nach der Bundestagswahl offen gelassen und sogar nicht ausgeschlossen, daß der grüne Wirtschaftsminister Habeck im Amt bleiben könnte. Es gehe um „einen Politikwechsel, mit oder ohne Habeck“, sagte Merz und provozierte damit den scharfen Widerspruch von CSU-Chef Markus Söder.

In einem am nächsten Tag auf X veröffentlichten Video machte Söder Habeck für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich und schloß eine Koalition mit den Grünen kategorisch aus. „Mit der CSU gibt’s keine schwarz-grüne Koalition, keinen Robert Habeck mehr als Wirtschaftsminister“, ging Söder auf Gegenkurs zu Merz. Söder zufolge gehöre Habecks Partei „am besten bitte in die Opposition“. Während er die Kritik aus der bayerischen Schwesterpartei vermutlich mit eingepreist hatte, sollte Merz die Kritik aus den eigenen Reihen zu

denken geben. So sprach sich etwa der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Jens Spahn, gegen ein neues Ministeramt für Habeck aus. „Wir wollen ihn und seine Grünen in die Opposition schicken. Darüber herrscht Einigkeit in der Union“, sagte Spahn der *Rheinischen Post*. „Wenn wir es als Union mit Friedrich Merz als Kanzler zu entscheiden haben, wird Habecks Politik sicher nicht fortgeführt“.

Und sogar der enge Merz-Vertraute und Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Thorsten Frei, übte vorsichtig Kritik. „Es ist unsere oberste Priorität, Deutschland wieder auf einen Wachstumskurs zu bringen. Wer uns unterstützen will, ist herzlich eingeladen, mitzuhelfen“, sagte er der Zeitung. Entscheidend sei dabei „die Bereitschaft und das Vermögen, die Fehler der alten Ampel unverzüglich zu korrigieren und unserem Land wieder Zuversicht zu vermitteln.“ Die Union stehe für einen klaren Kurswechsel „und eine echte Politikwende in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Energie- und Migrationspolitik“.

## „Hat mit unserer Demokratie nichts zu tun“

Doch nicht nur der milde Umgang mit Habeck, auch eine brutale Reaktion des CDU-Chefs bei Maischberger auf eine Aussage von Ex-Finanzminister Christian Lindner (FDP) sorgte für Aufsehen. Dieser hatte am Sonntag zuvor in der ARD-Sendung „Carren Miosga“ mit Blick auf den reformfreudigen argentinischen Präsidenten Javier Milei und den Trump-Berater und Unternehmer Elon Musk gesagt, Deutschland solle „mehr Milei und Musk wagen“. Gemeint war damit, wie er später verdeutlichte, „eine Prisse Disruption“ für die Bundesrepublik. Die Reaktion von Merz fiel so deutlich wie überraschend aus: „Ich bin ehrlich gesagt völlig entsetzt gewesen, daß Christian Lindner diesen Vergleich



Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz: Manchmal besser den Mund halten?

gemacht hat“, sagte er bei Maischberger. Mileis Politik würde den Staat ruinieren und die Menschen mit Füßen treten. Beobachter verblüffte nicht nur die harsche Reaktion von Merz auf Lindner, sondern auch, daß er sich die insbesondere in linken Kreisen verbreitete Kritik an Milei ohne Not zu eigen gemacht hat. Vor allem in den sozialen Medien gingen die Wogen hoch – bis hin zu Ankündigungen, aus der CDU auszutreten.

Zu denken geben mußte Merz, daß er ausgerechnet von der linken FDP-Flügel angehörenden früheren Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Unterstützung erhalten hat. „Milei will den Staat zerstören, er ist frauenfeindlich und hat mit liberaler Demokratie nichts am Hut“, sagte sie dem *Spiegel*. Musk wiederum verfolge radikal eigene Geschäftsinteressen. „Der hat mit unserer Demokratie nichts zu tun. Da stört ihn natürlich die Kontrolle durch staatliche Behörden.“

Und auch Christian Lindner hat auf die Kritik von Merz reagiert. In einem Video auf X sagte Lindner, er wolle sich weder jede Meinung von Milei und Musk anschauen noch deren Stil übernehmen. „Aber der eine ist der erfolgreichste Unternehmer der Gegenwart und Beauftragter für den Bürokratieabbau in den USA. Und der andere hat den Mut zu ganz grundlegenden Reformen, sein heruntergewirtschaftetes Land wieder auf Kurs zu bringen“, rechtfertigte sich der FDP-Chef. „Das sollte nicht zu Entsetzen führen, sondern zu Neugier. Denn vielleicht kann man sich von denen bei uns ja was abschauen – wenn man wirklich was verändern will.“ Vor allem der letzte Halbsatz dürfte so manchem Unions-Anhänger mit Blick auf die derzeitigen Positionen ihres Spitzenkandidaten aus dem Herzen gesprochen haben.

■ Beitrag Seite 1

## „Boris Palmer hat Sinn für Fairneß und Demokratie“

BERLIN. Nach dem überraschenden Plädoyer von Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos) gegen die Brandmauer und für eine AfD-Regierungsbeteiligung äußert sich nun erstmals die AfD-Parteisitze selbst. „Boris Palmer demonstriert einmal mehr einen wohlthuenden Sinn für Fairneß und Einhaltung der demokratischen Spielregeln, der leider rar geworden ist im etablierten deutschen Politikbetrieb“, sagte Parteichefin Alice Weidel der JUNGEN FREIHEIT. Die „Denktabus und Handlungsverbote“, die der Politiker anspreche, seien „eine wesentliche Ursache für die umfassende Krise unseres Landes“, betonte die Partei- und Fraktionschefin. Hintergrund ist ein Interview Palmers im Magazin *Cato*. Dort hatte der Politik-Rebell unter anderem gesagt, die Brandmauer sei „gescheitert“. Seine Strategie sei: „Die Leute mal machen lassen, damit alle sehen können, wie sich das in der Wirklichkeit auswirkt. Denn in der Opposition läßt sich leichter irgendwas fordern. Und meistens wird man nur in der Regierung entzaubert.“ Konkret etwa brähte er eine Koalition in Thüringen zwischen CDU und AfD ins Spiel. Allerdings sollte die Union das Amt des Ministerpräsidenten und des Innenministers stellen und Björn Höcke nicht an der Regierung beteiligt sein. Dem Thüringer AfD-Chef warf er anliehen am Nationalsozialismus vor. Da widersprach Weidel deutlich. „Falsch liegt Herr Palmer allerdings, wenn er meint, die AfD sei vor allem wegen der undemokratischen Ausgrenzung so stark geworden und könne durch faire Behandlung auf einen vermeintlichen ‚rechtsextremen Kern‘ zusammenschmelzen werden.“ Der Kern der AfD sei „freiheitlich, konservativ und bürgerlich, und das sehen auch unsere Wähler so“, unterstrich die Politikerin. (ho)

## AfD-Verbot: Grüne wollen Erfolgsaussichten prüfen

BERLIN. Mehrere Bundestagsabgeordnete der Grünen haben einen Antrag zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines möglichen Verbotsantrags gegen die AfD eingebracht. Da „erhebliche Anzeichen“ dafür bestünden, daß die Partei darauf ausgehe, „die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen“, solle Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) beauftragt werden, „alsbald Gutachter zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines Antrages auf Verbot der AfD zu bestimmen“. Auf Basis des Ergebnisses dieser Prüfung solle der Bundestag „zeitnah über die Einleitung eines Verbotsverfahrens“ entscheiden, fordern die Antragsteller. Unterdessen hat der Kölner Rechtsanwalt Christian Conrad, der die AfD in mehreren Verfahren – unter anderem gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz – vertritt, die Stellungnahme von 17 Jura-Professoren, die sich in einer Art Gutachten für ein AfD-Verbotverfahren ausgesprochen hatten (JF 50/24), heftig kritisiert. In seiner 18seitigen Stellungnahme, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, wirft der erfahrene Verteidiger den Rechtswissenschaftlern „bewußte Desinformation“ vor. „Entgegen der beschriebenen Intention“ sei es „nicht als wissenschaftliche Hilfe, sondern als Instrument politischer Aktivisten“ aufzufassen, „welches offensichtlich die Abgeordneten in eine bestimmte Richtung beeinflussen soll“. In ihrer Zusammenstellung angeblich kompromittierender Äußerungen von Parteimitgliedern hätten die Professoren, so der Vorwurf Conrads, bei „zweideutigen“ Formulierungen stets nur die „verfassungsfeindliche Auslegungsvariante“ zugrundegelegt – was eindeutig den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts widerspreche. (vo)

# Viel Papier für keine Mehrheit

**Sachsen:** Union und SPD einigen sich auf einen Koalitionsvertrag, sind fürs Regieren aber auf Stimmen aus der Opposition angewiesen

PAUL LEONHARD

Ob er für Sachsen auch eine eigene Grenzpolizei nach bayerischem Vorbild plant? Diese Frage auf seiner ersten Pressekonferenz als frischgebackener Ministerpräsident des wieder gegründeten Freistaats gefiel Kurt Biedenkopf (CDU) 1990 überhaupt nicht. Erstens müsse man Bayern nicht alles nachmachen und zweitens sei sein Bestreben, Brücken nach Osten zu bauen, statt Grenzen zu sichern, echauffierte er sich. Knapp 35 Jahre später ist die Situation eine völlig andere.

Bundes-, Landes- und Revierpolizei versuchen seit Jahren gemeinsam mit dem Zoll ebenso vergeblich wie verzweifelt, die sächsische Grenze nach Polen und Tschechien vor dem Ansturm Illegaler und auch vor immer mehr mit Haftbefehl gesuchter Krimineller zu schützen – ein Katz-und-Maus-Spiel. Und so steht erstmalig in einem Koalitionsvertrag einer künftigen Staatsregierung der Aufbau einer sächsischen Grenzpolizei, auch wenn der Plan inhaltlich kaum umgesetzt wird und keine Mannschaftsstärken nennt.

Immerhin, Koalitionspartner SPD hat die Grenzsicherung, ebenso wie eine Aufstockung bei der Justiz, eine effektivere Strafverfolgung und die

beabsichtigte Beschleunigung von Asylverfahren und von Abschiebungen unterschrieben.

Die beiden Parteien wollen die nächsten vier Jahre in Sachsen regieren, ohne dafür eine Mehrheit im Parlament zu haben, so daß sie für jedes Gesetz auf Stimmen aus der Opposition angewiesen sind. Wobei die AfD, die die zweitstärkste Fraktion im Landtag ist und nur einen Sitz weniger als die CDU hat, außen vor bleibt. So steht es ausdrücklich in dem 110seitigen Papier: „Eine Zusammenarbeit oder eine Suche nach parlamentarischen Mehrheiten mit der AfD als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei wird es durch die neue Regierung und die Koalitionsfraktionen nicht geben“. Was das in der Praxis bei Abstimmungen bedeutet, wird spannend.

Kretschmer ist zwar im Freistaat populär, aber die Ergebnisse seiner letzten Amtsperiode, die er zusammen mit SPD und Bündnisgrünen gestalten mußte, sind es nicht. Die Haushaltssituation ist angespannt, weil viel Geld in queere grüne Projekte geflossen ist, der Unterrichtsausfall hoch, weil es zwar nicht an unnützen Schulsozialarbeitern mangelt, aber an Lehrern und ausgebildeten Hortnern. Auch mußten Parteifreunde versorgt werden, so daß die Zahl der Landesbediensteten von 85.000 im Jahr 2016 auf aktuell 96.000 angestiegen ist.

Damit stiegen die Kosten für den Steuerzahler von im Jahr 2013 6,04 auf 8,2 Milliarden Euro 2022. Dazu kommen rund 6,7 Millionen Euro für eine steigende Zahl externer Berater – ein Plus von zwei Millionen gegenüber 2021. All dies monierten die Rechnungsprüfer in ihrem Jahresbericht 2024 sowie eine Deckungslücke im Generationenfonds für Pensionen von 14,6 Milliarden Euro.

## „Wir gehen mit Demut an die Arbeit“

Kretschmer, der das Land eigentlich entbürokratisieren wollte, hat einen Riesenwasserkopf geschaffen. Aktuell haben die Personalausgaben einen neuen Höchststand erreicht und liegen bei etwa 40 Prozent des Landesets. Diese „Entwicklung soll umgekehrt werden“, heißt es im Vertrag. Gleichzeitig sollen aber neue Stellen für Polizisten, Lehrer, Justizvollzugsbedienstete, Richter geschaffen werden. Auch ist eine Anstalt für Digitalisierung geplant. Und Kretschmer, denn das ist unverkennbar seine Handschrift, will Landesbedienstete dazu gewinnen, wöchentlich länger als vertraglich vereinbart zu arbeiten und über den Ruhestand hinaus. Während Kretschmer die 110 Seiten Ko-

alitionsvertrag als ein „beeindruckendes Werk“ bezeichnet, ist die einhellige Meinung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG): „Dieses Papier macht uns Angst.“ Das sagt zumindest Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). „Es werden erneut Versprechungen gemacht, die nicht finanzierbar sind.“ Was den Sachsen als „neue Wege“ versprochen wird, sei in Wahrheit „ein Weiter-so wie bisher“.

Nach Angabe des Finanzministeriums fehlen im noch nicht beschlossenen Haushalt für 2025 und 2026 insgesamt vier Milliarden Euro. „Es bedarf einer neuen und klaren Prioritätensetzung aller Ausgabepositionen im Haushalt – da führt kein Weg vorbei“, so das Finanzministerium gegenüber dem Portal „Tag 24“. Der noch amtierende Finanzminister Hartmut Vorjohann (CDU), den Kretschmer durch seinen engen Vertrauten Christian Piwarz (bisher Kultusminister) ersetzen will, fordert die Ausgaben für Ministerien und Behörden zumindest bis zur Etatverabschiedung zu halbieren.

„Diese Anti-AfD-Koalition wird keine fünf Jahre überleben“, ist sich AfD-Landeschef Jörg Urban sicher. „Wir gehen mit Demut an die Arbeit“, schreibt dagegen Kretschmer. Ob die Abgeordneten mehrheitlich seine „ausgestreckte Hand“ ergreifen, wird sich am 18. Dezember herausstellen.



Zwischen Reichstag und Kanzleramt

## Auf das Wesentliche besinnen

PAUL ROSEN

Die letzten Wochen vor Weihnachten wurden früher die „stade Zeit“ genannt. Häuser und Wohnungen wurden festlich geschmückt, die letzten Einkäufe erledigt, die Hektik ließ nach. Davon ist in Berlin wenig zu spüren. Da niemand für die Kosten aufkommen wollte, gibt es in der Straße Unter den Linden keine Weihnachtsbeleuchtung mehr. Vergeblich hatte der „Wirtschaftskreis Mitte“ versucht, Spenden dafür zu sammeln: „Licht ist das zentrale Symbol der Weihnachtszeit“, hieß es im Spendenaufruf. Nur am Kurfürstendammsort sorgt die großzügige Spende eines Toilettenbetreibers dafür, daß es dort noch weihnachtlich aussieht.

In den Radiosendern wird zwar ein Weihnachtslied nach dem anderen abgespielt, aber mancher Wortbeitrag läßt starke Zweifel aufkommen, ob man hinter den Mikrofonen noch die eigentliche Bedeutung des Festes im Blick hat: So befaßte sich

ein Reporter allen Ernstes mit der Klimabilanz von Weihnachtsbäumen.

Weihnachtliche Atmosphäre ist im Bundestag angesichts der Hektik wegen der drohenden Neuwahlen auch erst abends zu spüren, sobald sich die Flure geleert haben. Wenn es dunkel geworden ist, zeigen sich die in den Parlamentsgebäuden aufgestellten Weihnachtsbäume in voller Pracht. Viele Berlin-Besucher bleiben stehen und fotografieren den von draußen am Spreuerfurgut sichtbaren Baum im Paul-Löbe-Haus. Wie schon in früheren Jahren wurden die Bäume und der Schmuck gespendet. Daß der Radioreporter mit der CO<sub>2</sub>-Bilanz von Tannenbäumen kein Einzelfall ist, machte die Übergabe eines Baumes aus Niedersachsen deutlich, wo Schüler einer neunten Klasse der Naturpark-Schule Neuenkirchen die „nachhaltige Herstellung“ ihres Baumschmucks hervorhoben. Auf der Homepage des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil, aus dessen Wahlkreis die Schüler stammen, heißt es, daß die zur Dekoration gehörenden Heidschnucken mit Schlüsselbegriffen aus den 17 Zielen für nachhal-

tige Entwicklung der Vereinten Nationen sowie aus dem Grundgesetz beschriftet seien. Weihnachten sei auch ein Anlaß, sich auf das Wesentliche zu besinnen: „Auf das Miteinander, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Schutz unserer Erde“, sollen die Schüler gesagt haben. Mit dem christlichen Weihnachtsfest als Erinnerung an die Geburt Jesu Christi und die Menschwerdung Gottes hat das Sammelsurium von Geschlechtergleichheit bis hochwertiger Bildung wenig bis gar nichts zu tun.

Nicht politisch-korrekt, aber dafür locker ging es in der festlich geschmückten Bayerischen Landesvertretung zu. Dort war zum Adventskonzert „Christmas & Jazz“ mit einer Auswahl bayerischer Musiker geladen worden, die die begeisterten Zuhörer auf eine weihnachtliche Reise um die Welt mitnahmen. Das anschließende Essen war nichts für Veganer: Serviert wurde, passend zur Jahreszeit, gebratene Gans. Trost ist in diesen unruhigen Tagen in einem Zitat des großen bayerischen Spötters Karl Valentin zu finden: „Wenn die stade Zeit vorüber ist, wird es auch wieder ruhiger.“



Begnadigung der Woche

## An die frische Luft

CHRISTIAN VOLLRADT

Wer das politische Geschehen regelmäßig verfolgt, dem ist die leuchtend blaue Wand mit der Aufschrift „Bundespressekonferenz“ wohl vertraut. Dreimal wöchentlich lassen sich hier bei der Regierungspressekonferenz die Sprecher von Kanzler und Ministern löchern (oder eben auch nicht). Die „BPK“, die jüngst ihr 75. Gründungsjubiläum feiern durfte, ist zweifellos eine Institution – wenn auch nicht so, wie ihr Name suggeriert. Denn sie ist kein staatliches Organ, keine Bundesbehörde, sondern ein Verein von etwa 900 Hauptstadtjournalisten. Hier laden Presseleute die Regierungsvertreter ein, nicht umgekehrt (JF 2/20). Erwas jünger, nämlich 60 Jahre, ist der Komiker und Fernsehunterhalter Hans-Peter „Hape“ Kerkeling. Gegen den war vor über drei Jahrzehnten, was auch den meisten Vereinsmitgliedern unbekannt gewesen sein dürfte,

ein Hausverbot in der BPK verhängt worden. Grund: Der junge Hape hatte sich – damals noch in Bonn – Zutritt in eine Regierungspressekonferenz verschafft, um dort den seinerzeitigen Regierungssprecher Hans „Johnny“ Klein (CSU) zu bitten, beim Ausfüllen der Steuererklärung zu helfen. Außerdem beschwerte sich der vermeintliche im Beisein der verdutzten echten Journalisten darüber, daß es „kein Gebäck“ gebe, „wo wir doch hier so gemächlich zusammensitzen“. Klein, der 1996 verstarb, nahm’s damals sichtlich mit Humor. Die BPK war offenbar nachtragender. Und das, obwohl ihre Satzung den heutigen – gegen die Unterwanderung durch professionelle Scherzbolde gerichteten – Passus, ihre Pressekonferenzen „dienen einer sachlichen, an Tatsachen orientierten und fairen Vermittlung von politischen Informationen“, noch gar nicht enthielt. Zu seinem 60. wurde Kerkeling nun mit der Aufhebung des Hausverbots beschenkt. Das sei jedoch keine Einlösung, „nächste Woche gleich wiederzukommen“.

**Verfassungsschutz: AfD fordert Untersuchung**

ERFURT. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag hat einen Untersuchungsausschuss gegen den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, ins Spiel gebracht. „Die heute bekanntgewordenen Vorwürfe gegen den Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes Stephan Kramer und zwei Journalisten des MDR zeichnen ein verheerendes Bild, sowohl von der Behörde als auch dem öffentlichen Rundfunk in Thüringen“, sagte der AfD-Landeschef Stefan Möller. Der langjährige Amtschef soll einem seiner Mitarbeiter körperliche Gewalt angedroht und Geheimnisverrat begangen haben, berichtete das Nachrichtenmagazin *Apollo News*. Demnach habe Kramer 2018 an den zuständigen Fachreferenten vorbei die AfD als Prüffall eingestuft. *Apollo* zitiert dazu aus einer E-Mail eines Mitarbeiters: Das zuständige Referat sei „weder unterrichtet – geschweige denn beteiligt – worden“. Im März 2021 stufte Thüringens Verfassungsschutz die AfD als „gesichert rechtsextrem“ ein. Allerdings habe Kramer ein 30seitiges Ergänzungsgutachten verworfen, das Zweifel an der Einstufung vorgebracht hätte. Im Zuge dessen soll Kramer einem der Autoren des AfD-Gutachtens körperliche Gewalt angedroht haben. Weiterhin soll Thüringens Innenministerium ein Disziplinarverfahren gegen Kramer wegen des Verdachts eingeleitet haben, er habe „streng vertrauliche Informationen über ernsthafte Funktionsstörungen und innerdienstliche Spannungen im Amt für Verfassungsschutz weitergegeben“. (sv)

**Wegen Terrorpropaganda: Polizei nimmt Iraker fest**

AUGSBURG. Wegen eines möglichen Anschlagplans auf den Weihnachtsmarkt in Augsburg hat die bayerische Polizei Mittwoch vergangener Woche einen Asylbewerber aus dem Irak festgenommen. Der 37-jährige soll zuvor Kontakt mit Mitgliedern der islamistischen Terror-Miliz „Islamischer Staat“ gehabt haben, berichtete die Zeitung *Welt*. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) betonte am vergangenen Freitag jedoch, es gebe „derzeit laut unseren Sicherheitsbehörden keine Hinweise auf konkrete Anschlagpläne oder auf konkrete Gefährdungen für Christkindmärkte in Bayern“. Allerdings sei die abstrakte Gefährdungslage insbesondere durch den islamistischen Terrorismus bundesweit weiterhin sehr hoch, so Herrmann. Die *Welt* berichtete, der Asylbewerber habe den Sicherheitsbehörden zufolge bei einer Ausspähaktion Fotos vom Augsburger Weihnachtsmarkt gemacht. Zudem soll der Mann bereits unter Terrorverdacht gestanden haben. Im Internet sei er den Behörden aufgefallen, weil er in sozialen Netzwerken den IS verherrlicht habe. So postete der Iraker offenbar Videos von Hinrichtungen „Ungläubiger“ und von Selbstmordattentaten. In Chats soll er zudem darüber geschrieben haben, mit einem Auto in einen Weihnachtsmarkt fahren zu wollen. Der entscheidende Hinweis über die Internetaktivitäten des Verdächtigen soll von einem ausländischen Nachrichtendienst gekommen sein. Informationen der Deutschen Presse-Agentur zufolge ist der Mann im März 2023 nach Deutschland eingereist, wo er einen Antrag auf Asyl stellte. Darüber sollen die Behörden bislang aber noch nicht entschieden haben. Eine Zeilang habe sich der Iraker im Augsburger Bezirkskrankenhaus zur psychiatrischen Behandlung aufgehalten. Mittlerweile sei der Festgenommene laut Innenminister Herrmann in Abschiebehaft in Eichstätt. (rr)

# Wie da steht im Buch Angela

**Autobiographie: JF-Reporter und Merkel-Kenner Hinrich Rohbohm über weiße Flecken in den Memoiren der Altkanzlerin**

HINRICH ROHBOHM

Auf das Erscheinen dieses Buches hatte man im politischen Berlin hingefiebert. Was war da nicht für eine Geheimnis-Krämerie im Vorfeld betrieben worden: Vorab-Exemplare an die Presse? Fehlanzeigen. Erst zum Verkaufsstart kursierten die Fahnen von Angela Merkels Autobiographie als PDF für Journalisten. Ausnahmen gab es offenbar für einen sehr kleinen, ausgewählten Kreis. Ein Auszug erschien exklusiv in der *Zeit*. Um das Durchsickern zu verhindern, seien die Computer, auf denen die ehemalige Kanzlerin gemeinsam mit ihrer Büroleiterin Beate Baumann – ohne Ghostwriter – ihr Buch verfasst hat, komplett vom Internet abgeschnitten gewesen, heißt es.

Jetzt führt „Freiheit“, so der Titel der Autobiographie von Altbundeskanzlerin Angela Merkel, die *Spiegel*-Bestsellerliste an. Freiheit? Schon das Wort in Verbindung mit der langjährigen deutschen Regierungschefin dürfte für Diskussionen sorgen. Denn längst nicht jeder kann mit diesem mächtigen Wort Angela Merkel assoziieren.

Akribisch arbeitet sie darin Detail für Detail ihres Lebens ab. Auf eine Art, die stark an ihren Regierungsstil erinnert: unaufgeregt, verwissenschaflich, frei von Emotionen. Selbst enthaltene Pointen sind irgendwie – nun ja – merkmäßig halt. Das Buch ist geprägt von Passagen wie dieser: „Der Unterricht begann um halb acht. Ich stand gegen 6.15 Uhr auf, das Frühstück bestand nur aus einer Stulle in der Hand und einer Tasse Tee oder Muckefuck.“

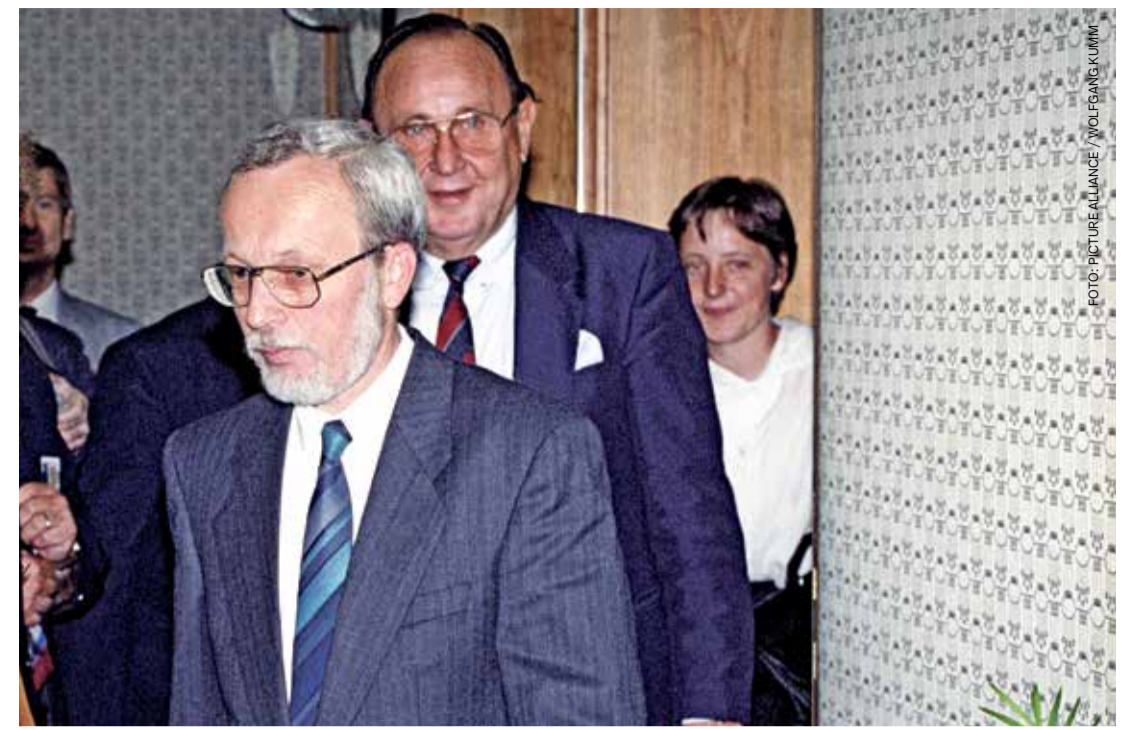
Und so geht es dann auch weiter: „Nach dem Mittagessen erledigte ich entweder Schulaufgaben oder hatte Freizeit. Um achtzehn Uhr gab es Abendessen, zumeist Stullen, manchmal aber auch Grießbrei mit Kirschen oder Blaubeeren. Man ist beim Lesen geneigt, den Satz hinzuzufügen: „Morgens geht die Sonne auf und abends geht sie wieder unter.“

Insofern ist das Buch wahrhaftig hundert Prozent authentisch. Der Leser spürt: Da saß wirklich die Altkanzlerin dran, die da über 740 Seiten aus ihrem Leben erzählt. Die jedes Detail frei von epischen Höhepunkten bis zur Erschöpfung aufrösel. Nur: Es bleiben eben gerade jene Widersprüche ihres Lebens in der DDR offen, zu denen sie auch bereits als amtierende Kanzlerin keine weiteren Stellungnahmen abgeben wollte.

**Um politische Distanz zum „roten“ Vater bemüht**

Und so liegt der tiefere Sinn ihres Werkes in genau dem, was Merkel über sich selbst bereits in der Einleitung schreibt: die Deutung über ihre Handlungen als Kanzlerin, ihre Bewertung in der Geschichte Deutschlands und der Welt nicht allein anderen zu überlassen. Sie will da ein gewichtiges Wort mitreden, ihre Interpretation der Dinge in die Zeitgeschichte mit einfließen lassen.

Zwar erfährt der Leser schon, daß ihr Vater „im politischen Spektrum ohnehin eher links zu verorten“ sei, die Befreiungstheologie in Lateinamerika befürwortete und auch „der rote Kasner genannt wurde“. Darüber jedoch, daß Kasner ihr politisches Weltbild maßgeblich geprägt hatte, der Christli-

**Merkel (r.) als stellvertretende Sprecherin der DDR-Regierung de Maizière (l.), August 1990**

chen Friedenskonferenz (CFK) – einer gegen den Westen arbeitenden kommunistischen Tarnorganisation – sowie dem SED-nahen Weißenseer Arbeitskreis angehörte, verliert das Buch kein Wort. Auch daß Kasner sich in der DDR als Erfinder der Formel „Kirche im Sozialismus“ bezeichnet hatte, bleibt unerwähnt. Stattdessen ist Merkel in dem Buch stets bemüht, eine politische Distanz zu ihrem Vater herzustellen.

Gleiches gilt für ihren Ziehvater Lothar de Maizière. Er war es, der maßgeblichen Anteil am politischen Aufstieg der späteren Kanzlerin hatte. Ein Anteil, der in dem Buch jedoch mit keiner Silbe Erwähnung findet. Ihre Funktion in der FDJ an der Akademie der Wissenschaften der DDR beschreibt sie als „FDJ-Kultursekretär“. Auf die von gleich mehreren ihrer einstigen Weggefährten erhobene Aussage, sie sei FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda gewesen, geht sie ebenfalls mit keinem Wort ein. In vielen anderen Pfarrersfamilien zu jener Zeit in der DDR galt die ungeschriebene Regel: Die eigenen Kinder treten nicht in die FDJ ein. Für diese Haltung zahlte man oft den hohen Preis, nicht zum Studium zugelassen zu werden.

Unklar bleibt auch die Rolle der promovierten Physikerin Merkel beim Demokratischen Aufbruch (DA) zur Wendezeit. Im Buch bleibt sie dabei, erst im Dezember 1989 zur neuen Partei hinzugestoßen zu sein. Darauf, daß der damalige DA-Aktivist Stefan Dachsel sie bereits im Oktober 1989 bei dem später als Informeller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes enttarnten Wolfgang Schnur angetroffen hatte, geht sie nicht ein.

Auch nicht auf das knapp ein Jahr später stattfindende Treffen im Hobbykeller des DA-Mitbegründers Udo Timm am Vorabend ihrer Nominierung zur Bundestagskandidatin. Der mögliche Hintergrund: Laut ihres damaligen Gegenkandidaten Hans-Günther Zemke war Timm eine Stasi-Vergangenheit nachgesagt worden. Und noch etwas findet sich nicht in Merkels „Freiheit“-Biographie wieder: daß ihre Bundestagskandidatur für den Rügener Wahlkreis damals laut Aussage des seinerzeitigen CDU-Kreisvorsitzenden Friedhelm Wagner der „ausdrückliche Wunsch“ von Lothar de Maizière gewesen sei.

■ Eine weitere Rezension auf Seite 25

## „Ein Stürmer und ein Libero“

**AFD: Erstmals will die Partei mit einer eigenen Kanzlerkandidatin ins Rennen gehen / Alice Weidel derzeit in Umfragen vor Amtsinhaber Olaf Scholz**

HENNING HOFFGAARD

Tino Chrupalla greift zu einem Bild aus dem Fußball, als er das wohl am schlechtesten gehütete Geheimnis seiner Partei lüftet. „Die AfD ist eine Fußballmannschaft mit einer Stürmerin“, sagt der Parteivorsitzende und meint damit – natürlich – Alice Weidel. Erstmals zieht die AfD mit einem eigenen Kanzlerkandidaten in den Wahlkampf.

Von einem „historischen Tag“ spricht Chrupalla am vergangenen Sonnabend. Er selbst sieht sich in der Rolle des Liberos – also eine Art Ausputzer vor dem Tor. Der Sachse überschüttet vor mehr als hundert Journalisten seine Co-Vorsitzende mit Lob und warmen Worten. Sowohl der Bundesvorstand als auch die zu diesem Anlaß in der Parteizentrale versammelten Landesvorsitzenden haben Weidel „einstimmig“ vorgeschlagen. Nun muß der AfD-Bundesparteitag Anfang Januar in Riesa noch abnicken. Dies gilt allerdings als sicher. Mit weit mehr als 90 Prozent rechnen einige.

Auch bei den Wählern kommt die 45-jährige ziemlich gut an – dem Häuflein Gegendemonstranten vor der Geschäftsstelle zum Trotz. Laut einer aktuellen Insa-Umfrage wünschen sich 18 Prozent der Befragten Weidel im Kanzleramt. Das sind fast genauso viele, wie derzeit die AfD wählen

**Parteichefs Chrupalla und Weidel bei der Pressekonferenz: „Historischer Tag“**

wollen (19 Prozent). Sie liegt damit vor Amtsinhaber Olaf Scholz (SPD), den 15 Prozent auch in den kommenden vier Jahren als Regierungschef sehen möchten. Über den Grünen Robert Habeck sagen das 14 Prozent. Friedrich Merz führt die Riege der Kanzlerkandidaten mit 21 Prozent in Sachen Beliebtheit an, liegt aber deutlich hinter den Werten seiner CDU/CSU zurück; die kommt bei Insa in der Sonntagsfrage derzeit auf 32 Prozent.

Und Weidel? Besagter Sonnabend ist einer dieser Termine, der ihr ganz offensichtlich Spaß macht. Breites Lächeln, große Worte. Ein „großer Tag für die Partei“ sei das – und auch für Deutschland. Dann legt die Parteichefin los, rattert nur so durch mit Themen, Forderungen und scharfer Kritik an den politischen Konkurrenten. „Deutschland ist in einer seiner schwersten Krisen“, sagt sie energisch und wird dann immer lauter. Das Land, das einst

eine sichere und preiswerte Energieversorgung, eine starke Wirtschaft gehabt und im Frieden gelebt habe, sei geradezu „abgestürzt“. Mit der Automobilindustrie werde der deutschen Wirtschaft „das Rückgrat gebrochen“, die Energiewende mit „Flatterstrom“ tue dann den Rest. „Es wurde alles weggemacht, was funktioniert.“ Die soziale Marktwirtschaft sei „abgeschafft“ worden.

Zweites Kernthema: die Einwanderungspolitik. Deutsche sollten „nicht mehr Freiwild für eine marodierende Migrantengewalt“ sein. Millionen Migranten seien unkontrolliert ins Land geströmt, was sich nun auch in der Kriminalstatistik widerspiegele. Ausländern, die noch nie gearbeitet und Steuern gezahlt hätten, müßten alle Sozialleistungen gestrichen werden; Sachleistungen sollen es dann richten. Weidel redet sich in Rage: „Illegale, Vergewaltiger, Mörder werden wir sofort abschieben.“

Bleibt die Frage, warum die Partei nun eine Mannschaft mit „einem Stürmer“ sei, während man in der mächtigen Bundestagsfraktion weiter auf eine Doppelspitze setzt? Chrupalla, der seiner Co-Chefin sonst an diesem Tag das Feld überläßt, verweist darauf, daß, seit er und Weidel Parteichefs sind, die Umfragewerte gestiegen und Streit weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden seien. Man bilde ein eingespieltes Team, das den Erfolg bringen werde.

JF Edition

KARLHEINZ WEISSMANN

## Zwischen Reich und Republik

Die deutsche Nachkriegsrechte ist eine Art weißer Fleck auf der historischen Landkarte des 20. Jahrhunderts. In diesem neuen Buch von Karlheinz Weißmann geht es deshalb darum, der Entstehung und Entwicklung, dem Aufstieg wie dem Niedergang der verschiedenen Parteien und bedeutenden Organisationen rechts der Mitte nachzugehen, ihr Personal wie ihre Programme vorzustellen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Beantwortung der Frage, warum eine politische Richtung, die in den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch so großen Einfluß auf die Geschicke der Bundesrepublik ausüben konnte, in der späteren Zeit derart an den Rand gedrängt werden konnte und warum es gegenwärtig so aussieht, als ob sich das ändern könnte.

325 S., geb.  
mit 297 Abbildungen  
**Best.-Nr. 98140**  
**39,90 Euro**► [jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

## Syrischer Blitzkrieg

**Machtübernahme in Damaskus:**  
Wie konnten die von der Türkei und den USA koordinierten Truppen Assads Männer so schnell überrennen? Wie steht es um die anderen Mächte, die in dem zwölfjährigen Bürgerkrieg mitmischten?

**Der neue starke Mann in Syrien, Mohammed al-Dschaulari, ruft in der Abbassiden-Moschee in Damaskus das Ende des Bürgerkriegs aus:** Erinnerungen an die mittelalterlichen Kalifen und auch an den Islamischen Staat werden bei der Szenerie wach



MARC ZOELLNER

Man stelle sich vor, es sei plötzlich Krieg und alle Soldaten gingen einfach heim: Derartige Szenen von Regierungstruppen, die auf offener Straße ihre Uniformen ablegten und sich unter die Zivilbevölkerung mischten, wurden in den vergangenen Tagen tatsächlich in Syrien gefilmt – und nicht nur an entlegenen Frontabschnitten, sondern oftmals und kriegsentscheidend vor allem auch in den Großstädten Damaskus, Hama und Homs.

Letztere, rund 150 Kilometer nördlich der Hauptstadt Damaskus gelegen, sollte der Assad-treuen „Syrisch-Arabischen Armee“ (SAA) eigentlich als Bollwerk gegen die vorrückenden Rebellentruppen der „Haj'at Tahrir al-Scham“ (HTS), einer islamistischen Gruppierung aus dem Nordwestgouvernement Idlib dienen. Diese war als Al-Quaida-Ableger gestartet und genießt wenig Unterstützung unter den Golfstaaten, da sie als eine Art neuer Islamischer Staat gilt. Auch die „Syrische Nationale Armee“ (SNA), eine vormals an der Grenze zur Türkei agierende, moderate islamische Miliz rückte darauf vor.

Zwei Tage lang konnte die Armee Assads ihre Stellungen nördlich von Homs halten. Doch mit der „Südfreit“ sowie der „Al-Jabal Brigade“, einer drusischstämmigen Rebellmiliz, sowie der „Syrischen Freien Armee“ (FSA) standen zeitgleich bereits drei kampferprobte Widerstandstruppen in den südlichen und östlichen Vororten von Damaskus bereit. Zusätzlich war die Moral der Truppe extrem geschwächt. Berichte besagen, daß Assads

Sold zu spärlich floß. Die Kurden hatten seit langem zusammen mit der SFA im Norden Ölfelder besetzt.

Letztere Miliz hatte sich seit November 2015 in den Wüstenregionen an der Grenze zu Jordanien verschanzt gehalten, um von dort aus mit logistischer Unterstützung der USA ihre Einsätze gegen die – später gleichsam in der Wüste untergetauchte – radikalislamische Terrorgruppe „Islamischer Staat“ auszuführen. Aus ersteren beiden, die ebenso von den USA unterstützt werden, sollte sich am 6. Dezember das „Südliche Operationsgebiet“ (GAA) formieren; eine Dachorganisation moderater Rebellen und jener der drusischen Minderheit in Syrien, die sich aufgrund ihres Anteils an der Einnahme Damaskus auch ein nennenswertes Gewicht in der syrischen Übergangsregierung erhoffen.

### Der türkische Präsident heizt den Konflikt weiter an

Mit dem 41jährigen Ingenieur Mohammed al-Bashir, der sich als Ministerpräsident in der Zivilverwaltung des Rebellengouvernements Idlib seine politischen Spuren erworben hatte, benannte die HTS diesen Montag im nicht von ihr kontrollierten Damaskus zwar schon einmal provisorisch einen neuen Ministerpräsidenten für ihre gesamt-syrische Übergangsregierung. Der HTS-Führer Mohammed al-Dschaulari (siehe auch Seite 3) hatte es sich in Manier der einstigen Abbasiden-Khalifen nicht nehmen lassen, das Ende des Bürgerkriegs in der großen Moschee von Damaskus auszurufen. Bilder, die stark an die Proklamation des Islamischen Staates durch Abu Bakr al-Baghdadi erinnerten.

Doch welche Fraktionen an der neuen Regierung teilhaben werden, wird wohl nicht vor Januar

entschieden sein. Zwar ruhen in den meisten Teilen des Landes die Waffen. Doch im Norden kämpfen HTS und SNA als Verbündete der benachbarten Türkei mit den „Demokratischen Kräften Syriens“ (SDF), einem kurdischen Dachverband, welchen wiederum die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) dominieren, um die Stadt Manbidsch. Die Türkei erachtet die YPG als den syrischen Vertreter der kommunistischen Terrorgruppe der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), welche seit 1978 einen blutigen Untergrundkrieg gegen die aus ihrer Sicht türkischen Besatzer Kurdistans führt (siehe auch Seite 10).

Zwischen 2016 und 2019 errichtete die Türkei in insgesamt drei Bodenoffensiven mehrere „Schutzkorridore“ im syrischen Teil der gemeinsamen Grenze, insbesondere mit Hilfe der SNA. Im August 2016 konnte Manbidsch durch Kurden vom IS-Kalifat befreit werden. Das erklärte Vorhaben Ankaras, seine voneinander getrennten Grenzkorridore via Manbidsch zu schließen, wurde im Oktober 2019 nur durch die vorangehende Besatzung der Stadt durch Assad-Truppen sowie ihre russischen Verbündeten – auf Wunsch der Kurden hin – verhindert. Nach einem Bombardement der Innenstadt durch türkische Flieger rückt die SNA seit diesem Montag erneut auf Manbidsch vor und liefert sich hierbei schwere Gefechte mit der SDF.

In Manbidsch auf dem Rückzug, im Gouvernement Deir ez-Zor an der Grenze zum Irak auf dem Vormarsch, erfährt die kurdische SDF wie schon in den vergangenen Jahren Rückendeckung der USA. Den Milizen von HTS und SNA drohte Washington bereits mit Konsequenzen, sollten diese weiter auf kurdisch dominiertes Territorium „einschließlich des westlichen Ufers des Flusses Euphrat“ vorrücken – und stellte sich damit gegen das Hegemonialstreben des eigenen Nato-Partners Türkei. Nördlich von Deir ez-Zor mit insgesamt 900 Mann Truppenstärke stationiert, beschränken sich die USA derzeit auf Luftschläge gegen IS-Verstecke in der Wüste. Der designierte US-Präsident Donald Trump erklärte vorab, sein Land aus dem Syrischen Bürgerkrieg heraushalten zu wollen.

Großangelegte Bombardements flogen seit vergangener Woche auch die israelischen Luftstreitkräfte (IAF). Der Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad kam für die Regierung in Jerusalem ebenso überraschend wie unerfreulich. Zwar hatte Syrien dem Staat Israel bereits im Mai 1948 den Krieg erklärt und seitdem keine Friedensofferte angeboten. Spätestens mit dem Ausbruch des Syrischen Bürgerkriegs im März 2011 galt Assad jedoch mit seinem eigenen Machterhalt beschäftigt, sein Land nur noch als Durchlaufstation iranischer Waffen an die libanesische Hisbollah-Miliz.

Assad, selbst von islamistischen Rebellen bedroht, fungierte in dieser Zeit als Jerusalems Garant für sichere Grenzen zu den von Israel besetzten Golanhöhen. Mit seiner Flucht nach Moskau hinterließ der ehemalige syrische Diktator nicht nur ein innenpolitisches Machtvakuum, welches nun von teils gemäßigten und teils von radikalen Islamisten beansprucht wird, sondern ebenso die Waffenlager einer hochgerüsteten syrischen Armee. Israel indes hat die Lehre aus dem US-Rückzug und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan gezogen: Tagtäglich nimmt die IAF Munitionslager und schwere Waffen sowie geparkte Panzer und Kampfflugzeuge im nördlichen Nachbarland ins Visier, damit diese nicht in die Hände der HTS oder noch radikalerer Kräfte fallen.

Am Sonntag verkündete Ministerpräsident Benjamin Netanjahu überdies die Lösung der im Mai

1974 zwischen Israel und Syrien beschlossenen Rückzugsvereinbarungen auf den Golanhöhen, welche den im Oktober 1973 von Ägypten und Syrien ausgelösten Jom-Kippur-Krieg beendet hatten. Israel besetzt seit Montag erneut den strategisch höchsten Gipfel Syriens, den Hermon-Berg, und vergrößert ihre Pufferzone auf den Golanhöhen.

### Rückschlag für Moskaus weltweite Engagements

Der Zusammenbruch dürfte weiteren Verdruss in der Region erzeugen. Die Arabische Liga hatte den syrischen Machthaber Assad nach zwölf Jahren außenpolitischer Ächtung im Mai 2023 erstmals wieder zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen – und steht nun vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen regionalen Sicherheitspolitik. Von den rasanten Entwicklungen in Damaskus förmlich überrollt, blieb den Golfstaaten, die sich vergangenen Samstag in Doha zu gemeinsamen Konsultationen mit Russland, der Türkei und dem Iran trafen, lediglich eine Verbalnote mit der Forderung nach „politischer Lösung“ des Konflikts übrig.

Den siegenden Bürgerkriegskräften wird noch lange in Erinnerung bleiben, von der Arabischen Liga keinerlei Unterstützung erfahren zu haben. Hingegen von der Türkei, deren Einfluß in Syrien nachhaltig wachsen dürfte. Was von Doha blieb, war einzig der Ausspruch Saudi-Arabiens über den „Erhalt der nationalen Einheit“ Syriens. Kurz: Man beobachte genau, wie sich Türken und Israelis Gebiet aneignen.

In Syrien geht das tägliche Leben wieder seine Wege. Geschäfte und Banken öffneten ab Dienstag erneut ihre Pforten, ebenso lief die Ölförderung

wieder an. Die neuen Machthaber rufen die Beamten auf, wieder an die Arbeit zurückzugehen. Flughäfen werden wieder geöffnet. Während im ganzen Land Monumente der alten Diktatur gestürzt und politische Gefängnisse befreit werden, ruft die HTS die weltweiten Flüchtlinge heim.

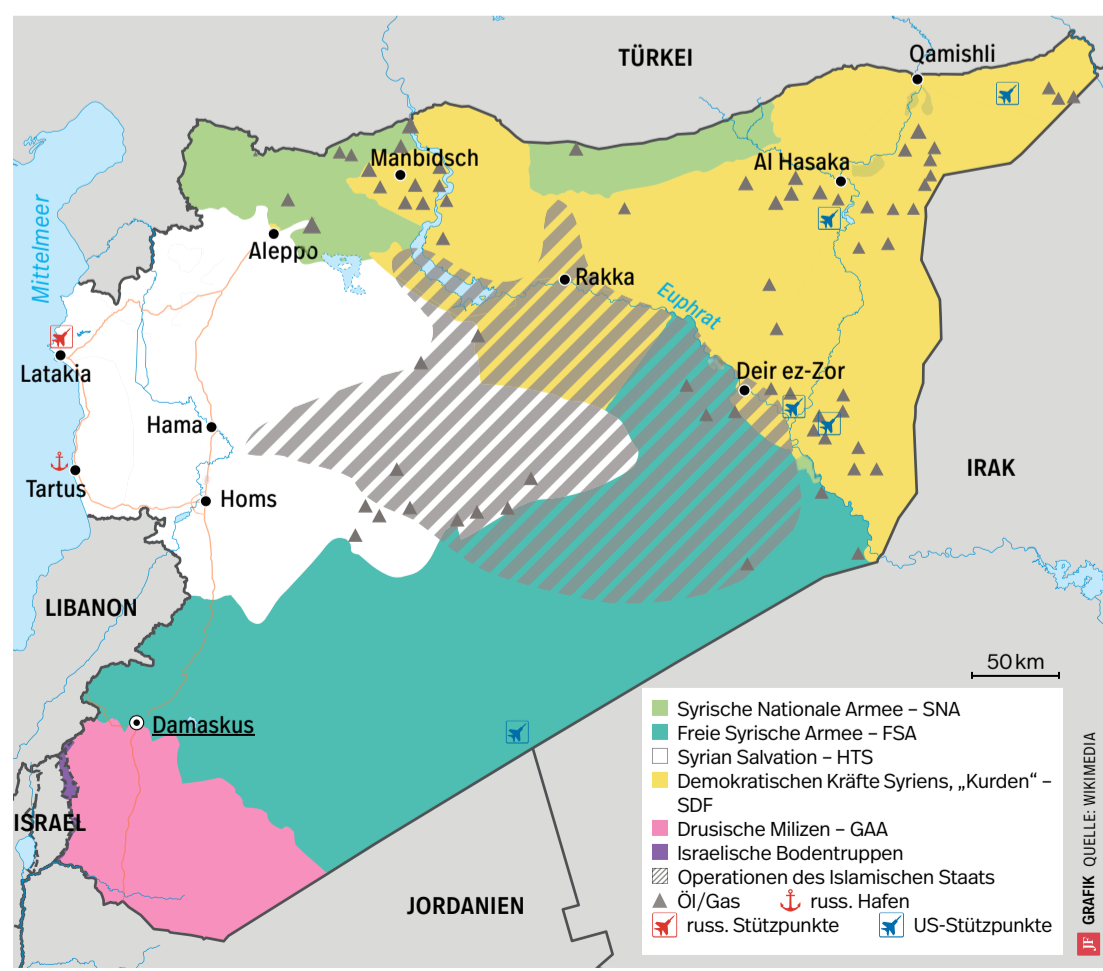
Katerstimmung herrscht derweil bei den politischen Verbündeten Assads in Teheran und Moskau. Mit der Eroberung von Damaskus durch sunnitische Rebellen bricht für den Iran seine schiitische „Achse des Widerstands“ gegen Israel zusammen; die libanesische Hisbollah-Miliz verliert überdies ihren Landweg für den Waffennachschub.

Die Großmacht Rußland darf sich sogar doppelt geschlagen fühlen: Nur zwölf Tage dauerte der blitzartige Vormarsch. Trotz mehrerer Militärbasen in Syrien war Rußland außerstande, die Niederlage seines engen Verbündeten Assad militärisch noch abzuwenden. Dazu noch droht Moskau der Verlust seines Flottenstützpunktes in Tartus sowie seines Militärflughafens in Hmeimim an der syrischen Mittelmeerküste bei Latakia. Letzterer diente bislang als Knotenpunkt der militärischen Abenteuer des russischen „Afrika-Korps“ – der ehemaligen „Gruppe Wagner“ – als Moskaus Schützenhilfe für Militär- und Putschistenregime in der Sahelzone.

Allerdings gibt es bisher keine Berichte, daß Milizen versuchen würden, diese Basen zu besetzen. Der Leiter des syrischen Nationalen Koordinationskomitees für Außenbeziehungen, Ahmed al-Asrawi, soll laut der russischen Nachrichtenagentur RBK gesagt haben, Syrien werde sich weiterhin an Vereinbarungen halten, die im Interesse des Landes lägen. Das statuierte Exempel, daß Moskau selbst den langjährigen Alliierten Assad sang- und klanglos hat entmachteten lassen, dürfte derweil Despoten in Afrika unruhig werden lassen.

### Von Einheit und Frieden noch weit entfernt

Die Karte Syriens zeigt die verschiedenen Fraktionen nachdem sie ihren gemeinsamen Gegner Assad losgeworden sind. Die Karte zeigt den Verlauf der Grenzen zum 10. Dezember 2024.



### i Die Lage der Syrer in Deutschland

Während Zehntausende Syrer in deutschen Großstädten ausgelassen das Ende des Assad-Regimes feierten, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wie viele europäische Länder alle Entscheidungen über mehr als 47.000 Asylanträge von Syrern gestoppt – davon 46.081 in erster Instanz. 75.000 Syrer hatten im laufenden Jahr einen Antrag gestellt.

Die oberste Chefin der Behörde, die deutsche Innenministerin Nancy Faeser, will die Entwicklung abwarten. Die weitere Beurteilung des Schutzstatus der in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge aus Syrien hänge von der weiteren Entwicklung im Land ab, sagte sie. Die Lage dort sei sehr unübersichtlich, „deshalb sind konkrete Rückkehrmöglichkeiten im Moment nicht absehbar, und es wäre unseriös, in einer so volatilen Situation darüber zu spekulieren“, so die SPD-Politikerin. Ähnlich äußerte sich auch Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Sie warnte davor, den Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad innenpolitisch zu mißbrauchen.

Vor einer neuen Flüchtlingswelle – vor allem von Angehörigen der in Syrien lebenden Minderheiten wie den schätzungsweise eine Million Christen – warnte etwa Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und forderte Zurückweisungen an den Grenzen.

Der Vize-Fraktionsvorsitzende der Union, Jens Spahn, meint: „Wie wäre es, wenn die Bun-

desregierung sagt: Jeder, der zurückwill nach Syrien, für den chartern wir Maschinen, der bekommt ein Startgeld von 1.000 Euro.“ Auf schnelles Handeln drängt auch Alex Jungbluth, AfD-Bundesvorstandsmitglied und Europaabgeordneter, der die EU-Kommission fragte, wann nun eine „Remigration aller syrischen Flüchtlinge in der EU in ihr Heimatland“ forciert werde.

Die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, erklärte: „Wer in Deutschland das 'freie Syrien' feiert, bei dem liegt augenscheinlich kein Fluchtgrund mehr vor. Er sollte umgehend nach Syrien zurückkehren.“

Wien geht derweil voran. Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) erklärte, er werde im Auftrag des Bundeskanzlers Karl Nehammer (ÖVP), „ein geordnetes Rückführungs- und Abschiebungsprogramm nach Syrien vorbereiten“. Derzeit leben rund eine Million Syrer in Deutschland, davon mehr als 321.000 mit Flüchtlingsschutz und weitere 5.000 als anerkannte Asylbewerber. Knapp 330.000 haben subsidiären Schutz erhalten.

Die übrigen rund 318.000 sind überwiegend im Rahmen des Familiennachzugs eingereist. Über 55 Prozent der Syrer beziehen Grundversicherung. Allgemeinbildende Schulen wurden im Schuljahr 2022/23 von rund 186.000 Kindern von Syrern besucht, weitere 50.000 an beruflichen Schulen. Zudem erhielten zwischen 2016 und 2023 rund 161.000 Syrer einen deutschen Paß. (pl)

## Rechtsextreme planen Anschlag auf Meloni

BOLOGNA. Die Polizei in Bologna hat am Mittwoch voriger Woche zwölf Mitglieder der rechtsextremen Gruppe „Werwolf Division“ festgenommen, die angeblich einen Mordanschlag auf Ministerpräsidentin Giorgia Meloni vorbereiteten. Zudem soll die Gruppe einen Anschlag auf den Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, geplant haben. Weitere 13 Personen seien durchsucht worden, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa. Laut dem *Corriere di Bologna* wirft die Staatsanwaltschaft den Beschuldigten Vereinigung zu terroristischen Zwecken, Propaganda und Aufstachelung zu rassistischer, ethnischer und religiöser Diskriminierung sowie illegalen Besitz von Schusswaffen vor. Den Ermittlern zufolge handele es sich bei der Gruppe um eine „organisierte Zelle“, die sich bereits in der „operativen Phase“ befand. Außerdem gehe aus den Akten der Staatsanwaltschaft hervor, daß die Mordpläne gegen Meloni seit 2023 geschmiedet worden seien. Die Mitglieder hätten zu dieser Zeit begonnen, über die Ministerpräsidentin als mögliches Anschlagziel zu diskutieren, weil Meloni eine „Verräterin“ sei, „eine Faschistin, die Faschisten verfolgt“. (dh)

## Denkmal für Opfer der Sowjetzeit stört Politiker

MOSKAU. Der Vorsitzende des Präsidialrats für Zivilgesellschaft und Menschenrechte, Valery Fadejew, hat in einem Interview mit dem Nachrichtensender RBC gefordert, daß Rußlands wichtigstes Denkmal für die Opfer politischer Repressionen in der Sowjetzeit verlegt werden sollte. Fadejew erklärte dort nach Angaben der Oppositionszeitung *Novaja Gazeta* (NG), daß der Solowezki-Stein, eine Granitplatte, die 1990 vom Gelände des ersten Gefangenenlagers der Sowjetregierung im Norden Rußlands nach Moskau transportiert wurde, vom Grundstück des Lubjanka-Gebäudes, dem ehemaligen Hauptsitz des KGB, entfernt werden sollte. Er habe dies damit begründet, daß die Menschen nicht mehr dorthin gehen würden, um das Andenken an diejenigen zu ehren, die von den sowjetischen Behörden zu Unrecht hingerichtet worden seien, sondern „aus politischem Protest“. Diejenigen, die die Opfer der Unterdrückung in der Sowjetzeit ehren wollten, sollten stattdessen zur Gedenkstätte „Mauer der Trauer“ gehen, betonte Fadejew und nannte den Solowezki-Stein „eine Ohrfeige für die Menschen, die derzeit in der Lubjanka arbeiten“, die heute noch von der Nachfolgeorganisation des KGB, dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), genutzt werde. Als Mitglied der Regierungspartei „Einiges Rußland“ äußerte Fadejew nach Angaben der *Novaja Gazeta* auch seine Mißbilligung des Projekts „Last Address“, das Gedenktafeln an den Häusern einzelner Opfer der Unterdrückung in der Sowjetzeit anbringt, und schlug vor, die Tafeln zu entfernen. „Diese zwanghafte Provokation im Alltag, als wollte man sagen: Ihr habt Menschen getötet, dieses Land hat keine Zukunft“, sagte Fadejew und verwies darauf, daß die Verbrechen der Sowjetunion in den russischen Geschichtsbüchern behandelt werden. Im vergangenen Monat wurde das Moskauer Gulag-Geschichtsmuseum gezwungen, seine Türen zu schließen, was ein weiterer Versuch des Kremles zu sein scheint, seinen Einfluß auf das historische Gedächtnis in Rußland zu festigen, so die NG. Am 14. November 2024 hatte das Museum erklärt, seine Arbeit wegen Brandschadensmängeln vorübergehend auszusetzen. (ctw)



Afrikaner auf einem Schiff der spanischen Polizei Guardia Civil: Die Regierung in Madrid fährt einen eisernen Willkommenskurs

# „Man muß antirassistisch sein“

Spanien: Die sozialistische Regierung setzt konsequent auf Massenmigration

DANIEL HOLFELDER

Spaniens sozialistische Regierung steht unter Druck. Schon seit zwei Monaten fordert die Opposition den Rücktritt von Ministerpräsident Pedro Sánchez, der in einen Korruptionsskandal um den ehemaligen Verkehrsminister José Luis Ábalos verwickelt sein soll. Sánchez bestreitet die Vorwürfe – und arbeitet weiter konsequent daran, seine politischen Ziele zu verwirklichen. Das gilt insbesondere für die Einwanderungspolitik. Der Regierungschef und sein Partido Socialista Obrero Español (PSOE; Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), der gemeinsam mit dem linken Parteienbündnis Sumar eine Minderheitsregierung bildet, halten eisern an ihrem Willkommenskurs fest. „Wir Spanier sind die Kinder der Einwanderung, wir werden nicht die Eltern der Fremdenfeindlichkeit sein“, mahnte Sánchez jüngst im Parlament. Seine Migrationsministerin Elma Saiz sagte der Zeitung *El País*: „In Spanien reicht es nicht mehr, nicht rassistisch zu sein. Man muß antirassistisch sein.“

## 300.000 illegale Einwanderer pro Jahr sollen bleiben – mindestens

Kurz zuvor war Saiz mit einem Lächeln vor die Kameras getreten und hatte eine umfassende Reform der Ausländerverordnung verkündet. Ab Mai will die Regierung jährlich etwa 300.000 illegalen Einwanderern eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilen. Von den neuen Regeln, die vorerst bis 2027 gelten sollen, werden neben Studenten, Familien und ausländischen Arbeitssuchenden vor allem abgelehnte Asylbewerber profitieren. Sie müssen lediglich die Voraussetzung erfüllen, sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung länger als sechs Monate illegal im Land aufgehalten zu haben.

Wie viele Migranten derzeit illegal in dem 48-Millionen-Einwohner Land leben, ist unklar. Allerdings gibt das Innenministerium an, daß allein im laufenden Jahr 54.000 Migranten ohne gültige

Papiere in Spanien ankamen. Zusammengerechnet wurden in Spanien gemäß Eurostat, dem statistischen Amt der EU, seit 2015 etwa 800.000 Asylansprüche gestellt. Im ersten Halbjahr 2024 waren es knapp 90.000. Das Land zählt in dieser Kategorie zu den Spitzenreitern in der EU.

Bereits im Oktober war Regierungschef Sánchez nach Afrika gereist und hatte mit Mauretanien, Senegal und Gambia Abkommen über die sogenannte zirkuläre Migration unterzeichnet. Die Vereinbarungen richten sich an Migranten, die als Saisonarbeiter nach Spanien kommen und danach wieder in ihr Heimatland zurückkehren, „mit der vertraglich festgelegten Garantie, daß sie in der folgenden Saison wieder einberufen werden“, wie das Innenministerium mitteilte. Wie viele Einwanderer jährlich über diesen Weg kommen sollen, ist in den Abkommen nicht festgelegt.

Ein anderes geplantes Gesetz sieht dagegen eine sehr konkrete Zahl vor. Im April nahm das spanische Unterhaus mit großer Mehrheit – einzig die Rechtspartei Vox stimmte dagegen – eine Volksinitiative an, die für 500.000 illegale Migranten einen legalen Aufenthaltsstatus fordert. Einzige Bedingung: Die Migranten müssen vor November 2021 ins Land gekommen sein. Noch ist offen, wann der Senat, die zweite Kammer des spanischen Parlaments, über das Vorhaben abstimmt.

Für ihren migrationsfreundlichen Kurs führt die Regierung zwei Gründe an. Zum einen appelliert sie an die Menschlichkeit und verweist auf Zeiten, in denen Hunderttausende Spanier selbst ausgewandert, um in anderen Ländern ein besseres Leben zu suchen, beispielsweise während der Franco-Diktatur oder im Zuge der Wirtschaftskrise 2012.

Das noch häufiger vorgebrachte Argument ist die Überalterung der Gesellschaft und der vermeintliche Fachkräftemangel. Von 250.000 benötigten neuen Arbeitskräften pro Jahr spricht Migrationsministerin Saiz. Der Ökonom Javier Díaz-Giménez erläuterte jüngst, in den kommenden 20 Jahren „werden den aktuellen Berechnungen zufolge 14,1 Millionen Spanier in den Ruhestand gehen“. Die Masseneinwanderung sei alternativlos, „wenn das Bruttoinlandsprodukt wachsen soll und wir die Rente für alle die Babyboomer bezahlen wollen, die bald in den Ruhe-

stand gehen“, betonte Díaz-Giménez. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam im April auch die spanische Zentralbank und veröffentlichte einen Bericht, wonach Spanien in den kommenden 30 Jahren etwa 25 Millionen Einwanderer benötige.

Eine andere Position vertritt die Ökonomin Carmen Gonzales Enriques von der Denkfabrik „Real Instituto Elcano“. Sie führte Anfang des Jahres aus, daß der Großteil der Einwanderer in Wirtschaftssektoren mit niedriger Produktivität arbeite und die Beschäftigungsquote der Einwanderer unter der der heimischen Bevölkerung liege.

## Die Rechtspartei Vox kann bei den Wählern nur bedingt punkten

Durch die Einwanderung seit der Jahrtausendwende sei die Bevölkerung um 20 Prozent gewachsen, ohne daß sich die Wirtschaftsleistung pro Kopf den europäischen Nachbarländern angenähert habe. „Wir müssen neu über den Zusammenhang zwischen Einwanderung und dem wirtschaftlichen und sozialen Modell nachdenken, das unser Land will“, forderte sie – und wies darauf hin, daß die hohen Einwanderungszahlen nicht nur auf die Entscheidungen der Sozialisten, sondern ebenso auf die Regierungszeit des christdemokratischen Partido Popular (PP; Volkspartei) zurückgehen.

Die einzige Partei, die sich gegen die Massenmigration ausspricht – 2024 stieg der Ausländeranteil laut dem Nationalen Statistikinstitut auf den Rekordwert von 13,5 Prozent –, ist die rechte Vox. Allerdings richten sich deren Vorbehalte nicht gegen Einwanderer per se, sondern vor allem gegen Migranten aus afrikanischen und muslimischen Ländern. Lateinamerikaner heißt die Rechtspartei um ihren Vorsitzenden Santiago Abascal aufgrund der gemeinsamen Kultur, Geschichte und Sprache ausdrücklich willkommen.

Bei den Wählern punktet die Vox trotz dieses differenzierten Ansatzes nur bedingt. Dem Portal Politico zufolge liegen Abascal und Co. in den Umfragen gegenwärtig bei 14 Prozent. Das wäre im Vergleich zur Parlamentswahl 2023 ein Zuwachs um zwei Prozentpunkte. Der Rückstand auf den PSOE (in den Umfragen bei 28 Prozent) und den PP (34 Prozent) fielen jedoch nach wie vor gewaltig aus.

Grüße aus ...  
Wien



## Entspannt – nur im Kaffeehaus

Von Albrecht Rothacher

Als ich 1992 zum ersten Mal für einige Jahre nach Wien kam, haben mich die Leute komisch angeschaut, weil ich ein süddeutsch gefärbtes Hochdeutsch sprach. Jetzt schauen sie komisch in der U-Bahn und „BIM“ (Straßenbahn), wenn ich in jener seither dominierenden slavo-türk-arabischen Migrantenpopulation vor Ort überhaupt noch deutsch spreche.

Der Weihnachtsmarkt vor dem Wiener Rathaus ist von Pollern massiv geschützt. Es herrschen Oktoberfestpreise. Ein Glas Punsch für 13 Euro. Glückliches Besaufen, Shoppen und ein Kater danach wie früher geht sich nicht mehr aus. Als Fehlkauf leiste ich mir doch noch eine Curry-Wurst für sechs Euro. Sie stellt sich als ein geschmackloses veganisches Nichts mit Ketchup heraus. Ich verlasse die ungasliche Touristenfalle.

Als Ersatz dafür dient ein „Herzerflug“ als Live-Spektakel. Ab Einbruch der Dunkelheit fliegt zu jeder vollen Stunde ein Herz über den Markt. Der Herzerflug beginnt, indem das Christkind sein großes Herz von einem Turm aus losschickt. Dieses schwebt über den Köpfen der Besucher auf einem 75 Meter langen Seil hinweg Richtung Herzerbaum. Jöh.

Doch in den Wiener Kaffeehäusern ist die Welt noch in Ordnung. Ich besuche nacheinander das „Dommayer“ im noblen Hietzing, wo meine Familie damals wohnte. Dann den „Tirolerhof“ in der Innenstadt und das „Café Westend“ am Westbahnhof. Das Schöne dort ist, daß niemand der Besucher aller Klassen, Geschlechter, Schichten und Altersgruppen auf sein Handy schaut, wie sonst in den Öffis. Alle sind in ihre Gespräche oder – falls vorhanden – in ihre Zeitungen vertieft.

Die Brandmauer ist bei über 30 Prozent für die FPÖ nur noch ein schlechter Witz, und der Volkszorn urgewaltig.

Ich spiele den Kaffeehaus-Literaten. Dennoch überhört man spannende Debatten: Was passiert, wenn die aktuellen Dreier Koalitionsgespräche platzen? Wer stürzt als erster: Der FPÖ-Hasser Karl Nehammer, der sich von seiner niederösterreichischen Machtbasis aus Eitelkeit entfernt hat, oder der linkssozialistische Andi Babler, ein bekennender Marxist, von dem sich ein Großteil des SPÖ-Partei- und Gewerkschafts-Etablissements längst verabschiedet hat? Oder werden die verfeimten Blauen wie der Wahlsieger Mario Kunasek in der Steiermark es doch noch richten, wo Schwarz und Rot um seine Gunst als künftigen Landeshauptmann derzeit buhlen, um nach seinem Wahl-sieg alternativ ein wenig weiter an den Futtertrögen der Macht mitzuschmecken zu können?

Die Brandmauer ist bei über 30 Prozent für die FPÖ nur noch ein schlechter Witz, und der Volkszorn urgewaltig. Im Januar stehen Wahlen im roten Burgenland und schwarzen Niederösterreich bevor. Aus Berliner Sicht vielleicht sehr ferne, aber aus österreichischer Sicht sind es bevorstehende politische Erdbeben. Wie man in Wien so schön sagt: „Schau ma mol.“

## DIE GROSSE INTRIGE Wilfried Schaudienst



8. Auflage, 267 S.,  
15,90 EUR (portofrei)

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt der Ukraine-Krieg haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Österreich-Ungarn und Deutschland waren 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass sie die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges haben, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Deutschland verlor 13% seines vorherigen Gebietes. Die stolze und mächtige Habsburger-Monarchie wurde in „Kleinststaaten“ zerschlagen. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Rußland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung der Mittelmächte zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste mit einer Intrige ein Kriegsgrund geschaffen werden. Dies gelang mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger und der daraus resultierenden Kriegserklärung.

Bestellung unter: [intrige@freenet.de](mailto:intrige@freenet.de)

### WEIHNACHTEN MIT DEN TUTTLE-ZWILLINGEN

Verschenken Sie libertäre Kinderbücher für wissbegierige Kinder. Die Bücher der Tuttle-Zwillinge erklären in 15 Leseminuten mehr über Geld, Wirtschaft und Freiheit als das gesamte Schulsystem in zehn Jahren.

„Sehr verdientvoll!“  
Prof. Dr. Gerd Habermann

„Endlich eine Möglichkeit, die Ideen der Freiheit unterhaltsam und didaktisch klug an die Kleinsten zu vermitteln.“  
Prof. Dr. Philipp Bagus

**empfohlen ab 6 Jahre versandkostenfrei ab 3 Büchern**

Alle Bücher und Arbeitshefte im Tuttle-Fan-Paket

[www.tuttle-zwillinge.de](http://www.tuttle-zwillinge.de)

**Wir unterstützen deutsche Familien mit Kindern**  
Bitte hilf auch Du mit Deiner Spende. Herzlichen Dank!  
► Aktion KINDER Reich ◀  
Raiffeisen-Meine Bank, DE49 7606 9449 0005 7186 86

**75 % GEWINN PRO TRADE!**  
Versierter Futurstrader mit unfehlbarem Börsenhandel - Gewinntechnologie bietet lukrative Beteiligung ab 50.000,- Euro  
[algotmatbox@web.de](mailto:algotmatbox@web.de)

**B M V**

**UNSERE TRAUMMÄBE:**  
31.062 x 75,45 x 2.343,75\*

\* Verbreitete Auflage (IVW II/2019).  
Preis je Tausend verb. Auflage bei 1/4-Seite Eckfeldanzeige in 4c

Anzeigenbuchung in der JF - Herr Beck  
[beck@berliner-medienvertrieb.de](mailto:beck@berliner-medienvertrieb.de)  
Telefon 030 - 86 49 53 - 67





**Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit! Lassen Sie uns im neuen Jahr gemeinsam daran arbeiten, dass 2025 ein gutes Jahr für Deutschland und Europa wird. Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand zu verteidigen bleibt auch im kommenden Jahr mein Auftrag.**

**Markus Buchheit (Mitglied der ESN, AfD)  
Mitglied des Europäischen Parlaments**



**ESN** EUROPA DER  
SOVERÄNEN  
NATIONEN

**USA: Marineveteran von Jury freigesprochen**

NEW YORK. Eine Jury in einem Gericht in Manhattan hat den 26-jährigen Marineveteran Daniel Penny am Ende eines wochenlangen Prozesses vom Vorwurf des Würgetods in der U-Bahn an dem 30-jährigen Obdachlosen Jordan Neely freigesprochen. Penny war nach dem Vorfall, der große Aufmerksamkeit erregte, wegen Totschlags zweiten Grades und fahrlässiger Tötung angeklagt. Ihm drohten 15 Jahre Gefängnis. Neely, ein Straßenkünstler und Michael-Jackson-Imitator, war im Mai 2023 in einen U-Bahn-Wagen in New York City eingestiegen. Zeugenaussagen zufolge begann er, die Fahrgäste anzuschreien, daß er Hunger und Durst habe und es ihm egal sei, ob er sterbe. Penny packte Neely dann von hinten und hielt ihn auf dem Boden des Zuges in einem Würgegriff fest, der Berichten zufolge mehrere Minuten dauerte. Neely verlor während des Kampfes das Bewußtsein und starb später im Krankenhaus. Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung erklärte Penny, daß Neely sich „wie ein Verrückter“ verhalten habe, bevor er ihn angriff, um andere Fahrgäste zu schützen. „Ein Typ kam rein, zog seine Jacke aus und sagte: 'Ich werde alle umbringen. Ich werde für immer ins Gefängnis gehen. Das ist mir egal',“ sagt Penny in dem Vernehmungsvideo. Beim Gerichtsprozeß betonten die Staatsanwälte, daß Pennys Handlungen rücksichtslos waren und daß er den Tod Neelys bewußt außer acht gelassen habe. Seine Anwälte entgegneten, daß Pennys Handlungen von dem Wunsch motiviert waren, die U-Bahn-Passagiere zu schützen. Nach der Abweisung der Anklage erklärte Hawk Newsome, Anführer von Black Lives Matter Greater New York: „Der Ku-Klux-Klan hat einen weiteren Sieg errungen“. Dagegen erklärte der designierte Vizepräsident J.D. Vance auf X, daß es ein Skandal sei, daß Penny überhaupt angeklagt worden sei. „Gott sei Dank wurde in diesem Fall Gerechtigkeit geübt“, sagte er. (ctw)

**Zuviel TikTok: Wahl muß wiederholt werden**

BUKAREST. Nachdem das rumänische Verfassungsgericht (CCR) am Freitag die Präsidentschaftswahlen zwei Tage vor der zweiten Runde aufgrund von Wahlbetrug für ungültig erklärt hat, bleibt der pro-europäische Präsident Klaus Johannis vorerst im Amt. Sowohl der rechte Călin Georgescu (parteilos), der die erste Runde der rumänischen Präsidentschaftswahlen überraschend gewonnen hatte sowie zweitplatzierte liberale Elena Lasconi (USR) kritisierten die Entscheidung. Lasconi sprach von einem „Angriff auf die Demokratie“ und Georgescu betonte, daß der Staat „die Demokratie mit Füßen getreten“ habe. „Es ist einfach ein organisierter Staatsstreich ... Unsere Demokratie ist in Gefahr“, so Georgescu. „Ein Kandidat hat illegal passive Werbung in Anspruch genommen und Ausgaben in Höhe von null Euro angegeben“, kritisierte Johannis und fuhr fort: „Seine Kampagne wurde außerdem von einem ausländischen Staat unterstützt. Das sind ernste Dinge“. Damit meinte er Georgescu, der seine Anhänger vorwiegend über TikTok mobilisiert hatte. Doch staatlichen Behörden zufolge, gebe es Geheimdienst Dokumente, die Anschuldigungen über die Rolle von TikTok im Wahlkampf untermauern, wobei Rußland im Visier stehe. Die Ermittler der Staatsanwaltschaft in Rumänien hatten am vergangenen Wochenende Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit Straftaten wie Wählerbestechung, Geldwäsche und Computerfälschung durchgeführt. (ctw)

# Beim Endziel herrscht Uneinigkeit

**Syrien: Der Nahost-Experte Ferhad Seyder über den Sturz des Assad-Regimes, die neuen Herrscher und mögliche Stabilität**

*Nur ein paar Tage und die Herrschaft von Machthaber Baschar al-Assad war am Ende. Was sind die Ursachen für den schnellen Fall?*

**Ferhad Seyder:** Die erdrückende Wirtschaftskrise Syriens und der Ukrainekrieg spielten eine wichtige Rolle. Das syrische Regime verfügte über keine eigenen Ressourcen mehr. Letztlich konnten der ausufernde Sicherheitsapparat und die Armee nicht mehr finanziert werden. Der Sold der Offiziere und Soldaten war für das Überleben nicht mehr ausreichend. Al-Assad kontrollierte zwar die vier wichtigsten Städte des Landes, Damaskus, Aleppo, Hama und Homs, aber er war ein Vasall der Russen und der Iraner, die ihn seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges 2011 unterstützten. Gerade in den vergangenen zwei Jahren war deren Unterstützung eine Existenzfrage. Doch der Iran verstrickte sich in einem riskanten Konflikt mit Israel. Zudem war Teheran an drei Fronten, Gaza, Libanon, Jemen und auch in Syrien aktiv. Seit Monaten sah es so aus, daß Teheran seine Vasallen Hamas, Hisbollah und Assad nicht mehr unterstützt. Rußland konnte seinerseits wegen des anhaltenden Kriegs in der Ukraine das Regime von Damaskus nur noch minimal unterstützen.

*Ein Abkommen zwischen Rußland und der Türkei hatte die Lage im Nordwesten seit 2020 weitgehend stabilisiert. Es heißt, Ankara habe seine wachsende Frustration darüber zum Ausdruck gebracht, daß es al-Assad nicht gelungen sei, mit der Opposition eine Einigung zur Beendigung des Konflikts zu erzielen. Stimmt das? Welche Rolle spielt die Türkei?*

**Seyder:** Das Abkommen von 2020 diente vor allem der Stabilität der Region Idlib, mit seinen vier Millionen Einwohnern. Diese stand jedoch unter Kontrolle der islamistischen Hai'at Tahrir al-Scham (HTS). Die Beziehungen zwischen Ankara und den oppositionellen Kräften – vor allem der Freien Syrischen Armee (FSA) und dem Nationalen Syrischen Rat – waren nicht immer harmonisch. Die Beteiligung einiger FSA-Kräfte, die Ankara direkt unterstützt, an den Zusammenstößen in Aleppo auf Seiten der HTS und ihr Einmarsch in

Tel Rifaat zeigen, daß die Türkei sich nicht aus dem Putsch heraushält.

*Auch Israel war Assad ein Dorn im Auge? Welche Interessen leiten Israel in Syrien?*

**Seyder:** Israels Politik nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges gegenüber dem Regime von Damaskus ist in zwei unterschiedliche Phasen zu unterteilen. Von 2011 bis 2016 schien es, als ob Israel nicht unbedingt für den Sturz al-Assads war. Die syrisch-israelische Frontlinie war auffallend ruhig. Vor allem eine Machtübernahme durch Islamisten barg für Israel Risiken in sich. Als der Iran seine Präsenz ab 2016 in Syrien verstärkte, die Hisbollah über die Route Irak, Syrien, Libanon massiv ausbaute und sogar eigene Milizen in Syrien stationierte, versuchte Israel durch gezielte Angriffe die iranische Präsenz in der Region zu neutralisieren. Israel war nun nicht mehr der Auffassung, daß Assad der kleinere Übel sei. Es liegen aber keine Fakten vor, daß Israel die syrische Opposition direkt unterstützte. Dennoch verlegte Israel Truppen auf südsyrisches Gebiet.

*Im Brennpunkt des Geschehens steht die Organisation HTS. Was ist deren Ideologie und was sind deren Ziele für Syrien?*

**Seyder:** HTS wurde und wird von Katar unterstützt. Dem Emir geht es darum, Saudi-Arabien, das bis dato die HTS als neusalafistische Gruppe ablehnt, Paroli zu bieten. Schon seit Monaten galten die bis zu 20.000 HTS-Kämpfer als militärisch besser ausgebildet und ausgerüstet als Assads Armee. Die USA und Iran sowie Rußland wurden als Feinde definiert. Anfänglich war die Errichtung einer islamischen Ordnung Ziel des HTS. Doch scheinen sich deren Führer allmählich an einem moderaten Islam zu orientieren. Ziel sei nun ein „Ziviler Staat“ (Dawla Madaniya), eine tolerante Haltung zu den syrischen nicht-islamischen Minderheiten und größere Freiheiten für die Frauen, so die neuen Machthaber. Es ist aber noch nicht klar, ob dies ein taktischer Zug der Mäßigung, oder ein Wandel der salafistischen und dschihadistischen Gruppen ist, die sich zum Sturz Assads vereint hatten.

**Ein junger Mann tritt auf ein Bild Baschar al-Assads: Ende einer 60jährigen Herrschaft**

*Welche Rolle spielen die Kurden?*

**Seyder:** Seit der Gründung der kurdischen Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) plädierte die Partei der Demokratischen Union in Syrien (PYD), die die kurdischen Milizen anführt, für eine demokratische und föderale Ordnung für Syrien, unter anderem als Lösung für die Minderheitenfrage und zur Partizipation der Regionen in der politischen Ordnung. Doch auch jetzt, wo die Eroberung von Damaskus als ein möglicher neuer Beginn betrachtet wird, gibt es weiter Kämpfe zwischen der Türkei und der SDF. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß die HTS den Föderations- und Demokratisierungsgedanken der SDF ablehnt. Da die USA seit 2014 in der Region die SDF-Streitkräfte unterstützen, ist die Lösung dieser Frage für HTS als essentiell zu betrachten.

*Moskau vertritt die Ansicht, daß nun die Vereinten Nationen die Gespräche über die Zukunft Syriens überwachen sollten. Die einzige Option?*

**Seyder:** Alle Oppositionskräfte Syriens wollten letzten Endes einen Regimewechsel bewirken. Über das Endziel herrschte schon von Anbeginn an kein

Konsens. Die Säkularisten, um die liberalen Kräfte unter einem Begriff zu subsumieren, wollen eine demokratische Ordnung ohne Diskriminierungen und den Neuaufbau staatlicher Institutionen. Die Kurden streben eine föderative demokratische Ordnung an. Die Islamisten werden ihr Ziel der Errichtung eines „Zivilen Staates“ möglichst mit islamistischen Inhalten füllen wollen. Auch die externen Akteure scheinen wenig einig. Die arabische Welt, die Türkei und auch die UN befürworten freie Wahlen und andere nationsbildende Maßnahmen. Dies wäre die beste Lösung für das geschundene Land. Das Worst-Case-Szenario wäre eine radikale islamistische Lösung, die sicher zur Fortsetzung des Krieges führen wird.

■ **CURD-TORSTEN WEICK**

**Prof. Dr. Ferhad I. Seyder** war unter anderem von 2012 bis 2019 Leiter der Kurdischen Studien an der Uni Erfurt. Seine neueste Veröffentlichung: „Between Diplomacy and Non-Diplomacy – Foreign Relations of Kurdistan-Iraq and Palestine“

■ **Kommentar Seite 2**

# Macron jongliert weiter mehr schlecht als recht

**Frankreich: Nach dem erfolgreichen Mißtrauensvotum sucht der Präsident in fadenscheinigen Gesprächen den Schulteranschlag mit der Linken**

FRIEDRICH-THORSTEN MÜLLER

Frankreich steht seit den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni ohne Regierungsmehrheit da. Seit dem durch die Unterstützung Marine Le Pens erfolgreichen Mißtrauensvotum des Linksbündnisses vom vergangenen Mittwoch hat das Land nun auch keine reguläre Regierung mehr. Eine deutliche Mehrheit von 331 der 577 Abgeordneten hatte dem Antrag zugestimmt, die Regierung Barnier zum Rücktritt zu zwingen. In der Opposition stimmten lediglich die LIOT-Fraktion (Vertreter der Überseegebiete) und einige Einzelpersonen gegen den Antrag der Linken.

Da nach vorgezogenen Nationalversammlungen das Parlament erst nach zwölf Monaten erneuert aufgelöst werden kann, muß Präsident Emmanuel Macron nun mit den bestehenden Mehrheitsverhältnissen weiterarbeiten. Seit letztem Freitag

führt er entsprechend Sondierungsgespräche mit den Parteien der Linken, die mit dem Wahlbündnis Nouveau Front Populaire (Neue Volksfront) 193 Abgeordnete stellen. Allerdings weigert sich mit Jean-Luc Mélenchon LFI („Das unbeugsame Frankreich“) die mit 71 Mandaten stärkste Partei, an diesen Gesprächen teilzunehmen. Marine Le Pens Rassemblement National (RN) wurde dagegen von Macron gar nicht erst zu Gesprächen eingeladen.

**Der Rassemblement National wird mal wieder ausgegrenzt**

Um gegenüber seinen Wählern glaubwürdig zu bleiben, versucht der Präsident erst einmal mit vermeintlich gemäßigteren Parteien der Linken in Sachen Regierungschef und Haushaltskommission zu finden. Nach den Einzelgesprächen

bemühten sich diese allerdings, ihre Bereitschaft zur Mehrheitsbeschaffung für Macrons Politik vehement zu verneinen. So brachte es die Vorsitzende der Grünen, Marine Tondelier, auf den Punkt, daß es nun an Macron liege, „etwas anzubieten, das nicht nur die Fortsetzung seiner Politik“ sei. Als mögliches Beispiel nannte sie die Rücknahme der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre. Auch der sozialistische Fraktionsvorsitzende Boris Vallaud knüpfte die Kooperationsbereitschaft seiner Partei an klare Bedingungen. So werde es ohne einen linken Premierminister keine Regierungsbeteiligung der Sozialisten geben, äußerte er gegenüber dem Radiosender France Inter. Rechnerisch bräuchte Macron für eine Parlamentsmehrheit neben den Sozialisten mit 66 Abgeordneten aber sowieso mindestens eine weitere Oppositionspartei.

Am Dienstag nach Redaktionsschluß lud Präsident Macron nach den Einzelgesprächen die Parteien, „die sich in Sachen Regierungsbildung im

allgemeinen Interesse kompromißbereit zeigten“, zu gemeinsamen Sondierungen ein. Lediglich Jean-Luc Mélenchon LFI und Le Pens RN blieben dabei außen vor, wobei sich der RN-Vorsitzende Jordan Bardella bis zuletzt um eine Gesprächsteilnahme bemüht hatte. Die RN-Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung, Marine Le Pen, erklärte indes in einem Interview mit *Le Figaro* nochmals die Beweggründe für die Unterstützung des Mißtrauensantrags. Der FN habe in den vergangenen Monaten bei allen Gesetzesvorhaben eine konstruktive Haltung gezeigt, ohne daß dies honoriert würde. „Wir studieren jeden Text, beurteilen ihn, ob er uns für die Franzosen positiv erscheint. Im Bezug darauf und ohne Hinterfragung, von wem der Text ist, stimmen wir zu, enthalten uns oder lehnen ab. Wir sind die einzigen, die so handeln.“

■ **Kommentar Seite 2**

## Lebe billig, stirb beizeiten!

**Die Zerstörung der Gesundheitsversorgung von der Rezeptgebühr zur W»H«O-Diktatur**

Die einstige beste aller Welten war jedenfalls nicht vom Himmel gefallen und ist nicht auf wundersame Weise wieder dorthin entschwunden.

Für diejenigen, die wenigstens jetzt die Abläufe verstehen möchten, haben wir dieses Buch unter einigen Mühen und Entbehrungen als schwer und verantwortungsvoll arbeitende sowie von der Bürokratie geplagte, mitnichten im Geld schwimmende Ärzte geschrieben.

## Lebe billig, stirb beizeiten!

Die Zerstörung der Gesundheitsversorgung – von der Rezeptgebühr zur W»H«O-Diktatur  
14 Ärzte berichten

Neu  
und brandaktuell!



265 S., € 17,80, ISBN 978-3-89484-850-7

[www.ahriman.com](http://www.ahriman.com)

ACHTUNG: Unsere Bestelladressen sind völlig sauber. Die Post hat schon SEHR VIEL GELOGEN. Telefonische Bestellung ist immer möglich: 0761/502303

# PI PHYSICAL GOLD FUND

Ihr einfacher Weg zu Anlagegold in Liechtenstein.



**Prof. Dr. Max Otte**

**Florian Günther**

- Der Fonds mit physischem Gold in Liechtenstein
- Faire Gebühr in Höhe von 0,95 % pro Jahr
- Keine Mindestanlagesumme & sparplanfähig
- Prämie: 1 g Gold pro 10.000 Euro Anlagevolumen

Mehr erfahren:



## Anlegen am sicheren Hafen: Gold als Krisenschutz.

### Sehr geehrte Privatanleger!

Macht Ihnen die Zukunft manchmal Angst? Falls ja, zu Recht: Denn Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind in der westlichen Welt so sehr bedroht wie seit Ende des 2. Weltkriegs nicht mehr. Auf der großen Bühne der Weltpolitik wollen die USA weiterhin die Hauptrolle spielen – trotz eines Schuldenbergs, der immer weiter wächst. Die Eurozone steht ebenfalls vor massiven Haushalts- und Finanzproblemen. Wie Prof. Dr. Max Otte in seinem Bestseller *Weltsystemcrash* bereits 2019 vorhersagte, werden die westlichen Staaten auf zunehmende Überwachung und Enteignung ihrer Bürger und deren Vermögen zurückgreifen.

**Der große Gewinner dieser Entwicklung ist Gold.** Seit fünf Jahrtausenden steht das Edelmetall für Werterhalt. Gerade in Krisenzeiten wurde es zur harten Währung hinter der Alltagswäh-

rung. Genau das passiert nun wieder: Weltweit tauschen große Finanzinstitute – darunter die Zentralbanken von China und Russland – US-Staatsanleihen gegen physisches Gold. Die Drückung des Goldpreises durch die FED ab den 1970er Jahren findet nun Ihr Ende. Gold wird wieder zur globalen Reservewährung. **Wir rechnen deshalb mittelfristig mit einem Preisanstieg auf über 10.000 Euro und langfristig sogar auf über 30.000 Euro pro Feinunze.** Auch Sie sollten jetzt auf Gold setzen! Denn Barbestände, Immobilien und viele Aktien – darunter die DAX40-Vertreter – werden wahrscheinlich gegenüber Gold abwerten.

Um Ihnen den Einstieg in Gold so einfach und sicher wie möglich zu machen, haben wir eine einzigartige Anlagelösung für Sie aufgelegt: Den **PI Physical Gold Fund**.

Sie können über unseren Fonds Anteile an echtem Gold erwerben,

das unter höchster Sicherheit in Liechtenstein verwahrt wird. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Anteile auch in physischer Form ausliefern zu lassen. Wenn Sie jetzt eine Zeichnung über 10.000 Euro vornehmen, erhalten Sie zudem ein Gramm Gold frei Haus als exklusive Prämie.

Schützen Sie jetzt Ihre finanzielle Unabhängigkeit mit physischem Gold in Liechtenstein: Den PI Physical Gold Fund zeichnen Sie ganz einfach über Ihr Wertpapierdepot. Der Fonds ist ab sofort unter der ISIN **LI1381606972** im Handel gelistet. Rechts finden Sie weitere Informationen zum Ablauf der Zeichnung sowie zur exklusiven Gold-Prämie.

Nehmen Sie gerne persönlich Kontakt mit uns auf, falls Sie noch weitere Fragen haben.

Auf gute Investments!  
**Ihr Florian Günther**  
Partner der PI Privatinvestor Kapitalanlage GmbH

### So einfach investieren Sie in unseren Goldfonds:

#### Öffnen Sie Ihr Wertpapierdepot

Die Zeichnung unseres Goldfonds läuft über Ihr Wertpapierdepot bei Ihrer Bank bzw. Ihrem Broker. Sollten Sie noch kein Depot haben, unterstützen wir Sie gerne bei der Eröffnung.

1

#### Erteilen Sie eine Order über die Anlagesumme

Erteilen Sie bei Ihrer Bank bzw. Ihrem Broker eine Wertpapier-Order in der von Ihnen gewünschten Höhe. Der PI Physical Gold Fund ist wöchentlich handelbar. Ihre Order wird spätestens in der kommenden Woche ausgeführt.

3

#### Sie haben noch Fragen?

Ihr Ansprechpartner:



Philipp Schäferhoff  
schaeferhoff@pi-kapitalanlage.de  
+49 (0) 221 986 533 94

2

#### Suchen Sie unseren PI Physical Gold Fund

Suchen Sie im Orderbereich nach der Wertpapier-Kennnummer unseres PI Physical Gold Fund:

– ISIN **LI1381606972**

4

#### Ab 10.000 Euro: Sichern Sie sich Ihre Goldprämie

Zum Start des Goldfonds erhalten Investoren 1 g Gold als Prämie pro 10.000 Euro Anlagevolumen. Informieren Sie sich jetzt:



www.privatinvestor-goldfonds.de/gold-aktion

#### DISCLAIMER

Die Fondsübersicht muss im Zusammenhang mit den relevanten Fondsdokumenten, d. h. dem aktuellen Fondsprospekt, den Anlegerinformationen einschl. der Satzung und der Anlagebedingungen, den Wesentlichen Anlegerinformationen („KIID“) sowie dem letzten Jahres- und Halbjahresbericht gelesen werden. Der Erwerb von Fondsanteilen erfolgt auf der Basis eben dieser relevanten Fondsdokumente, die kostenlos bei der Verwaltungsgesellschaft, IFM Independent Fund Management AG, Landstraße 30, 9494 Schaan/Liechtenstein (www.ifm.li) sowie auf der Website des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband unter www.lafv.li erhältlich und einsehbar sind.

www.privatinvestor-goldfonds.de

pi goldfonds

Northvolt-Pleite: Für Bund und Land stehen 600 Millionen auf dem Spiel

## Im Transformationswahn

Es ist aber auch verflucht mit diesem „grünen Wirtschaftswunder“. Statt Wachstumswundern wie in den 1950er und 1960er Jahren, die SPD-Kanzler Olaf Scholz versprochen hat, entwickelt sich die hochsubventionierte klimagerechte Transformation der deutschen Wirtschaft zum Milliardengrab. Mit der mit Pomp gefeierten Ansiedlung des Batterieherstellers Northvolt blamieren sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), Scholz und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nicht nur bis auf die Knochen. Sie werfen auch wieder einmal das von den Steuerzahlern aufgebrauchte Geld zum Fenster hinaus. Ein „Leuchtturm“ für die Energie- und Mobilitätswende sollte das Projekt sein. Akkus made in Germany für die unverkäuflichen E-Autos: Das sollte den Aufschwung und nebenbei auch noch 10.000 Arbeitsplätze in die Region bringen.

Nachdem vor nur sieben Monaten in der Einöde bei Heide alle schwarz-rot-grünen Politiker kamerawirksam den roten Fake-Knopf zum Baustart gedrückt und noch eine Runde „Boßeln“ gespielt hatten, kommt nun die Nachricht: Northvolt ist pleite. Die 600 Millionen-Euro-Anleihe, die Bund und Land dem Unternehmen über die KfW in die Hand gedrückt hatten, sind futsch – dazu weitere 20 Millionen Euro Zinsen. Da sind sich Finanzexperten einig. Denn das „Chapter 11“-Insolvenzverfahren, dem sich der Batteriehersteller in den USA unterworfen hat, kennt vor allem ein Ziel: den Schuldenschnitt. Bund und das klamme, schwarz-grün geführte Land müssen der KfW den Schaden je zur Hälfte erstatten.

Habeck aber glaubt noch daran, daß das Geld zurückfließt. Schließlich ist Wahlkampf, und der Mann, der Deutschlands Wirtschaft in

Rekordzeit gegen die Wand gefahren hat, will Kanzler werden. Die Bauruine in der Nähe von Heide steht für dieses Scheitern – genau wie die mit zehn Milliarden Euro nach Magdeburg gelockte Chipfabrik von Intel, die es niemals geben wird. Jeder Kaufmann prüft die Zahlungsfähigkeit und die Sicherheiten des Schuldners, bevor er nur einen geringen Betrag auszahlt.

Damit war im Fall Northvolt neben Habecks Wirtschaftsministerium auch das von Christian Lindner (FDP) geführte Finanzministerium betraut. Sie kamen zu einem völlig falschen Ergebnis. Dieses politische Ergebnis dagegen ist richtig: Spitzenpolitiker von SPD, Grünen, CDU und FDP haben in ihrem Transformationswahn komplett versagt. Wie es immer so ist: Eine Katastrophe zieht die nächste nach sich. Die Pleite des Batterieherstellers, wichtiger Zulieferer für die Ladenhüter namens Elektrofahrzeuge, bringt die deutsche Automobilindustrie in Schwierigkeiten. Die hat, erst recht bei den politischen Signalen zu Northvolt, auf die Lieferung der Akkus gesetzt. Doch die bleibt erst einmal aus. Mehrere Unternehmen müssen nun offenbar die Auslieferung neuer Modelle verschieben.

Northvolt produziert die Batterien unter anderem für Audi und Porsche. Bei dem Sportwagen-Hersteller könnte sich der Verkaufstart des Elektro-Flitzers 718 deutlich nach hinten verschieben. Der Termin Ende kommenden Jahres ist wohl nicht mehr zu halten. Und bei Audi sind gleich mehrere Modelle betroffen. Hinzu kommen nun offenbar deutlich höhere Preise für die Akkus von anderen Anbietern. Das dürfte die ohnehin überbeuerten und wie Blei in den Showrooms stehenden E-Autos noch unattraktiver machen. Statt eines grünen Wirtschaftswunders, auf das sie so gesetzt hatte, erlebt die Autoindustrie ihr blaues Wunder.“



von  
Frank Hauke

„Statt eines grünen Wirtschaftswunders erlebt die deutsche Autoindustrie ihr blaues Wunder.“

Die Kryptoeinheit Bitcoin übersteigt erstmals 100.000-Dollar-Marke

## Völlig losgelöst von der Erde

Von Thorsten Polleit

Vor 42 Jahren sang Peter Schilling in seinem Major-Tom-Hit „Völlig losgelöst, von der Erde ...“ Das Lied fällt einem ein, wenn man auf den Preis des Bitcoins blickt, der am 5. Dezember die 100.000-Dollar-Marke überstieg. Die Bitcoin-Enthusiasten sind außer sich vor Freude, die Skeptiker der bekanntesten Cybereinheit der Welt schütteln den Kopf, und vermutlich staunen viele, und nicht wenige bedauern, nicht beizeiten Bitcoin gekauft zu haben. Doch es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die den Marktpreis des Bitcoins befeuern.

Da ist zum einen die zweite Amtszeit von Donald Trump zu nennen, der sich bereits als Bitcoin-Unterstützer zu erkennen gegeben hat. Er hat sogar bereits Paul Atkins, einen erklärten Crypto-Befürworter, für die Leitung der Börsenaufsicht SEC nominiert. Und schon im Januar dieses Jahres hatte die SEC börsennotierte Bitcoin-ETFs genehmigt. Das ermöglicht vielen Investoren, relativ problemlos am Bitcoinpreis zu partizipieren, Bitcoin mit geringen Transaktionskosten kaufen und verkaufen zu können. Und es gibt weitere, zuweilen sehr spekulative Faktoren, die die Nachfrage nach Bitcoin zusätzlich anheizen. Hierzu zählt die

Erwartung, die Zentralbanken könnten künftig ihre Reserven in Bitcoin halten, weil er so etwas wie das „neue Gold“ sei. Das ist wohl Wunschdenken: Bitcoin und Gold sind unterschiedliche paar Schuhe. Nicht zuletzt weil ersterer gar nicht in der realen Welt ist, letzteres schon; und ersteres hat noch nie als Geld gedient, letzteres hat es schon seit Jahrtausenden.

Und in diesem Zusammenhang sollten sich Anleger fragen: Was ist Bitcoin eigentlich? Geld ist er – Stand heute – nicht, auch wenn sein Marktpreis astronomische Höhen annimmt. Denn Geld ist das allgemein akzeptierte Tauschmittel. Doch noch sind die Güterpreise nicht in Bitcoin ausgezeichnet, und kaum jemand zahlt mit ihm. Und daß er noch zum Geld wird, nun, das steht noch in den Sternen. In Schillings Millionen-Hit verglüh der Astronaut in seinem Höhenflug: „Die Erde schimmert blau, sein letzter Funk kommt, 'grüßt mir meine Frau', und er verstummt.“ So schlimm muß es nicht kommen. Aber alle, die mit dem Kauf von Bitcoin zum aktuellen Preis liebäugeln, sollten in Erwägung ziehen, daß er nach dem hitzigen Preisauftrieb der letzten Monate vielleicht bald auch billiger zu haben sein wird.



Olaf Scholz im Mai 2019 bei einer Diskussion zur Grundsteuer mit Mitgliedern der Eigentümer-Vereinigung „Haus&Grund“: Die künftige Bundesregierung wird den bequemeren Weg der Abwälzung der Lasten aus dem in einem zunehmend krisenhaften globalen Umfeld immer bedenkenloser ausgebauten Sozialstaat auf die Kommunen nicht fortsetzen können

## Gebrochene Versprechen

Neue Grundsteuer: Rettungsanker für klamme Kommunen – mehr Belastung für die Bürger?

STEFAN KOFNER

Die große Grundsteuerreform ist jetzt auf der Zielgeraden und unter den betroffenen Mietern und Eigentümern geht die Angst vor Mehrbelastungen um, denn ab 2025 wird die Steuer erstmals auf Basis der neuen Grundstückswerte und Hebesätze erhoben. Beschlossen wurde die Reform Ende 2019, weil das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung gefordert hatte: Die der Grundsteuer zugrunde liegenden veralteten Einheitswerte von 1964 (im Osten von 1935) spiegeln nach der Einschätzung der Verfassungsrichter die tatsächlichen Wertunterschiede nicht mehr angemessen wider, und das hatte zu einer nicht mehr verfassungskonformen steuerlichen Ungleichbehandlung geführt.

Die Grundsteuererklärungen für 36 Millionen Grundstücke und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sind inzwischen abgegeben worden. Die Grundsteuerwert- und -maßbetragsbescheide sind verschickt worden und in mehr als drei Millionen Fällen haben die Steuerpflichtigen Widerspruch dagegen eingelegt. Die neuen Grundsteuerwerte sind in aller Regel drastisch höher als die alten Einheitswerte, aber das führt per se noch nicht zu einem Steuermehraufkommen der einzelnen Gemeinden. In der Theorie können die Gemeinden mit ihren Hebesätzen das Aufkommen entsprechend feinsteuern, wenn sie die Grundsteuerwerte kennen.

### Aufkommensneutralität heißt nicht individuelle Belastungsneutralität

2019, als er noch Bundesfinanzminister war, hatte Olaf Scholz den Bürgern erklärt: „Ich versichere Ihnen, daß es nicht zu einem höheren Steueraufkommen kommen wird.“ Mithin gab der heutige Kanzler damals ein Versprechen zu Lasten Dritter ab – in dem Wissen, daß es nicht in seiner Macht liegen würde, für dessen Einhaltung zu sorgen, denn letztlich bestimmen die Gemeinden über ihr Hebesatzrecht die effektive Steuerlast. Globale Aufkommensneutralität bedeutet aber nicht individuelle Belastungsneutralität, weil die Grundsteuerwerte keineswegs gleichmäßig angestiegen sind.

Ab Januar sind nun die Grundsteuerbescheide zu erwarten, aus denen hervorgeht, wieviel der einzelne Bürger in Zukunft an Grundsteuer zu zahlen haben wird. Berlin hat bereits Bescheide verschickt und nicht selten haben sich die jährlichen Bela-

stungen für Eigentümer oder Mieter vervielfacht. Die Senatsverwaltung behauptet aber, den Hebesatz so angepaßt zu haben, daß die Stadt ab 2025 nicht mehr Geld einnehmen wird als mit der alten Grundsteuer. Ungefähr die Hälfte der Steuerpflichtigen soll 2025 sogar weniger Grundsteuer zahlen.

Den schwarzen Peter haben jetzt die Kommunen. Die finanzielle Not könnte viele von ihnen zwingen, anders als von Olaf Scholz versprochen, eben doch auf Grundsteuererhöhungen zurückzugreifen – wenn nicht gleich 2025, dann eben aus optischen Gründen ein oder zwei Jahre später. Bereits im laufenden Jahr gab es laut den DIHK-Zahlen einen spürbaren Zuwachs beim durchschnittlichen Hebesatz der Grundsteuer B (von 554 auf 568). Getragen wurde diese Entwicklung von den kräftigen Erhöhungen in Hessen, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz. Allerdings sind die Einnahmen der Kommunen aus der Grundsteuer zwischen 2019 und 2023 unter Berücksichtigung der Inflation um zehn Prozent zurückgegangen.

Das wird sich vermutlich nicht so fortsetzen, denn die Finanzlage der Kommunen verschlechterte sich zuletzt immer mehr. Unter anderem wegen der inflationsbedingt gestiegenen Beschaffungspreise für Sachausgaben und Sachinvestitionen und wegen des Zinsanstiegs sind ihre Ausgaben schon 2023 deutlich schneller gestiegen als die Einnahmen. Das Ergebnis war ein negativer Finanzierungssaldo von sieben Milliarden Euro. Die Defizite in den Haushalten stiegen immer schneller. Im ersten Halbjahr 2024 waren es schon über 17 Milliarden Euro.

Die Personalausgaben der Kommunen geraten wegen der üppigen Tariflohnsteigerungen und des Inflationsausgleichs rapide außer Kontrolle: Nachdem sie bereits 2023 um 7,4 Prozent auf 81 Milliarden Euro zugelegt hatten, war hier im ersten Halbjahr 2024 eine weitere Beschleunigung um zwölf Prozent zu verzeichnen. Ein weiterer Treiber auf der Ausgabenseite sind die Sozialausgaben, besonders für Asylbewerber und Flüchtlinge. Allein die Ausgaben für Unterkunftskosten beim Bürgergeld sind 2023 um fast 15 Prozent gestiegen – nicht zuletzt auch wegen des Anstiegs der Energiepreise. Bei allen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben war im letzten Jahr eine erschreckende Dynamik festzustellen: Eingliederungshilfen plus elf Prozent, Sozialhilfe plus 12,5 Prozent, Kinder- und Jugendhilfe plus 15 Prozent.

Die Kommunen kommen durch immer neue, vom Bund übertragene und nicht ausfinanzierte Aufgaben und immer höhere Standards immer mehr unter finanziellen Druck. Problemfelder sind unter anderem die Kinder- und Jugendhilfe, die

Ganztagesbetreuung in den Grundschulen, die Inklusion für alle Kinder sowie die Flüchtlingskosten- und Krankenhausfinanzierung.

Dieser ungebremsten Ausgabendynamik stehen stagnierende Steuereinnahmen und nur geringe Zuwächse bei den Schlüssel- und Investitionszuweisungen der Länder gegenüber. Damit nicht genug, werden angesichts der tiefen wirtschaftlichen Strukturkrisen schon bald die Gewerbesteuererhöhungen und die Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern einbrechen, und spätestens dann werden viele unter ihnen sich gezwungen sehen, kräftige Erhöhungen der Hebesätze bei der Grundsteuer in Erwägung zu ziehen.

### „Die Versprechenskultur in diesem Land ist nicht mehr finanzierbar“

Da nützt es auch nicht viel, daß einige Bundesländer „faire Hebesätze“ als Empfehlung für Städte und Gemeinden veröffentlicht haben. Damit wird transparent gemacht, in welcher Höhe die Kommunen die Hebesätze für 2025 festlegen müßten, um einen Anstieg ihrer Grundsteuereinnahmen zu verhindern. Die Bürger können dann zwar nachvollziehen, ob ihre Gemeinde gegen die versprochene Aufkommensneutralität verstößt oder nicht, aber die Alternative zu einem höheren Steueraufkommen liefe bei der unzureichenden Finanzausstattung der Gemeinden oft auf schmerzhafteste Leistungskürzungen hinaus. Das betrifft dann nicht nur die beheizbare Fahrradbrücke in Tübingen, sondern auch die Schließung von Schwimmbädern und Theatern und die Ausdünnung des ÖPNV-Taktes.

Natürlich darf die Grundsteuer nicht zur Erdrosselungssteuer werden, aber die Geschäftsgrundlage des Versprechens von Scholz aus dem Jahr 2019 hat sich inzwischen fundamental geändert. Die neue Bundesregierung wird den bequemeren Weg der Abwälzung der Lasten aus dem in einem zunehmend krisenhaften globalen Umfeld immer bedenkenloser ausgebauten Sozialstaat auf die Kommunen nicht fortsetzen können. Ohne Zuminutungen wird es nicht gehen. In dieser wirtschaftlichen Strukturkrise müssen sich die Bürger auf Belastungen in Form von Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen einstellen. Der Tübinger OB Boris Palmer bringt es auf den Punkt: „Die Versprechenskultur in diesem Land ist nicht mehr finanzierbar.“

► [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/faq-die-neue-grundsteuer.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/faq-die-neue-grundsteuer.html)  
► [grundsteuerreform.de](http://grundsteuerreform.de)



JF-TV-Umfrage

»Wer soll das noch bezahlen?«

Straßenumfrage am Supermarkt

Wir wollen von den Menschen wissen, ob sie die Inflation spüren und ihr Kaufverhalten anpassen. Und wie gehen sie mit den Einschränkungen um?

Jetzt auf: [jf.de/tv](http://jf.de/tv)

JF TV

Jetzt ansehen



# Amerikaner befeuern die Börsenrallye

**Aktienmarkt:** Der Dax übersteigt 20.000er-Marke / Gute Wirtschaftsaussichten oder nur eine Inflationsfolge?

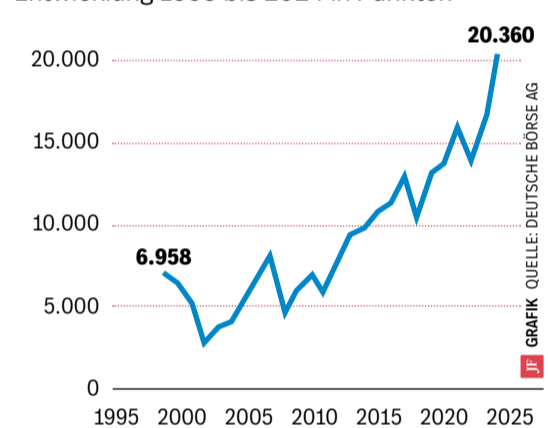
THOMAS KIRCHNER

**B**örsenrekorde gibt es in diesem Jahr fast überall auf der Welt: In Japan überschritt der Nikkei-Index mit 39.156 Punkten im Februar erstmals den Höchststand aus dem Dezember 1989, und im März wurde die 40.000-Punkte-Marke geknackt. Am 5. August fiel der Nikkei allerdings um mehr als 4.200 Punkte und übertraf damit den „Schwarzen Montag“ von 1987 als den bislang größten Einbruch an einem Börsentag. Manche deutsche X-Kommentatoren phantasierten von einem Crash-Szenario – doch am folgenden Tag erholte sich der Nikkei um mehr als 3.200 Punkte und verzeichnete damit seinen bislang größten Tagesanstieg.

Die US-Börsen sind ohnehin im Rekordrausch, und auch der Dax kletterte am 2. Dezember erstmals über die Marke von 20.000 Punkten. Das überrascht, denn die Schlagzeilen und Stimmung in Deutschland lassen nichts Gutes vermuten: der Zustand der Wirtschaft ist in Umfragen Sorgenkind Nummer eins. Aus der Autobranche kommt eine Horrormeldung nach der anderen. Doch die

## Jahres-Schlusskurse des Deutschen Aktienindex

Entwicklung 1999 bis 2024 in Punkten



Am 3. Dezember knackte der Dax erstmals die 20.000-Punkte-Marke: Bei nächster Fed-Sitzung in den USA wird eine Zinssenkung erwartet

Börse ist nicht gleich Binnenwirtschaft. Die deutsche Konjunktur stagniert, doch die Dax-Firmen sind längst auf einem anderen Spielfeld beheimatet: der Weltwirtschaft, und deren Lokomotive, dem US-Markt. Im Schnitt erzielen die 40 Konzerne in Deutschland weniger als ein Viertel ihres Umsatzes.

Die USA liegen mit 25 bis 30 Prozent darüber, Europa macht mit 30 bis 35 Prozent den Hauptanteil aus. Die boomende US-Wirtschaft kann deshalb die Stagnation im Heimatland nicht nur ausgleichen, sondern unterm Strich für positive Bilanzen sorgen. Das allein erklärt nicht den Zeitpunkt des Kurssprungs. Den hat der Dax Donald Trump zu verdanken, dessen Wahlsieg eine Kursrallye der US-Börsen auslöste, in deren Fahrwasser auch der Dax stieg. Die Sogwirkung war so stark, daß trotz Pariser Dauerregierungsfrage sogar der französische Leitindex CAC 40 stieg, wenn auch noch nicht auf seinen Höchststand von Jahresanfang.

Auch die Schwäche der Eurozone stützt die Kurse. Nicht nur, weil stagnierende Löhne ein Wettbewerbsvorteil gegenüber US-Konkurrenten sind, die gerade für Hochqualifizierte oft doppelt oder dreimal so tief in die Tasche greifen müssen. Vielmehr sind es die Aussichten auf weitere Zinssenkungen in der Eurozone, die die Kurse beflügeln. Die nächste EZB-Entscheidung steht für den 12.

Dezember an. Für den Fall von US-Zöllen wird außerdem mit Zinssenkungen gerechnet. In den USA wird schon eine Absenkung für die Fed-Sitzung am 18. Dezember erwartet, was aber angesichts einiger Äußerungen von deren Gouverneuren auch anders kommen kann. Seit 7. Dezember sind sie bis zur Sitzung zu Verschwiegenheit verpflichtet, so daß man außer Spekulationen nichts hören wird.

## US-Technologiesektor ist zehnmal so groß wie der europäische

Gerade erst veröffentlichte gute Zahlen zum amerikanischen Verbrauchervertrauen und Einkommen lassen an der Notwendigkeit einer US-Zinssenkung zweifeln. Weitert sich der Zinsunterschied zwischen Dollar und Euro aus, wird sich die Euro-Schwäche fortsetzen. Das wiederum fördert den Export, wovon gerade Dax-Konzerne profitieren. Es ist das alte Dilemma, daß eine schwache Währung kurzfristige Vorteile bringt, langfristig aber zum Standortnachteil wird.

Der Anstieg läßt vergessen, daß der Dax immer noch günstig bewertet ist im Vergleich zu den noch stärker gestiegenen US-Aktien. Das hat teilweise einen guten Grund: hochbewertete Technologie

dominieren in den USA, sind aber eine Rarität im Dax. Der US-Technologiesektor ist zehnmal so groß wie der europäische. Aber auch beim Vergleich einzelner Industrien liegen die Bewertungen in Europa durchweg unter den amerikanischen. Einer von zahlreichen Faktoren dafür sind die höheren Gewinnmargen der US-Unternehmen. Die Frage ist, ob deutsche Unternehmen aufholen können oder strukturell weniger profitabel bleiben.

Für Anleger sind nicht nur Kurse Gewinnbringer. Dividenden brachten bis in die 1980er Jahre bei US-Aktien mehr als Drittel der Gesamtrendite ein, danach rund 15 Prozent. Kursgewinne bestimmen die Gesamtrendite. Das Problem: US-Indizes wie Dow Jones und S&P 500 betrachten nur die Kursentwicklung und ignorieren Dividenden. Der Dax hingegen berechnet Dividenden mit ein, die für mehr als ein Drittel der Gesamtrendite verantwortlich sind. Die reine Kursrendite des Dax ist deshalb deutlich schlechter als die des Zählerstands. Umgekehrt ist die Gesamtrendite der US-Indizes etwas höher, als man dem Zählerstand ansieht. Bei einem Stand von 20.000 dürften Anleger diese Differenzierung aber nur als Petitesse sehen.

► [www.boerse-frankfurt.de/index/frankfurt-dax-indikation?mic=XETR](http://www.boerse-frankfurt.de/index/frankfurt-dax-indikation?mic=XETR)

## Wirtschaftswachstum durch Feiertagsverzicht?

BERLIN. Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB) hat den Sparhaushalt 2025 des schwarz-roten Senats, der auch öffentliche Aufträge reduziert, kritisiert. „Die Hauptstadt braucht mehr Wirtschaftswachstum, dann erledigt sich das Einnahmeproblem fast von selbst“, erklärte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp im *Tagespiegel*. Obwohl Bayern 13 und Berlin nur zehn Feiertage hat, könnte die Landespolitik einen Feiertag – etwa den 2019 eingeführten Frauentag – streichen oder auf einen Sonntag verlegen: „Auf einen Schlag würde dies 230 Millionen Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung bedeuten – mit zusätzlichen Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe“, behauptete der Verbandsfunktionär. Zudem wolle der Senat nur vier einkaufsoffene Sonntage erlauben – möglich wären acht. Auch der Denkmalschutz müsse beschnitten werden: Viele Firmen könnten dann bei Aus- oder Umbauten „freier entscheiden“, Bestandsinvestitionen wären „einfacher und billiger“, so Schirp. (fis) ► [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)

## „Versorgungssicherheit ist ein hohes Gut“

ESSEN. Der Energiekonzern RWE hat erneut vor dem Strommangel in Dunkelflauten gewarnt. „Das Energiesystem sollte nicht auf Kante genäht sein, weil Versorgungssicherheit ein hohes Gut ist“, erklärte RWE-Chef Markus Krebber im *Handelsblatt*. Polen, Belgien und Großbritannien hätten „Kapazitätsmärkte“ aufgebaut, in denen Stromversorger auch dann bezahlt würden, wenn sie Kraftwerke betreiben, die nur im Notfall einspringen. „Wir haben diesen Investitionsrahmen nicht, und deswegen investiert keiner in zusätzliche gesicherte Leistung“. Das geplante Kraftwerkssicherheitsgesetz der Ampel sehe hingegen vor, daß Erdgaskraftwerke nach einer bestimmten Zeit nur noch mit Wasserstoff laufen dürfen: „Das macht es unnötig teuer und ist schädlich für die Versorgungssicherheit.“ (fis) ► [www.rwe.com/investor-relations](http://www.rwe.com/investor-relations)

# Der fehlende politische Wille ist das Hauptproblem

**US-Studie:** 14 deutsche Atomkraftwerke könnten wieder hochgefahren werden / Jede Industrieration braucht kontinuierlich fließende Energie

RÜDIGER STOBBE

**V**or zwei Jahren legte die amerikanische Radiant Energy Group (REG) eine erste Studie zur „Laufzeitverlängerung und Wiederinbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke“ vor. Die Bundesregierung erklärte dann im August 2023 in ihrer Antwort auf eine AfD-Anfrage (Drucksache 20/8008), daß ihr die Studie der Radiant bekannt sei. Aber eine „Bewertung der Ergebnisse“ sei „vor dem Hintergrund der gesetzgeberischen Grundsatzentscheidung zur Beendigung der Nutzung der Atomenergie zur gewerblichen Stromerzeugung und mit dem am 15. April 2023 gemäß Atomgesetz vollzogenen Ausstieges irrelevant“, so der damalige Umweltstaatssekretär Christian Kühn.

Der frühere Grünen-Vorsitzende in Baden-Württemberg ist hingegen auch nach einem Regierungswechsel weiterhin „relevant“: Im Februar dieses Jahres stieg der Tübinger Soziologe zum Präsidenten des 2014 gegründeten Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) auf. Die REG, eine Chicagoer Strategieberatungsfirma um den Nukleartechnik-Ingenieur Mark Nelson, gibt dennoch nicht auf und legte nun eine neue Studie vor, die sich mit der Möglichkeit der Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken in Deutschland beschäftigt. Darin wird auf alle wesentlichen Aspekte des komplexen Themas eingegangen und sogar zweimal auf den wichtigsten Aspekt hingewiesen: „Es kommt nun allein auf den politischen Willen an. Zu den beiden dringlichsten Maßnahmen gehören ein sofortiges Rückbauamtorium für stillgelegte Reaktoren und eine Änderung des Atomgesetzes, um den Betrieb von Kernkraftwerken wieder zu ermöglichen.“

## Beste Chancen bieten die beiden AKW Brokdorf und Emsland

Die Kategorisierung und Zuordnung der stillgelegten und mehr oder weniger „zurückgebauten“ (zerstörten) AKW erleichtert die Einschätzung der Sachlage. Insgesamt 14 von einst 31 Kernreaktoren seien in einem Zustand, der eine Wiederinbetriebnahme über einen mehr oder weniger langen Zeitraum möglich und sinnvoll erscheinen läßt. Die besten Chancen (Kategorie 1) bieten die norddeutschen AKW Brokdorf und Emsland. Zusammen haben sie eine Leistung von gut 2.745 Megawatt (MW), was bei einer 90prozentigen Auslastung einer CO<sub>2</sub>-freien und kontinuierlich fließenden Strommenge von gut 21 Terawattstunden (TWh)

im Jahr entspricht. Das sind zwar nicht die gut 28 TWh Strom, die Deutschland in diesem Jahr bislang netto importiert hat. Doch wäre es eine Entlastung des deutschen Strommarkts.

Die betriebsnotwendigen Komponenten (Reaktorgebäude und -system, Kühlkreislauf, Turbine/Generator, Turm-/Flußkühlung, Netzanbindung, Kühlwasseranschluß, Bahn-/Hafen-/Straßenanbindung) sind bei den Reaktoren in Brokdorf und Emsland intakt. Es hat praktisch noch kein Rückbau wichtiger Komponenten stattgefunden. Eine Wiederinbetriebnahme wäre in Brokdorf bereits bis Ende 2025 möglich. Die Kosten beliefen sich auf etwa eine Milliarde Euro je Kraftwerk. Der wirtschaftliche Ertrag wäre selbst bei einem Preis von 60 Euro pro MWh (Kategorie 1 und 2) oder gar 100 Euro pro MWh (Kategorie 4) ausreichend. Allerdings müßte sofort mit Planung, Detailuntersuchungen und den weiteren Arbeiten begonnen werden. Dazu ist eine generelle Genehmigung und politischer Wille notwendig. Eine gute Lösung wäre es, wenn die Stromerzeugung mittels Kernenergie gesetzgeberisch bestätigt in „überragendem öffentlichem Interesse läge und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit diene“. Das würde die Genehmigungsprozedur beschleunigen – beim Windenergieflächenbedarfsgesetz der Ampel wird ähnlich argumentiert.

In Kategorie 2 sticht das AKW Grohnde (1.369 MW Leistung) heraus: Hier wurden bisher lediglich im Bereich Turbine/Generator Rückbaumaßnahmen ergriffen. Eine Wiederinbetriebnahme wäre bis 2028 möglich. Die Kosten lägen zwischen einer und drei Milliarden Euro. Bei den übrigen sechs AKW der Kategorie 2 (Gundremmingen B&C, Isar 2, Krümmel, Neckarwestheim 2, Philippsburg 2) ist die Wiederinbetriebnahme bis 2032 machbar. Die Wiederinbetriebnahme der fünf AKW der Kategorie 3 (Biblis A&B, Grafenrheinfeld, Neckarwestheim 1, Unterweser) wäre in jedem Fall günstiger und schneller möglich als Forschung, Planung, Genehmigung und Erstellung von AKW-Neubauten. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung neuer Reaktortypen sollten diese dennoch geplant und gebaut werden. So gerät Deutschland technisch nicht noch mehr ins Hintertreffen.

Notwendig ist auch die Wiedereinstellung von Ingenieuren und Technikern. In Deutschland werden 300 bis 400 Arbeitskräfte pro Reaktor benötigt. Eine erhebliche Anzahl von ihnen ist auch noch heute in den Kraftwerken tätig, die zurückgebaut werden. Da die Wiederinbetriebnahme und die notwendigen Vorbereitungen je nach Kraftwerkskategorie zeitlich gestaffelt erfolgen, können Mitarbeiter der Kategorien 2 und 3 zunächst an der

Wiederinstandsetzung der AKW in Brokdorf, im Emsland und in Grohnde mitwirken.

Im AKW Brokdorf sind noch Kernbrennstäbe für ein Jahr Betriebsdauer vorrätig. Der Hersteller Westinghouse bestellte, innerhalb weniger Monate Brennstäbe in nötigem Umfang liefern zu können. Die normale Lieferdauer beträgt zwölf bis 15 Monate. Der entstehende Atomwaste muß gelagert und entsorgt werden – unter Aufsicht des BASE. Wobei neue Verfahren (Transmutation) im Zusammenhang mit atomarem „Restmüll“ und seine Verwendung in Reaktortypen neuerer Bauweise Energiereserven erschließen, die Toxizität verringern sowie die Lagerzeit erheblich verkürzen können.

## Wiederinbetriebnahme-Programm stillgelegter Kernkraftwerke

Die veröffentlichte Meinung ist hingegen ein größeres Problem. Derzeit sind laut Umfragen nur noch 23 Prozent der Befragten strikt gegen die Kernkraft. Zwei Drittel möchten, daß sie weiter genutzt wird. Das Ampel-Aus am 6. November wäre eine Chance für die Umkehr des Atomstiegs. Bis zur geplanten Neuwahl des Bundestags am 23. Februar 2025 scheint sich aber in Fragen der „Energiegewende“ nichts Wesentliches zu ändern. Ob es danach zu einer Neuorientierung kommen wird, steht in den Sternen. Sollte ein Kanzler Friedrich Merz auf die Grünen und/oder die SPD angewiesen sein, stehen die Chancen „gut“, daß sich beim Atomausstieg nichts Grundlegendes ändern wird. Die Vorstände der großen Energiekonzerne votieren mehr oder weniger offen für die Beibehaltung des Ausstiegs aus der Kernenergie. Sie argumentieren mit technischen Allgemeinplätzen. Vor allem aber sind sie mit ihrer Meinung von der rot-grünen Idee geprägt, daß nur ein Deutschland ohne Kern- und Kohlekraft ein Land sei, das den klimapolitischen Notwendigkeiten entspricht. Deshalb ist von dieser Seite nicht mit Unterstützung eines „Wiederinbetriebnahme-Programms stillgelegter Kernkraftwerke“ zu rechnen.

Solange die Politik den Weg pro Kernenergie nicht frei macht, werden sich kaum private Investoren finden, die die Idee der AKW-Wieder- und Neuinbetriebnahme – wie Microsoft und Google in den USA – aufgreifen, um nachhaltig gutes Geld zu verdienen und vor allem steuerbaren, gleichmäßig fließenden Strom für den Eigenbedarf zu produzieren. Eine prosperierende Industrieration, wie Deutschland es lange Jahrzehnte war, eine angesehene Industrieration, die Güter für die weltweite Nachfrage herstellt und verkauft, benötigt aber

eine Form der verlässlichen, verfügbaren, kontinuierlich fließenden Energie. Daß der Atomstrom auch noch praktisch „CO<sub>2</sub>-frei“ ist, belegt, daß es bei der „Energiegewende“ in Deutschland nicht um das „Klima“ oder die „Rettung der Welt“ geht, sondern einzig und allein um ideologisch motivierte Traumtänzerei.

► [radiantenergygroup.com/reports/restarting-germanys-reactors-feasibility-and-schedule](http://radiantenergygroup.com/reports/restarting-germanys-reactors-feasibility-and-schedule)  
■ Kommentar Seite 2

## Zahl der Woche

**23,6 Milliarden Kilowattstunden** (kWh) betrug die deutschen Stromimporte im dritten Quartal 2024. Das waren 2,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Stromimporte stiegen von 9,9 auf 11,8 Milliarden kWh. Damit wurde doppelt soviel Strom aus dem Ausland importiert wie dorthin exportiert. Im 1. Halbjahr 2023, als noch die AKW Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 am Netz waren, lag die Stromexportmenge mit 32,6 Milliarden kWh noch über den Importen von 30,6 Milliarden kWh.

Quelle: Statistisches Bundesamt

ANZEIGE

# Blockieren und Reinlegen

**Elekromagnetische Kampfführung:** Plötzlich fallen alle Drohnen vom Himmel oder Raketen fliegen in eine andere Richtung

PAUL LEONHARD

**F**eindliche Kampfroboter lassen sich durch einen elektromagnetischen Impuls (EMP) ausschalten. Denn diesem ausgesetzt, spielen Regler, Schalter und Platinen in elektronischen Geräten verrückt. Das wissen nicht nur die Fans der Filmtrilogie „Matrix“, sondern auch die Angehörigen der Bundeswehr-Bataillone für elektronische Kampfführung sowie die Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) in Euskirchen bei Bonn. Diese forschen zur elektromagnetischen Verträglichkeit, zu elektromagnetischen Waffenwirkungen und entsprechenden Schutzmaßnahmen. Und sie testen militärische und zivile Anwendungen mit leistungsstarken Feldsimulationsanlagen.

Es geht nicht mehr nur darum, das elektromagnetische Spektrum zu nutzen, sondern auch darum, „dem Gegner die Nutzung desselben Spektrums zu verweigern“, so wird Stephanie Fehling, Director of Electronic Attack Solutions bei BAE Systems, im *Air & Space Magazine* zitiert: Die Gefechtskoordination des Feindes werde eingeschränkt, indem dessen Kommando- und Kontrollsysteme, Kommunikations-, Radar- und Navigationssysteme gestört werden: „Hier kommt die elektromagnetische Störung ins Spiel, bei der das Spektrum genutzt wird, um die Kommunikation des Feindes zu verweigern, zu beeinträchtigen und zu stören – und ihn so wirklich daran zu hindern, wichtige Informationen zwischen sich, seinen Waffensystemen und seinen Kontrollnetzwerken zu übertragen, während wir unser eigenes Spektrum weiterhin nutzen können.“

## Was passiert, wenn der Gegner Senderanlagen zerstört?

Elektromagnetische Störungen sind eines der Spielfelder der Wissenschaftler in Euskirchen. So beschäftigen sie sich mit der Abwehr unbemantelter Flugsysteme wie Drohnen. Diese stellen immer mehr eine Gefahr für militärische und zivile Einrichtungen dar. Sie klären längst nicht mehr nur auf, sondern können zielgenau Explosivkörper abwerfen – zumindest solange sie steuerbar sind. Inzwischen können die Systeme auch ohne Funkkontakt zur Fernbedienung Flugmanöver durchführen, um Flughöhe und Position den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen oder Kollisionen zu vermeiden.

Einen Schwachpunkt gibt es trotzdem. Die meisten Drohnen sind mit einer Elektronik ausgestattet, die ursprünglich für den zivilen Markt entwickelt wurde und damit lediglich für die im öffentlichen Raum zulässige elektromagnetische Hintergrundbelastung ausgelegt ist. Das nutzen die Euskirchener Experten. „High Power Electromagnetic“ (HPEM) heißt die Superwaffe, die sie gegen die Unmanned Aircraft Systems einsetzen, also die Anwendung von elektromagnetischen Hochleistungsstörungen, deren Strahlung die Bordelektronik der Drohne durcheinanderbringt.

Durchgespielt wird aber auch das umgekehrte Szenario: Was passiert, wenn der Gegner Senderanlagen mit hoher Ausgangsleistung in der Nähe von Zielelektroniken, also kritischer Infrastruktur wie Strom- und Kommunikationsnetzen, Krankenhäusern, Rechenzentren, Industriesteueranlagen, einsetzt, um diese zu stören oder zu beschädigen. Analysiert werden „unter dem zugehörigen Sammelbegriff der Intentional Electromagnetic Interference (IEMI) geführte Bedrohungsszenarien“, erläutert Marian Lanzrath vom INT auf der Internetseite des Instituts: „Mit starken Sendeeinrichtungen lassen sich auch in Entfernungen von



**Auf elektronische Kampfführung spezialisierte Bundeswehrosoldaten:** Kleine, nadelstichtartige Operationen werden immer wichtiger

100 Metern und mehr unauffällig Gerätschaften stören, je nach Einzelfall mit fatalen Folgen für das Gesamtsystem. Bei elektromagnetischen Hochleistungsstörungen im allgemeinen spricht man dann auch von High Power Electromagnetics (HPEM). „Im Rahmen der Entwicklung von Schutzkonzepten gibt es schon seit Jahren Bestrebungen, robuste Empfangs- und Meßapparaturen zu entwickeln, welche die ansonsten unbemerkte Belastung durch extreme Störsignale überhaupt erst erfassen können“, erläutert Lanzrath. Die spezielle Zielsetzung bestehe darin, über eine reine Warnfunktion hinaus Störsignale möglichst auch quantifizieren und detailliert aufzeichnen zu können, was im nachhinein auch forensische Analysen ermöglicht. Für unmittelbare Gegenmaßnahmen sei darüber hinaus eine Bestimmung der Bedrohungsrichtung hilfreich.

Was die Wissenschaftler in Euskirchen im Modellversuch erproben, ist für die Soldaten des Bataillons Elektronische Kampfführung 912 aus Nienburg Kampfauftrag: elektromagnetische Ausstrahlungen zu erfassen, zu orten und auszuwerten. Ausgestattet sind die Radaraufklärer dafür mit kampfwertgesteigerten Transportpanzern Fuchs mit ausfahrbarem Radarerfassungssystem. „Als passives System ist es schwer aufzuklären, findet aber die Stellungen anderer Radarsysteme“, schreibt die Bundeswehr auf ihrer Internetseite. Dort wird auch erläutert, warum die Möglichkeit schneller Stellungswechsel notwendig ist: Auch der Feind klärt auf.

Die Möglichkeiten des Bataillons seien dabei ein Alleinstellungsmerkmal, da in der Nato sonst niemand über diese speziellen Aufklärungssysteme verfüge, so die Bundeswehr. Deswegen sei man aktuell dabei, den Litauern beim Aufbau einer elektronischen Kampfführung zu helfen, und jährlich findet die bilaterale Übung „Vigilant Owl“ in Litauen statt.

Das Ausbildungszentrum Cyber- und Informationsraum befindet sich am Standort Flensburg. Hier werden die Soldaten der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung sowie des Elektronischen Kampfes ausgebildet. Sie lernen, so schnell wie möglich aus aufgefundenen Radarsignalen zu schließen, ob diese von Luftfahrzeugen, Flugabwehr, Flugplätzen, Schiffen oder feindlichen Artilleriegeschützen stammen. Es geht aber auch darum, feindliche

Kommunikationssysteme zu stören oder zu manipulieren bis hin zur Desorientierung des Gegners.

Ist die Fernmelde- und elektronische Aufklärung, also die Informationsgewinnung aus elektromagnetischen Ausstrahlungen, die Aufgabe des Bataillons 912, so ist das Bataillon für elektronische Kampfführung 911 für die taktische Einsatzunterstützung zuständig. Dazu kommen noch die 600 Soldaten des mobilen Bataillons elektronische Kampfführung 931, die vor erkannten Bedrohungen warnen sollen, beispielsweise Patrouillen vor der ferngesteuerten Auslösung von Sprengfallen und Minen, indem sie gegnerische Signale per Funk durch eine Art elektromagnetische Glocke unterdrücken. Die etwa 700 Angehörigen des Bataillons elektronische Kampfführung 932 sind für die Fernmelde- und elektronische Aufklärung sowie den elektronischen Kampf mit Schwerpunkt landbasierte Operationen und Bereitstellung schneller Kräfte zuständig.

## Beim Spoofing erhält der Empfänger falsche Signale

Ein Fazit der Bundeswehr lautet: Eigene Operationen so klein und nadelstichtartig zu gestalten, daß der Gegner die Vorbereitungen dafür nicht entdeckt. Ein anderes: Alternativ großangelegte Angriffe zu planen, um die Feuerüberlegenheit trotz fehlender Informationen zu sichern.

Wie wichtig das im Ernstfall ist, zeigt der Krieg in der Ukraine. Dort tobe der Kampf nicht nur am Boden, sondern „zu Land, zu Wasser, in der Luft, sowie im Welt-, Informations- und Cyberraum – alle umgeben vom elektromagnetischen Spektrum, in dem alle Akteure und Systeme kommunizieren“, so Oberst des Generalstabes Markus Reiner vom österreichischen Bundesheer in einem Vortrag im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: „Im multidimensionalen Gefechtsfeld auf sieben Ebenen greift Rußland aber nicht nur die Ukraine an, sondern auch uns, denn wir sind Teil einer hybriden Kriegführung, und der Gegner versucht, in unsere Köpfe zu kommen.“

Insbesondere das russische Militär demonstriert seit dem Angriff auf die Ukraine, daß man sich auf

diese Art der Kriegführung sehr sorgfältig vorbereitet hat, während die USA im Mai 2022 einräumen mußten, daß ihre „Fähigkeiten zur schnellen Reaktion auf elektromagnetische Kriegführung sich deutlich verbessern“ müßten.

Der Einsatz von elektronischen Kampfführungssystemen beeinträchtigt zwar den Angriffsschwung Rußlands, hemmt aber zugleich die Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine, ist eine der Erfahrungen, die Bundeswehr-Analysten gemacht haben. Durch Aufklärung im elektromagnetischen Spektrum werde es zunehmend schwieriger, „Operationen ohne Kenntnis des Gegners vorzubereiten“. Für die Soldaten bedeute dies oft, daß sie auf altherkömmliche Methoden wie den „Melder zu Fuß“ statt Fernsprechanlagen zurückgreifen müssen – etwas was zu den Anfangserfolgen der deutschen Ardennenoffensive 1944 beigetragen hat.

Durch die gezielten Störungen mit elektronischen Kampfmitteln, wie Jamming, so Oberst Reiner, verringere Rußland massiv die Effektivität ukrainischer Waffensysteme aus dem Westen. So träfen beispielsweise vom gelenkten 155-mm-Artilleriegeschuß „Excalibur“ nur noch sechs Prozent. Auch der Mehrfachraketenwerfer Himars, der Marschflugkörper Storm Shadow oder die First-Person-View-Drohnen (FPV) seien durch elektronische Gegenmaßnahmen betroffen. Der österreichische Oberst bewertet das als besonders kritisch, da der ukrainische Drohneneinsatz bisher eine „Erfolgsgeschichte“ gewesen sei, denn die Drohnen hätten gerade im Nahbereich ein Durchbrechen der russischen Kräfte durch die Verteidigungslinien verhindert.

Beim Jamming (Blockieren) werden die Funkkommunikation oder die Ortungs-, Navigations- und Zeitsignale gestört. In der Regel umfaßt das Stören das Aussenden von Hochleistungssignalen über ein breites Spektrum von Funkfrequenzen (Out-of-Band-Jamming), um Kommunikations- und Navigationssysteme zu stören, die benachbarte Signalschleifen innerhalb der Reichweite dieser Signale nutzen. Alternativ kann das Stören eine Unterbrechung des Dienstkannals verursachen, indem ein Signal innerhalb der Zielkanalbandbreite innerhalb des Übertragungsfensters eingespeist wird (In-Band-Jamming), um eine Erkennung zu verhindern.

Beim Spoofing (Reinlegen) hingegen werden falsche Signale gesendet, um Empfänger zu täuschen. Bei globalen Satellitennavigationsignalen wie GPS kann Spoofing dazu führen, daß Empfänger falsche Positions-, Navigations- und Zeitdaten berechnen und GPS-gesteuerte Systeme an einen anderen Ort umleiten. Diese Fähigkeiten der elektronischen Kriegführung finden in Kriegzeiten nützliche Anwendungen, um die Kommunikation, Navigation und Führung des Gegners zu stören, zu täuschen, zu verweigern oder zu beeinträchtigen.

Rußland dominiere im elektronischen Krieg gegen die Ukraine mit fortschrittlicher Technologie zur Drohnenabwehr, konstatierte Anfang des Jahres bereits die *Financial Times*. Moskau sei in der Lage, feindliche Drohnen und Lenkraketen durch den Einsatz fortschrittlicher Technologien zu stören und umzuleiten. Der in der Zeitung zitierte Kommandant einer ukrainischen Drohneneinheit verglich die russischen Störmanöver mit „unsichtbaren Scheren“, die die Verbindungen der ferngesteuerten Geräte kappen.

Auch China spielte bei einem Symposium über die „Zukunft der Kriegführung und des Rechts“ (Future of Warfare and the Law) des US-Armeestabs für Zukunftsplanung in Austin, Texas, eine besondere Rolle. So berichtet das Lieber Institute Westpoint von chinesischen Experimenten mit einem hochentwickelten neuen elektronischen Kriegssystem, das in der Lage ist, GPS-Signale zu fälschen, die für Transponder des automatischen Identifikationssystems von Schiffen verwendet werden, die im Hafen von Shanghai navigieren. In Texas wurden auch Geräte angesprochen, nach denen der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des US-Repräsentantenhauses vor einer neuen russischen nuklearen Antisatelliten-Fähigkeit warnte, bei der möglicherweise elektromagnetische Pulsenergie mit einer Flut hochgeladener Teilchen eingesetzt werde, um Satelliten in der Erdumlaufbahn zu deaktivieren.

## Die Fähigkeiten der USA müssen noch verbessert werden

Technische Gegenmaßnahmen wie Frequenzsprungverfahren und adaptive Polarisierung würden wiederum dazu beitragen, die Auswirkungen von Störsignalen zu mildern. In Australien hergestellte „Pappdrohnen“ hätten sich im Rußland-Ukraine-Konflikt gegen die Fähigkeiten der russischen elektronischen Kriegführung durchgesetzt. Trägheitsnavigationssysteme könnten die GPS-Navigation ersetzen, indem sie Raketen und Fahrzeuge steuern, wenn Satellitensignale unzuverlässig sind oder sabotiert werden.

Einen kritischen Blick auf die US-Fähigkeiten im Bereich elektromagnetischer Abwehr- und Angriffssysteme wirft der Militärexperte Adam Stone im *Air & Space Magazine*. In hochkarätigen Konflikten mit gleichwertigen Gegnern sehe sich die US-Luftwaffe mit hochentwickelten integrierten Luftverteidigungssystemen und fortschrittlichen Befehls- und Kontrollnetzwerken konfrontiert. Um diese Systeme zu besiegen, würden fortschrittliche elektromagnetische Angriffssysteme benötigt, die gegnerische Kräfte abwehren, schwächen und stören können.

„Gegner auf gleicher Ebene wie die USA verfügen über ausgefeiltere Fähigkeiten zur Zugangsverweigerung mit Kill Chains (Tötungsketten) oder Kill Webs (Tötungsnetze), die nicht mehr stagnieren“, so Stephanie Fehling, Director of Electronic Attack Solutions bei BAE Systems. „Sie werden immer komplexer und widerstandsfähiger. Sie nutzen ein viel breiteres Spektrum des elektromagnetischen Spektrums für ihre Kampfeinsätze und passen kommerzielle Technologien schnell an, um sie in ihren Einsätzen zu nutzen“, so Fehling.

**CATO**  
MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

Neu:  
Ab 7. Dezember  
am Kiosk  
oder unter  
cato-magazin.de/bestellen

Realisten braucht das Land  
Der mit den Grünen tanzt: Interview mit Boris Palmer  
Thomas Fasbender sezziert die Generation Merkel  
Dietmar Mehrens analysiert den Kulturkampf à la Hollywood

Fragwürdige internationale Gerichtshöfe  
Von Alex Baur

Rechte Anarchisten  
Von Karlheinz Weißmann

Das fatale faustische Streben  
Von David Engels

**CATO**  
MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

**IHRE ARCHE  
FÜR DIE STÜRME  
VON HEUTE**

CATO bietet Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie und ist dem Wahren, Guten und Schönen verpflichtet. CATO ist ideologiekritisch, jenseits vom Zeitgeist angesiedelt und beansprucht Gültigkeit über Tag und Jahr hinaus.

Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause. Das Einzelheft für regulär 17 Euro, 6 Ausgaben bekommen Sie für nur 90 Euro im Jahr.

Weitere Details und Angebote  
www.cato-magazin.de/abo  
Telefon 030. 81 09 67 80

## Die neoabsolutistische Anmaßung

Majestätsbeleidigung oder die Einheit zweier Körper: Politiker wollen sich der Bewertung ihrer Eigenschaften und ihres Handelns entziehen

THORSTEN HINZ

In der 1642 von beiden Häusern des britischen Parlaments verabschiedeten Deklaration hieß es unmissverständlich: „Es wird anerkannt, sagte die parlamentarische Doktrin, daß der König die Quelle der Gerechtigkeit und des Schutzes ist, aber die Handlungen der Justiz und des Schutzes werden nicht von seiner Person ausgeübt und hängen nicht von seinem Gefallen ab, sondern von seinen Gerichten und Ministern, die hier ihre Pflicht tun müssen, auch wenn es ihnen der König in seiner eigenen Person verbieten sollte: und wenn sie gegen den Willen und persönlichen Befehl des Königs Urteile fällen, sind es immer noch Urteile des Königs.“

Das war gerichtet an die Adresse von Karl I., geboren 1600, König von England seit 1625. Karl hatte versucht, durch häufige Auflösung (1625, 1626, 1629, 1640) und bewußte Nichteinberufung (1629–1640) des Parlaments absolutistisch zu regieren. Außenpolitisch lehnte er sich an Spanien an und negierte damit die Interessen der aufstrebenden Gentry-Bourgeoisie – des reichen Bürgertums, das sich mit dem Kleinadel vermischte –, die eine Expansion nach Übersee gegen Spanien betrieb. Eigenmächtige Personalentscheidungen, unnötige politische und religiöse Konflikte und schließlich der Versuch, Parlamentsmitglieder zu verhaften, führten 1642 zum Bürgerkrieg.

Das Parlament dekretierte hier, daß der Inhaber des Königtums, das ihm qua Geburtsrecht zugefallen war, dieses nur treuhänderisch verwaltete. Ernst Kantorowicz hat das in seinen Buch „Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur Theologie des Mittelalters“ als die Doppelnatur des Königs beschrieben. Sie besteht aus einem leiblich-sterblichen und einem unsterblich-politischen Körper. Der politische Körper war „größer und weiter als der natürliche“, ein Symbol für den Staat, für das Reich und das Ebenbild der „heiligen Geister und Engel“ – eine Formulierung, welche die sakrale Dimension hervorhebt und daran erinnert, daß die politischen Begriffe auf die Theologie zurückgehen. Um dem Königtum gerecht zu werden, mußten die amtierenden Monarchen mit dem natürlichen hinter den politischen Körper zurücktreten. Dann kam die königliche Majestät mit der Majestät des Staates zur Deckung und vollzog sich – in den Worten des Historikers Jean Rudolf von Salis – die „Menschwerdung“ des Patriotismus und der Gesetzestreue. Die Einheit beider Körper rechtfertigte das Delikt der Majestätsbeleidigung – die Säkularisierung des Blasphemie-Vorwurfs –, denn wer sich an der Person des Königs verging, verging sich automatisch am Gemeinwesen.

Die Integrität dieser Einheit unterlag einer permanenten Prüfung. Verfehlte das königliche Individuum seine Aufgabe, sei es durch Hybris, Unfähigkeit oder Eigensinn, so der politische Körper sich von ihm zurück. Der König schrumpfte zur leiblichen Person und durfte als solche aus dem Spiel genommen werden. Die königliche Autorität ging, wie der Beschluß von 1642 festhielt, an das Parlament, an die Minister und Gerichte über.

Das Parlament war damals ein Erbhof der Aristokratie. Demokratie aber bedeutet Volkssouveränität. Laut Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt „vom Volke“ aus, so daß die „Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung“ als Volksbeauftragte tätig sind. Die parlamentarische Demokratie entfaltet sich im Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition.

Letztere bringt die Defizite der Regierung zur Sprache und empfiehlt sich als die bessere Alternative. Der erste Schauplatz der Auseinandersetzung ist das Parlament, die unabhängigen Medien machen sie zur allgemeinen, öffentlichen Angelegenheit. Die Judikative sorgt dafür, daß es fair zugeht und die Regeln eingehalten werden. In der säkularen Republik wie in der parlamentarischen Monarchie ist die sakrale Aura des Staatsoberhauptes verschwunden oder zum Zitat verblaßt, weshalb die Strafbarkeit der Majestätsbeleidigung hinfällig ist.

Dennoch haben einige Republiken, darunter die Bundesrepublik, den Tatvorwurf modifiziert übernommen. Paragraph 90 Strafgesetzbuch betrifft die „Verunglimpfung des Bundespräsidenten“. Es erklärt sich aus der neueren Geschichte, daß der junge Staat das Bedürfnis hatte, in der unantastbaren Dignität seines Oberhauptes sich seiner selbst zu versichern. Doch schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss meldete Zweifel an und fragte ironisch, „wann es staatspolitisch notwendig ist, daß ich mich beleidigt fühle“.

Dahinter steht auch ein struktureller Widerspruch: Das Staatsoberhaupt wird durch politische Konjunkturen und Zufallsmehrheiten ins Amt getragen. Das ist so lange kein Problem, wie der Gewählte die Fähigkeit besitzt, über seine parteipolitische Befangenheit hinaus- und in die neue Aufgabe

hineinzuwachsen. Anders verhält es sich, wenn er alternative Bewegungen und Parteien, die sich gegen eine ideologieveressene, inkompetente, autoritäre Regierung formiert, sowie gegen eine Scheinopposition, die das neoabsolutistische Machtverständnis grundsätzlich teilt, aus der *res publica* auszuschließen versucht und mit Stigmata belegt. Dann schrumpft er auf den leiblich-sterblichen Körper des gewöhnlichen Parteikandidaten und Karrierepolitikers, und es gibt wie 1642 keinen Grund mehr, „seiner eigenen Person“ und „seinem

Gefallen“ besondere Achtung zu erweisen.

In einer Demokratie fällt der politischen Klasse die Rolle zu, die in der Feudalmonarchie der König innehatte, während der Demos in die Kontrollfunktion eintritt, die einst das englische Parlament gegenüber dem König einnahm. Der Demos besitzt das permanente Prüfungsrecht, ob die politische Klasse ihre dienende Funktion wahrnimmt und willens und fähig ist, das Gemein- und Staatswohl zu schützen und zu mehren, die anstehenden Probleme zu erkennen, zu diskutieren und anzupacken. Das war und ist in den Fragen der Zuwanderung, des Ukraine-Kriegs, der Corona-Restriktionen, der Energie- und Mobilitätswende usw. eindeutig nicht der Fall, was natürlicherweise Widerspruch und Widerstand hervorruft.

Um sich dagegen zu schützen und abzuschotten, sind Politiker der etablierten Parteien dazu übergegangen, das zeitgemäße präsidiale Privileg auf sich auszudehnen. Dazu bedienen sie sich des Paragraphen 188 StGB: „Wird gegen eine im politischen Leben des Volkes stehende Person öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) eine Beleidigung (§ 185) aus Beweggründen begangen, die mit der Stellung des Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängen, und ist die Tat geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Das politische Leben des Volkes reicht bis hin zur kommunalen Ebene.“ Entsprechende Anzeigen haben Abmahnungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Prozesse und Geldstrafen zur Folge.

In der Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik wird die Praxis gerechtfertigt: „Der Zusam-



Die überzeitliche Majestät und ihre Narren: Einsicht und Reue ist von den heute aktiven Politikern kaum zu erwarten

menhang zwischen ehrverletzenden Äußerungen gegen Personen des politischen Lebens und der Funktionsfähigkeit des politisch-demokratischen Gemeinwesens besteht zum einen darin, daß derartige Beleidigungen in einem ersten Schritt den guten Ruf, die Glaubwürdigkeit und die Integrität des einzelnen politischen Akteurs beschädigen können, und darüber vermittelt in einem zweiten Schritt potentiell auch die Glaubwürdigkeit, Integrität und Funktionsfähigkeit des politisch-demokratischen Systems insgesamt. Es gehe nicht um den „individuellen Ehrschutz im Sinne einer besonders geschützten Politikerehre“.

Jeder Satz ließe sich im Handumdrehen widerlegen, doch was würde es nützen? Es spricht die Tautologie der Macht. Es geht darum, Machtkritik auszuschalten und zu verhindern, daß die Qualität und Beschaffenheit der politischen Klasse zum Gegenstand öffentlicher Erörterung wird. Satire und Polemik sind für den Bürger eine der wenigen Möglichkeiten, sich gegenüber den Machthabern, die mit ihren Entscheidungen unmittelbar auf ihr Leben einwirken, vernehmbar zu machen. Jene stehen die großen Medien zur Verfügung, um Bürger straflos als Covidioten, Schwurbler, Schmeißfliegen oder Pack zu bezeichnen. Der Paragraph dient um so mehr der Disziplinierung und Einschüchterung, weil die Justiz sich nicht mehr als Schiedsrichter, sondern zunehmend als verlängerter Arm der Exekutive versteht.

Als Anzeigehauptmeister haben sich Außenministerin Baerbock, Wirtschaftsminister Habeck und die als Militärexpertin dilettierende FDP-Frau Strack-Zimmermann hervorgetan, was kein Zufall ist, denn bei diesen drei Politikern ist die Kluft zwi-

schen dem Anspruch, den sie erheben, und ihrer Befähigung besonders tief. Baerbock versteht nichts von Diplomatie, Habeck nichts von Wirtschaft und Strack-Zimmermann nichts vom Krieg. Die eine schnattert, der andere knetet Luft, und die Dritte gefällt sich als keifende „Oma Courage“. Die Brecht-Figur, auf die sie sich bezieht, betrachtet den Krieg als Geschäftsmodell („Ich laß mir von euch den Krieg nicht madig machen.“) und verliert am Ende alles, auch ihre Kinder.

Der jugoslawische Dissident Milovan Djilas (1911–1995), der in seiner Jugend ein gläubiger Kommunist war, hat 1954 in dem gleichnamigen Buch dargelegt, wie die roten Funktionäre, kaum an die Macht gekommen, sich als „Neue Klasse“ formierten. Macht und Besitz waren für sie identisch, das heißt, ihr sozialer Aufstieg und ihre materiellen Vorteile waren unmittelbar an den Machtbesitz gebunden. Einen vergleichbaren Status durch wertschöpfende Arbeit zu erreichen, wären die wenigsten Parteibonzen imstande gewesen. Die hehre Sache des Sozialismus verkam zum Vorwand, der ihren Machtbesitz legitimierte.

Shakespeares Historiendrama „Richard II.“ zeigt das Scheitern eines Königs. Richard (1367–1400) lag im Streit mit dem Parlament, wurde ab- und gefangengesetzt und vermutlich ermordet. Im Drama erscheint er als wankelmütiger und intriganter Regent. Zunächst gibt er sich überzeugt, daß Gott die Hand über ihn hält und ermahnt sich:

Satire und Polemik sind Möglichkeiten, sich gegenüber den Machthabern vernehmbar zu machen.

„Ja, ich vergaß mich selbst: bin ich nicht König? / Erwache, feige Majestät! Du schläfst!“ Doch er wird der königlichen Würde mehr und mehr entkleidet und sieht ein, daß er dem Amt nicht gewachsen ist: „Mit eigenem Mund leugn' ich mein heil'ges Recht, / Mit eigenem Odem lös' ich Pflicht und Eid, / Ab schwör ich Pracht und Majestät.“ Schließlich löst die Einheit der zwei Körper sich gänzlich auf. Das Individuum, das zum Verräter am politischen Leib geworden ist, stürzt ins Bodenlose: „Ich habe keinen Namen ... / Und weiß nun nicht, wie ich mich nennen soll.“ Im Angesicht des Todes erlebt Richard jedoch eine Katharsis: „Auf, auf, mein Geist, den hohen Sitz zu erben, / Indes mein Fleisch hier niedersinkt, zu sterben.“

Soviel Einsicht und Reue ist von den aktiven Politikern wohl nicht zu erwarten. Aus Angst vor sozialem Abstieg und in der Furcht, vom Demos mit den Konsequenzen ihres Handelns konfrontiert zu werden, nehmen sie die überpersönliche Würde des Staates in Anspruch, um sich der Debatte und der Gefahr der Degradierung zu entziehen. Ihr schwaches, sterbliches Ego bläht sich auf und behauptet seine Identität mit dem unsterblichen politischen Körper. Wer die Deckungsgleichheit bezweifelt, macht sich der „verfassungsschutzrelevanten Degitimierung des Staates“ schuldig.

Dieser postdemokratische Neoabsolutismus, der sich kraft eigener Machtvollkommenheit unter Bestandsschutz stellt, ist lächerlich, aber auch gefährlich. Denn er wirkt auf längere Sicht ruiniös und überantwortet den staatlichen Körper der Sterblichkeit und der Verwesung. Im alten England ging es vernünftiger und demokratischer zu.

Karl I. wurde vom Parlament wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 30. Januar 1649 hingerichtet. Seine letzten Worte lauteten: „Ich bin ein Märtyrer des Volkes.“ Was für eine Verblendung und Anmaßung bis zum Schluß.

Popkulturelle Führer der muslimischen Jugendbewegung

### Alles für das Kalifat

Gruppen wie „Muslim Interaktiv“, „Realität Islam“ und „Generation Islam“ nutzen die Eskalation im Nahen Osten und drängen seit einem Jahr verstärkt in den öffentlichen Raum, um in Deutschland unter der Parole „Das Kalifat ist die Lösung“ für einen Systemsturz zu agitieren. Mit relativ überschaubaren Demonstrationen wie in Essen und Hamburg konnten die Organisatoren nach Einschätzung von Andreas Jacobs, Leiter Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung, ein „immenses Medienecho“ erzeugen (*Politische Meinung*, 587/2024). Hinter diesem scheinbar überraschenden „Kult ums Kalifat“ stecke eine von langer Hand aufgebaute Infrastruktur und ein klares politisches Programm. Denn die Kalifats-Aktivisten sind legale Tarnorganisationen der seit 2003 in Deutschland mit Betätigungsverbot belegten Bewegung Hizb ut-Tahrir (HuT:

„Partei der Befreiung“), die seit den 1950ern für eine umfassende islamische Weltordnung kämpft, in der Demokratie, Grundrechte und nach „westlichen Werten“ lebende Menschen keinen Platz haben werden. Im Unterschied zu anderen fundamentalistischen Formationen wie der Muslim-Bruderschaft inszenieren sich die Frontmänner der HuT-Nachfolger aber nicht als religiöse Autoritäten, sondern als popkulturelle Führer einer migrantischen Jugendbewegung, zu deren Image „trendige Klamotten, Rapperhabitus, Muscle-Cars und Kampfsportkörper“ gehören. Ihre Ansprache sei chauvinistisch und subkulturell, die Botschaft klar: gegen Demokratie und Homosexuelle, USA und Israel, gegen „Integration“, für strikte Abgrenzung gegenüber den Gesellschaften der Ungläubigen. (dg)

► [www.kas.de/de/web/die-politische-meinung](http://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung)

Die Theaterarchitektur in der Bonner Republik

### Spielräume der Demokratie

Nach dem 8. Mai 1945 wurden der großen Nachfrage wegen zahlreiche kriegsbeschädigte Theaterspielstätten schnell wieder hergerichtet oder vollständig neu gebaut. Während der Wohnungsbau schleppend anließ, öffnete etwa 1951 das Berliner Schillertheater wieder, 1953 folgte das Bochumer Schauspielhaus, 1955 die Hamburger Staatsoper. Dieser hohe Stellenwert, den der Theaterbau zwischen 1949 und 1975 beim Wiederaufbau westdeutscher Städte genoß, war Thema des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 2014 bis 2020 finanzierten Projekts „Spielräume der Demokratie“, dessen Resultate der Hamburger Architekturhistoriker Frank Schmitz in Kurzfassung präsentiert (*forschung*, 3/2024). Beispielhaft für die politisch-pädagogischen Absichten, die die neue Theaterarchitektur verfolgte, stehe das von 1962 bis 1967 errichtete Stadttheater in der Bundeshauptstadt Bonn. Das

Haus sollte, mit weißem Marmor im Foyer, zwar repräsentativ erscheinen, um die Prosperität des Wirtschaftswunderlandes zu spiegeln, mußte aber zugleich die egalitäre demokratische Ordnung veranschaulichen. Historisch negativ besetzte Fassadenelemente wie Säulen galt es dabei ebenso zu vermeiden wie „Hierarchisierungen“ im Zuschauerraum, die Rang und Parkett trennten und Assoziationen an höfische Theatersäle weckten. Ob solche architektonischen Repräsentationen demokratischer Gesellschaftsstrukturen tatsächlich dazu beitrugen, das bundesdeutsche Gleichheitsgefühl zu steigern, scheint Schmitz eher fraglich angesichts heutiger linker Empörungen über hohe Sanierungskosten für die in die Jahre gekommene „Architektur der bürgerlichen Hochkultur“. (wm)

► [www.dfg.de/de/aktuelles/publikationen/forschung](http://www.dfg.de/de/aktuelles/publikationen/forschung)







Sparkurs bei  
Bayreuther Festspielen

BAYREUTH. Der Verwaltungsrat der Bayreuther Festspiele steht hinter den Einschnitten beim Jubiläumsprogramm 2026. Jeder wisse, daß die öffentlichen Haushalte derzeit sehr belastet seien. Die Festspiele könnten davor nicht die Augen verschließen, sagte der Chef des Gremiums, Georg von Waldenfels (80). Auch im Hinblick auf Tarifierhöhungen für die Beschäftigten müßten alle Ausgaben auf den Prüfstand. Wegen der Wirtschaftskrise sei es außerordentlich schwierig, Unternehmen als Sponsoren zu gewinnen. Der ehemalige bayerische Finanzminister und CSU-Landtagsabgeordnete versicherte, daß auch das nun reduzierte Programm für 2026 dem Jubiläumsanlaß gerecht werde. Die Festspiele werden dann 150 Jahre alt, und gefeiert werden sollte eigentlich mit allen zum Bayreuther Standard-Repertoire gehörenden Opern von Richard Wagner (1813–1883) plus dem normalerweise nicht gespielten Frühwerk „Rienzi“. Insgesamt sollten also elf Opern gespielt werden. Doch dafür fehlt das Geld. Deswegen stehen nur noch sieben Opern auf dem Spielplan: eine Neuinszenierung von „Rienzi“, Wiederaufnahmen von „Der fliegende Holländer“ und „Parsifal“ sowie ein „besonderer Ring des Nibelungen“, wie Festspiel-Sprecher Hubertus Herrmann sagte. Einzelheiten nannte er nicht. Die Opern „Tannhäuser“, „Lohengrin“, „Tristan und Isolde“ sowie „Die Meistersinger von Nürnberg“ entfallen im Jubiläumsjahr. Eröffnet werden sollen die Festspiele mit Ludwig van Beethovens 9. Symphonie, die Wagner selbst im Mai 1872 im Markgräflichen Opernhaus dirigiert hatte. Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (67), der zugleich Geschäftsführer der Richard-Wagner-Stiftung ist, bezeichnete die Kürzungen laut *Bayreuther Tagblatt* als „bedauerlich, aber notwendig“. (JF)

► [www.bayreuther-festspiele.de](http://www.bayreuther-festspiele.de)

Rheinland-Pfalz erlaubt  
Flußbestattungen im Rhein

MAINZ. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat eine umfassende Reform des Bestattungsgesetzes angekündigt. Wie das Gesundheitsministerium in Mainz vergangene Woche mitteilte, wurde ein entsprechender Gesetzentwurf vom Kabinett gebilligt. Danach soll in Zukunft unter anderem eine „Flußbestattung“ in den vier großen Flüssen des Landes (Rhein, Mosel, Saar, Lahn) erlaubt sein. Damit nehme Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle ein, erklärte Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD). Bisher gebe es in Deutschland nur die Möglichkeit einer Seebestattung auf Hoher See. „Flußbestattungen“ würden bereits in den Niederlanden praktiziert, was zu einem „Bestattungstourismus“ geführt habe. Um einen solchen Tourismus in Zukunft zu vermeiden, werde Rheinland-Pfalz künftig auch das Verstreuen der Asche von Toten außerhalb von Friedhöfen zulassen. Darüber hinaus sollen Urnen auch an Privatpersonen ausgehändigt werden dürfen. Das neue Gesetz werde erlauben, einen Teil der Asche von Toten für die Herstellung eines synthetischen Diamanten zu verwenden (sogenannte „Diamantbestattung“). Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, die allgemeine Sargpflicht auf Friedhöfen aufzuheben. Dadurch werde die sogenannte „Tuchbestattung“, die vor allem im Islam üblich ist, für jedermann möglich. Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 in den Landtag kommen. (idea)

► <https://mwg.rlp.de>

## Die im Glashaus sitzen

Wiedergelesen: Wolfgang Koeppens Roman „Das Treibhaus“ wirft zeitlose Fragen nach Macht, Moral und Verantwortung auf

REGINA BÄRTHEL

**H**eutige Demokratien schwören auf Offenheit und Transparenz, dementsprechend agieren sie gern in Bauten, bei denen Glas das hervorstechende Mittel der Gestaltung ist. Gerade die wiedervereinte Bundesrepublik setzt auf diese „demokratische Architektur“: In ihr soll sich der antitotalitäre Lernprozess, das „Nie wieder“ in Glas gemeißelt zeigen.

Allerdings: Auch Treibhäuser werden aus Glas errichtet. Deren Transparenz dient dazu, für Nährmittel (hier in Form von Licht) durchlässig zu sein, auf daß sich die Gewächse ungestört ihrer Entfaltung widmen können. Ungerührte Einflüsse von außen sind daher nicht erwünscht; sie würden das geschlossene System nur stören.

In einem solchen System bewegt sich auch Keetenheuve, der vielleicht bekannteste Bundestagsabgeordnete der deutschen Literatur. Sein Schicksal, besser gesagt: dessen Klimax, beschreibt Autor Wolfgang Koeppen im Roman „Das Treibhaus“ von 1953: Während der Weimarer Republik Journalist, war Keetenheuve bei Machtübernahme der Nationalsozialisten ins selbstgewählte Exil gegangen und hatte für die Londoner BBC gearbeitet. Bei Kriegsende ins geteilte Deutschland zurückgekehrt, wollte er „neue Grundlagen des politischen Lebens“ schaffen. Als Hoffnungsträger der Oppositionspartei zog er in den neu formierten Bonner Bundestag ein.

Gefangen in Gefühlen  
von Schuld und Versagen

Der Roman erzählt, angereichert durch zahlreiche Rückblenden, wie nur wenige Tage Keetenheuves Schicksal besiegeln. Ausgerechnet im Nibelungenepreß reist er zurück nach Bonn; „Wagalawia“ singen die Räder und allenthalben riecht Keetenheuve politische und gesellschaftliche Restauration. Persönlich ist er gefangen in Gefühlen von Schuld und Versagen, mußte er doch soeben seine junge Frau Elke beerdigen. Er hatte sie, die Tochter von NSDAP-Funktionären, zwar aus Ruinen auflesen und geheiratet, aber keine tragfähige Ehe entstehen lassen – zu wichtig war ihm die politische Arbeit. Elke wurde Alkoholikerin, suchte Schutz bei einer „pervertierten Frauenschaftsführerin“ und starb dennoch „an Verlassenheit“. Mit ihr starb auch Keetenheuves Chance, anzukommen, Wurzeln zu schlagen in einem bürgerlichen Leben. Jedoch ist Bürgerlichkeit ohnehin nicht das Lebensprinzip des Feingeistes und Ästheten mit einem Faible für die Poesie von Baudelaire und E. E. Cummings.

Keetenheuve, der seinen lang kultivierten Idealen von Pazifismus und Antinationalismus anhängt (Nationalstaaten sieht er als verschlossene Käfige), blieb auch in der eigenen Fraktion ein Sonderling und Außenstehender. Um so wichtiger ist nun für



**Wolfgang Koeppen:** Das Treibhaus. Roman. Suhrkamp, Berlin 1972 (akt. Aufl. 2023), broschiert, 192 Seiten, 10 Euro



Bundestagsdebatte über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, am Rednerpult Kurt Georg Kiesinger (1955); Christian Doermer in seiner Rolle als Bundestagsabgeordneter Keetenheuve, der Hauptfigur im Film „Das Treibhaus“: Hoffnungsträger der Opposition

ihn die Abstimmung über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands: Für eine geplante Gegenrede erhält er brisantes Material – immerhin steht er im Ruf, ein Revolutionär, ein Umstürzler zu sein – mit dem ein politischer Eklat provoziert werden soll. Allein: Regierung wie Medien wurden über zweifelhafte Kanäle vorab informiert und zeigen sich gewappnet. Der Überraschungseffekt verpufft. Erneut scheidet Keetenheuve.

Der Roman endet in einem wahren Hexensabbat, einem persönlichen Armageddon. Als innerer Monolog gestaltet, offenbart sich eine alpträumliche Verworfenheit; Keetenheuve versinkt in den eigenen Abgründen aus Lust und Schuld – und letztlich im Rhein. Wagalawia.

Bei seinem Erscheinen wurde „Das Treibhaus“ kontrovers diskutiert, vorwiegend auf seiner politischen Ebene. Umgehend wurden die Romanfiguren mit realen Personen der Regierungszeit Adenauers gleichgesetzt; Der Spiegel lobte die Schilderungen als „symptomatisch für die bundesrepublikanische Aufbau- und Aufstiegs-gesellschaft“ und deren restaurative Tendenzen: Da – möglicherweise sozialistische – Alternativen nicht einmal diskutiert werden dürften, entstehe soeben eine weitere Diktatur, wenn auch unter dem Deckmantel der demokratischen Mehrheitslegitimation. Andere Stimmen sahen im Treibhaus ein Zerrbild der jungen Demokratie, das eine gesellschaftliche Polarisierung wie zur Weimarer Zeit ermögliche.

Einer Zeit, in der Wolfgang Koeppen (1906–1996) sozialisiert wurde: Aus prekären Verhältnissen stammend, verdingte er sich zunächst in verschiedenen Brotjobs; eine Theaterlaufbahn als Dramaturg und Regisseur scheiterte. Als er sich gerade bis zum Feuilletonchef der linksliberalen Tageszeitung *Berliner Börsen-Courier* hinaufgearbeitet hatte, wurde diese 1933 eingestellt. Koeppen ging ins Ausland und veröffentlichte erste Romane, kehrte aber 1938 nach Deutschland zurück und arbeitete als Drehbuchautor für Ufa und Bavaria Filmkunst.

Erst in der Nachkriegszeit machte er mit seiner „Trilogie des Scheiterns“ (Tauben im Gras, 1951, Das Treibhaus, 1953, und Der Tod in Rom, 1954) von sich reden. Danach verfasste er ausschließlich – wenn auch gelobte – Reiseberichte. Ein mit dem Suhrkamp-Verlag abgeschlossener Vertrag über ein autobiographisch angelegtes deutsches Geschichtspanorama blieb unerfüllt; womöglich waren sein „Wissen und seine Erfahrungen zu differenziert für das angesagte ideologische Schema“ (Thorsten Hinz).

Marcel Reich-Ranicki erklärte Koeppens Verstummen 1961 als eine Folge der Zurückweisung und des Unverständnisses gegenüber dem „Einzelgänger in der deutschen Nachkriegsliteratur“ und

beförderte damit dessen Wiederentdeckung. Mit Erfolg: 1962 erhielt der Autor den maßgeblichen Georg-Büchner-Preis, dem eine breite positive Rezeption folgte. Er gehörte nun zu den wichtigen Stimmen der deutschen Nachkriegsliteratur.

Grund dafür ist durchaus, daß Koeppen an die literarische Moderne angeschlossen, indem er virtuos mit ineinander verflochtenen Erzählsträngen, assoziativen Passagen und einem kaum unterbrochenen inneren Monolog aus bisweilen bitter-komischen Assoziationen arbeitete. Darüber hinaus wurde er rückblickend als – wenn auch erfolgloser – Streiter gegen die als restaurativ empfundene Politik der Bundesrepublik gehandelt. Der Autor, beziehungsweise sein Protagonist Keetenheuve, galt nun als tragischer Held im Kampf gegen den „Muff von tausend Jahren“ sowie jede Form von militärischer Aufrüstung.

Für den normalen Wähler  
empfindet der Ästhet Abscheu

Eine Sichtweise, die fortgeschrieben wurde. Angesichts des Nato-Doppelbeschlusses zur atomaren Aufrüstung griff der Filmregisseur Peter Goedel zum Treibhaus. Die gleichnamige Verfilmung von 1987 kombiniert die in Schwarz-Weiß-Aufnahmen erzählte Geschichte Keetenheuves mit aktuellem dokumentarischen Material, darunter Bilder der Friedensdemonstration von 1981 im Bonner Hofgarten – und erhielt den renommierten Bundesfilmpreis.

Ebenfalls im Film enthalten ist ein Interview mit dem damals über 80jährigen Autor. Koeppen betont hier, er habe kein politisches Buch geschrieben, sondern sich vielmehr in die Person des fiktionalen Abgeordneten einzufühlen versucht. Einem „unglücklichen Menschen“, der das Geschehene



Autor Wolfgang Koeppen (1906–1996)

„wieder gut machen will“. Denn wie der Roman verrät, hatte sich Keetenheuve „immer schon abseits gehalten, mimosenhaft verzärtelt, im Elfenbeinturm“, hatte nie für etwas gekämpft. Nun will er in der Politik seine pazifistischen „Jugendträume verwirklichen“ – doch die Menschen „dachten gar nicht daran, andere zu werden, weil die Regierungsform wechselte“.

Für den Mann von der Straße, den normalen Wähler, empfindet der Ästhet daher Abscheu; ihm graut vor der „Ochsentour der Wahlschlacht“ in häßlichen, mit dem Dunst von Schweiß und Bier angefüllten Sälen. Ohnehin: „Als Redner überzeugte er nicht. Die Menge ahnte, er zweifelte, und das verziefte sie ihm nicht.“ Tatsächlich ist Selbstzweifel die Grundstimmung Keetenheuves, gepaart mit Melancholie und Ekel – vor sich selbst wie auch den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten: „Deutschland war ein großes, öffentliches Treibhaus. Es war alles morsch, es war alles alt.“ Die Regierung litte „an der deutschen Krankheit, unter keinen Umständen an der einmal gebabten Vorstellung von der Welt zu lassen“. Eine Einsicht, die raum-, zeit- und parteiübergreifend auch heute noch zu gelten scheint.

Keetenheuve versagt in allem, was ihm erstrebenswert erscheint: in Politik, Liebe, Gemeinschaft, ja selbst in der Poesie. Zu hoch ist sein Anspruch an sich und seine Umwelt, zu elitär seine Ideale. Zu utopisch auch sein Wunsch nach Pazifismus und immerwährendem Frieden: Er nennt sich selbst einen faustischen „Mephistopheles des guten Willens“, der das Gute wolle und das Böse schaffe. Nach seiner erfolglosen Bundestagsrede gibt Keetenheuve sich geschlagen: „Die Verhältnisse hatten ihn besiegt, nicht die Gegner. Die Gegner hatten ihn kaum beachtet. Die Verhältnisse waren das Unabänderliche. Sie waren die Entwicklung. Sie waren das Verhängnis.“

Inzwischen haben sich die Verhältnisse selbstredend verändert. Empfindlichkeit und literarische Ambitionen hindern nicht mehr daran, einen hohen politischen Posten einzunehmen. Die erstmals widerstreitenden Parteien sind sich längst nah und näher gekommen und kämpfen – vom Diktat des Demos unberührt – gemeinsam für „unsere“ Demokratie. Das Gefühl von Zweifel oder gar Schuld angesichts der eigenen Handlungen scheint aktuellen Regierungsvertretern gänzlich fremd. Hier gilt weiterhin Keetenheuves Wort: Umzingelt von der Wirklichkeit, sind es wiederum die Verhältnisse, die alle moralisch guten Vorhaben zunichte machen.

Weitere Informationen zu Leben und Werk von Wolfgang Koeppen im Netz:  
► [www.koeppenhaus.de](http://www.koeppenhaus.de)

## Ja, ich werde Förderabonnent!

Ich möchte vom Normal-Abo auf das Förder-Abo umsteigen

Sie erhalten exklusive Informationen und Einladungen für die Freunde der JF.

Mit meinem Förderabo (23,50 Euro vierteljährlich mehr als das Normalabo) unterstütze ich junge Leser der JF, die sich sonst kein Abonnement leisten könnten.

Coupon ausfüllen und einsenden:  
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG  
Leserdienst Hohenzollerndamm 27a  
10713 Berlin

Rufen Sie gern an:  
Sandra Schulz, Leserdienst  
☎ 030/86 49 53-42  
Fax 030/86 49 53-50

## Anschrift

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. (Kein Postfach) \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Datenschutzhinweis:

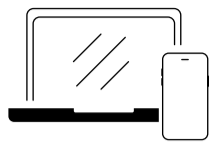
Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. **Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter [jf.de/datenschutz](http://jf.de/datenschutz)

## Freunde der JF



Weil die Freiheit  
Freunde  
braucht.

Unterstützen Sie die JUNGE FREIHEIT in ihrem Kampf für Meinungsfreiheit – heute und morgen.



Blick in  
die Medien

# Wirkungsloser Exodus

Aus Protest gegen Elon Musk: Zahlreiche Nutzer ziehen sich von X zurück

GIL BARKEI

Elon Musk soll innerhalb der Trump-Regierung die neu geplante Behörde „Department of Government Efficiency“ leiten und die Staatsausgaben um etwa zwei Billionen Dollar senken. Damit ist es für die Kritiker noch einfacher, den bösen, an der Seite des „Faschisten“ Trump stehenden Milliardär ins Visier zu nehmen und anzuprangern. Gleichzeitig hat dies potentiell weitreichendere Folgen – immerhin wäre Musk offizieller Amtsträger der Administration eines Partnerlandes, von dem man nicht zuletzt militärisch und nachrichtendienstlich abhängig ist.

Dennoch hetzen deutsche EU-Politiker gegen Musk. „X hat sich von einer Plattform, die ursprünglich zur Verbreitung von Informationen diente, zu einem Nährboden für Haßrede, Desinformation und Mißbrauchsmaterial entwickelt“, sagte die EU-Abgeordnete Birgit Sippel (SPD) dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) nach der US-Präsidentenwahl. „Musk hat X in eine Haßschleuder verwandelt“, stichelte die grüne EU-Digitalpolitikerin Alexandra Geese gegenüber RND und warnt, rechte EU-Politiker versuchten den Digital Services Act abzuschwächen: „Sie wittern ihre Chance, jegliche Regulierung der Tech-Giganten zu diffamieren und US-amerikanische Verhältnisse bei uns herzustellen.“

Mehrere linke Politiker in Brüssel machen daher mobil für mögliche härtere Maßnahmen. „Kurzfristig ist die Kommission natürlich in der Pflicht, für die konsequente Umsetzung unserer Gesetze zu sorgen“, betont Sippel. Reiche dies nicht, „dann müssen wir als Ultima ratio noch in diesem Mandat die Zerschlagung jeder Plattform vorsehen, die sich nicht an die Regeln hält, die Kommission an der Nase herumführt, vor allem aber die Axt anlegt an Demokratie, Respekt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

## Ganz möchte kaum jemand auf die Reichweite verzichten

Doch diplomatische Verwerfungen riskieren, noch bevor die Trump-Regierung im Amt ist, möchte keine Seite – auch wenn im Hintergrund Gespräche und ein eingeleitetes Verfahren laufen. Zumal insbesondere Trumps designierter Vize J.D. Vance die europäischen Partnerländer ausdrücklich vor solchen Schritten warnte und in Deutschland eine vorgezogene Bundestagswahl anstehet und viele Parteien und Politiker X nutzen.

Also müssen andere öffentlichkeitswirksame Methoden her. Bereits seit der Übernahme und Umbenennung von Twitter durch Musk versuchen amerikanische NGOs wie die Anti-Defamation League – eine Art US-Pendant zur deutschen Amadeu-Antonio-Stiftung –, dem Unternehmen X wirtschaftlich zu schaden. Rufschädigende Kampagnen zu angeblich auf X verbreiteten Fake News und Hatespeech führten dazu, daß zahlreiche Firmen wie Disney, Apple, IBM oder Coca-Cola in der jüngsten Vergangenheit ihre Werbebudgets zurückzogen.

Doch solange X als Marktführer bei den Kurzmitteilungsdiensten zahlreiche Nutzer hat, können Konzerne diesen Marketingkanal nicht vollends vernachlässigen. Und so denken manche Konzerne laut US-Medien wieder über Reklame-Schaltungen nach.

Hier greift ein weiterer Ansatz: die Plattform für Werbepartnerschaften unattraktiver machen, indem massenhaft Nutzer sie verlassen. Nachdem bereits in den vergangenen zwei Jahren mehrere halbherzige, schlecht koordinierte Rückzieher-Kampagnen aus der woken Blase gestartet wur-



Elon Musk wird Teil der Administration von Donald Trump: Leichter angreifbar?

den, aber keine zahlentechnisch kritische Eigendynamik auslösen konnten, läuft seit der Wahl Trumps ein erneuter Versuch.

Anfang Dezember kündigten in der konzertierten Aktion „eXit“ über 60 Journalisten, Politiker, Autoren, Wissenschaftler und Institutionen in Deutschland ihren Abschied von X an; darunter die ZDF-Journalistin Dunja Hayali, die SPD-Politikerin Sawan Chebli und die NS-Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz. In einem Protestschreiben kritisieren die Unterzeichner, X sei „ein toxischer Ort geworden, eine Brutstätte von Rechtsextremismus, Wissenschaftsleugnung, Haß und Verschwörungserzählungen“, und könne daher „kein Ort mehr für freie und faire Meinungsäußerung und einen offenen Austausch“ sein. Musk habe diese Entwicklung aktiv vorangetrieben: „Die Abschaffung von Moderationsmechanismen und die gezielte Verstärkung extremistischer Inhalte untergraben die Grundprinzipien einer deliberativen Plattform und machen X zu einem Werkzeug der Polarisierung, der Manipulation und der Menschenfeindlichkeit.“ Mitte November hatten bereits der britische *Guardian* und Dutzende österreichische Journalisten wie „Zeit im Bild“-Nachrichtensprecher Armin Wolf und der Chefredakteur des linken Wochenblatts *Falter*, Florian Klenk, X verlassen.

Doch die gehypten Alternativen Bluesky (JF 43/23) und Mastodon (JF 49/22) zünden trotz all der Empfehlungen linker Persönlichkeiten und staatlicher Stellen nicht. Bluesky hat 24 Millionen Nutzer, X laut Statista gut 420 Millionen. In Europa ist angesichts der hiesigen (politischen) Agitation gegen Musk ein Rückgang von rund sechs Millionen Accounts zu verzeichnen – immer noch ein Witz im Vergleich. Mastodon hat insgesamt nur etwa zehn Millionen Nutzer. Zwar schossen insbesondere bei Bluesky die Neuanmeldungen in den vergangenen Wochen in die Höhe, gerade auch auf dem US-Markt, doch längst gibt es am Twitter-Klon ebenfalls Kritik.

Der deutsche Journalist Björn Staschen äußert auf dem Blog *The New Social* „Zweifel, daß Blue-

sky eine 'gute' Plattform sein kann, die Demokratie stärkt“. Die dahinterstehende unternehmerische, gewinn- und investorenorientierte Struktur verspreche „kaum Besseres“ als das, „was gerade bei Twitter passiert“. Staschen fragt skeptisch, weil guter Journalismus nun mal „Menschen auf Plattformen“ locke: „Wohin wollen wir sie also locken? Zur nächsten Musk-Katastrophe?“

## Die Alternativen hinken hinterher und stehen selbst in der Kritik

Darüber hinaus läuft der jetzige „Xodus“-Aktivismus zwar mit großem medialem Getöse, aber letztlich mit angezogener Handbremse. Zahlreiche Profile wurden beispielsweise nur auf privat geschaltet oder stillgelegt, aber nicht gelöscht. Die aufgebaute Reichweite möchte man dann doch lieber nicht endgültig „verbrennen“. Schließlich benötigen linke Medien, Unternehmen und Politiker X für ihre eigene Marktpositionierung und den Wahlkampf. Und so sind der SPD-Bundesvorstand und der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck kürzlich erst bewußt zu X zurückgekommen.

Die Rückzugsgefechte auf X sind so auch ein spaltender Kampf im linksliberalen Lager zwischen Befürwortern eines radikalen Schnitts und denjenigen, die X halten und von innen heraus gestalten wollen. Auf die alten Twitter-Methoden der hausinternen Zensur, die durch die „Twitter Files“ belegt wurden, können sie dabei dank Musk und seiner Umstrukturierungen nicht mehr zählen – einer der Hauptgründe, warum Musk überhaupt ins Fadenkreuz geraten ist. Gleichzeitig sollten die eingetübten Mobilisierungs- und Netzwerkeffekte der linken digitalen Meute nicht unterschätzt werden.

Der „Kampf gegen Rechts“ hat Millionen in die Online-Abteilungen von Dutzenden Initiativen und Projekten gegen Haßsprache und Desinformation gespült. Es gilt nun auch für rechte und konservative Nutzer, noch aktiver auf X zu werden, um ein Gegengewicht zu etablieren.

## Der erste Eindruck täuscht

Von Boris T. Kaiser

Auf den ersten Blick wirkt der politische Influencer Andy Ngo auf X wie einer der unzähligen Meinungsmacher aus der woken LGBTQ-Szene. Regenbogenflagge neben dem Nutzernamen, ein gezeichnetes Profilbild eines jungen Mannes mit femininen Gesichtszügen. Im Profiltext ein Hinweis darauf, daß es sich bei dem Journalisten um einen „Fact Checker“ und *New York Times*-Bestsellerautor handelt, sowie ein Link zu einer Seite, auf der man dem „Post Millennial“ interessante Neuigkeiten und finanzielle Zuwendungen zur Unterstützung seiner Arbeit zukommen lassen kann.

### Der 38jährige dokumentiert die Gewaltbereitschaft der US-Antifa und der LGBTQ-Szene.

Wer sich aber die Inhalte, die der 38jährige US-Amerikaner auf seinem Account postet, anschaut, wird schnell feststellen, wie sehr dieser erste Eindruck trügt. Zwar beschäftigt sich Ngo, dessen Eltern 1978 als sogenannte „boat people“ vor dem kommunistischen Regime in Vietnam in die USA geflüchtet sind, tatsächlich intensiv mit der linken Szene und dem Geschehen rund um eine internationale Bewegung, die sich den Kampf für die immer zahlreicher werdenden Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen auf ihre Fahnen geschrieben hat, allerdings nicht mit dem blinden Wohlwollen, das die Homo-Lobby von modernen Medienvertretern sonst gewohnt ist.

Mit seinen Veröffentlichungen wirft Ngo ein entlarvendes Schlaglicht auf die Radikalisierung der Trans-Community und der Antifa. So kritisiert der Videoreporter die Verleumdungskampagnen gegen die britische Schriftstellerin und Harry-Potter-Erfinderin Joanne K. Rowling, die die Trans-Bewegung mit ihrer ablehnenden Haltung zur Gender-Sprache und ihrem klaren Bekenntnis zur biologischen Geschlechtereinordnung gegen sich aufgebracht hat.

Neben seiner Kritik an den Ausuferungen im Kampf für die „Geschlechtergerechtigkeit“ richtet der Verfasser des Buches „Unmasked: Inside Antifa's Radical Plan to Destroy Democracy“ seinen journalistischen Fokus auch immer wieder auf die exzessive Gewalt bei Protesten von Linksextremisten und Islamismus-Anhängern. Ein Job bei einem Mainstreammedium dürfte für den aufstrebenden Reporter also aktuell erst einmal keine Option sein.

## Medien-Tip

Amazon Prime

### War Games

In dem Spielfilm verselbständigt sich die KI der US-amerikanischen Raketenabwehr, mit gefährlichen Konsequenzen

## Dpa ändert wohlwollend fehlerhaftes Baerbock-Zitat

HAMBURG. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat in einer Rede beim OSZE-Ministertreffen auf Malta wörtlich von „1,3 Milliarden Menschen in Europa“ gesprochen. Die Redaktion der Deutschen Presse-Agentur (dpa) verfälschte und korrigierte dieses wörtliche Zitat in der Folge. Im Netz sorgte das für Wirbel, und die dpa mußte sich letztlich in einer Stellungnahme entschuldigen. Trotz eines jährlichen Überschusses von bis zu zwei Millionen Euro erhält die Agentur staatliche Fördergelder in Millionenhöhe. Was war genau passiert? Bei ihrer Rede auf Malta wandte sich Baerbock an Rußlands Außenminister Sergej Lawrow mit den Worten: „Sie können sich selbst etwas vormachen, nicht aber der Welt, nicht den 1,3 Milliarden Menschen in Europa.“ Erste Berichte wurden auch mit diesem Zitat veröffentlicht, obwohl nur rund 750 Millionen Menschen in Europa leben. In sozialen Netzwerken hagelte es Spott für Baerbock, die bereits in der Vergangenheit immer wieder mit Versprechern und peinlichen Fehlern aufgefallen war. In der dpa-Redaktion wollte man Baerbock aber wohl vor weiterer Häme schützen und änderte das Zitat zu folgendem Wortlaut: „Sie können sich selbst etwas vormachen, nicht aber der Welt, nicht den 1,3 Milliarden Menschen in der OSZE-Region.“ Auch das ZDF reagierte und änderte seine Berichte entsprechend. Die dpa mußte auf X einräumen, daß eine Korrektur aus Baerbocks Ministerium erst auf Nachfrage ihrer Redaktion erfolgte. Absolut ungewöhnlich, denn letztlich ist es nicht die Aufgabe der Agentur, Fehler von Politikern zu korrigieren. Die Redaktion hätte lediglich in einer aktualisierten Meldung transparent auf die Fakten hinweisen müssen. Nach viel Druck von Lesern und Zusehern wurde die Meldung zu Baerbocks Rede dann noch einmal verändert. Die dpa schreibt nun: „Darin dokumentieren wir im Wortlaut wieder das ursprüngliche Zitat inklusive des Fehlers und machen unseren Standards entsprechend den Ablauf transparent.“ (rr)

## Grüne suchen Helfer für digitalen Mob

BERLIN. Die Grünen haben auf ihrer Netzseite einen Aufruf zum personellen Ausbau eines digitalen Like- und Melde-Mobs gestartet. „Mach mit bei unserer Grünen Netzfeuerwehr“, steht auf grue.ne, und weiter: „Wir überlassen das Netz nicht den Trollen und dem Haß.“ Interessierte Parteimitglieder und Nicht-Mitglieder können auf ein Feld klicken und sich dann für das „Grüne Netz“ anmelden. Zusammen will die „Grüne Netzfeuerwehr“ grüne Werte „in den sozialen Netzwerken verteidigen und zeigen, daß demokratisch und zivilisiert diskutieren auf Facebook, Instagram und Twitter möglich ist“. Helfer sollen grüne Beiträge liken, gegen „Kommentar-Lawinen von Rechts“ anschreiben sowie Lügen und Hetze melden. (gb)

## Aufgelesen

„Auch die Headline-getriebene Politberichterstattung sorgt natürlich dafür, daß Politiker durchaus Sorge haben, bestimmte Themen offen zu diskutieren.“

„Bild“-Vize Paul Ronzheimer im Podcast „Gin and Talk“



JF-TV

## Schwachkopf-Affäre: So viel geht an die Familie Stefan Niehoff

Der bayerische Rentner Stefan Niehoff soll Robert Habeck im Internet als Schwachkopf beleidigt haben. Er wurde deshalb von diesem angezeigt und Opfer einer Hausdurchsuchung. Zahlreiche Bürger solidarisierten sich mit Niehoff und spendeten für seine juristische Verteidigung. JF-Chefredakteur Dieter Stein überreichte am 2. Dezember im Verlag der Zeitung einen Scheck an Familie Niehoff.

Jetzt auf: [jf.de/tv](https://jf.de/tv)

Jetzt ansehen





Die syrisch-libanesische Grenze, kurz nach dem Sturz Assads: Späte Heimkehr

Weshalb Remigration ein historischer Normalzustand ist

# Der lange Weg nach Hause

Von Ludwig Witzani

**K**arl Marx hat die Revolutionen als die „Lokomotiven der Geschichte“ bezeichnet. Hätte er nicht auch die großen Völkerwanderungen nennen können? Migrationstheoretiker würden dem zustimmen. Für sie sind die Wanderungen der Völker die großen Wellen im Gezeitenkraftwerk der Weltgeschichte. Die germanische Völkerwanderung, die iberische Erschließung Lateinamerikas, die eurasische Wanderung der Türkvolker oder die millionenfache Auswanderung der Europäer im 19. Jahrhundert vollzogen sich wie Naturereignisse, die sich scheinbar jeder Art von Steuerung entzogen.

Diesem Determinismus folgen viele Migrationseuphoriker unserer Tage, wenn sie behaupten, daß Migration immer eine Einbahnstraße sei. Man kann allenfalls ihr Dressing verändern, indem man behauptet, sie wären immer und überall positiv und fortschrittlich und ein Segen für die Menschheit. Der Migrationspakt läßt grinsen.

**Remigration ist historisch nicht die Ausnahme sondern die Regel. Beispiele sind Algerien, Südafrika, Angola und Mosambik. Überall wurden die Nachfahren europäischer Siedler vertrieben.**

Remigration, das heißt die Rückkehr in das Herkunftsland, wird dagegen in den herrschenden Diskursen als ein absolutes No-go geächtet. Schon das Reden über Remigration, das Unwort des Jahres 2023, rührt an ein Tabu, das jeden, der es verletzt, mit der sozialen Ächtung bedroht. Wer Remigration propagiert, so das Narrativ, öffnet die Pforten der Hölle.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß diese Pforten geöffnet waren und Millionen Menschen unter teilweise beschämenden Umständen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt wurden. Die Rede ist von der Remigration aus den ehemaligen Kolonien nach 1945, einem vergessenen Stück Weltgeschichte, an das nur Ungern erinnert wird.

Ausgangspunkt dieser Rückwanderung war die Auflösung der europäischen Kolonialreiche nach dem Zweiten Weltkrieg, bei der ab den 1950er und 1960er Jahren fünf bis sieben Millionen Menschen in teils beschämender Form ihre Heimat verloren. Unter dem Einfluß antikolonialistischer Agitatoren vollzog sich eine ethnische Flurbereinigung, die nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen Menschen zurück in ihre Herkunftsländer führte, zu denen teilweise kaum noch Beziehungen bestanden.

Am schlimmsten traf es die Algerienfranzosen. Frankreich hatte im 19. Jahrhundert mit Marokko, Algerien und Tunesien weite Teile der nordafrikanischen Küste besetzt. Nachdem Tunesien und Marokko 1956 widerwillig in die Unabhängigkeit entlassen worden waren, erklärten die Franzosen in einem Akt trotziger Selbstbehauptung Algerien zu einem integralen Bestandteil des französischen Mutterlands. „L'Algérie, c'est la France“ verkündete der junge François Mitterrand als Minister der IV. Republik. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Algerien und Oran über eine Million Franzosen, an der algerischen Küste wurde der

gleiche Wein angebaut wie an der Côte d'Azur, und die besten Böden gehörten den französischstämmigen Siedlern.

In einem blutigen Kolonialkrieg zwischen 1956 und 1962 mit schrecklichen Ausschreitungen auf beiden Seiten belehrten die algerischen Unabhängigkeitskämpfer der FLN die Franzosen eines Besseren. Unter der Drohung „Koffer oder Tod“ mußten 1,4 Millionen Franzosen nach der Ausrufung der algerischen Unabhängigkeit das Land verlassen. Da sie nichts mitnehmen durften, zerstörten viele ihr Eigentum und verließen Algerien nur mit dem, was sie tragen konnten. Wer blieb, riskierte Leib und Leben. Allein in Oran kam es 1962 bei franzosenfeindlichen Pogromen zu über tausend Morden, von denen kein einziger von offizieller Seite verfolgt wurde. Radikale Ideologen wie der Marxist Frantz Fanon verherrlichten dergleichen Gewaltexzesse in ihren Schriften als Katalysatoren bei der Entstehung neuer, freier Nationen.

Auf der anderen Seite waren die Algerienfranzosen in Frankreich keineswegs willkommen. Verächtlich als „pieds noirs“ („Schwarz-Füßer“) bezeichnet, wurden viele von ihnen zu Angehörigen einer neuen Unterschicht am Rande der französischen Großstädte. Kein Wunder, daß die Nachkommen dieser Remigranten zu den treuesten Wählern der Rechten wurden und ihrer verlorenen Heimat nachtrauerten. Ein wenig davon schwingt in Peter Scholl-Latours „Algerischem Stundenbuch“ mit, der Jahre nach der Vertreibung der Franzosen die nordafrikanische Küste besuchte. „Die Kolonistendörfer von einst waren ausschließlich von Arabern bewohnt. Wo die pieds noirs früher mit mediterraner Heiterkeit beim Pastis gelärrt hatten, saßen jetzt schweigende, in sich gekehrte Orientalen, die früh am Morgen einen Kaffee bestellten und den ganzen Tag in beschaulicher Untätigkeit verbrachten. In Zeralda wie in den meisten Ortschaften war die katholische Kirche mit Brettern vernagelt.“

Etwas anderes stellten sich die Verhältnisse bei der Auflösung des niederländischen Kolonialreiches im heutigen Indonesien dar. Hier lebten auf Java, Bali, Sumatra und den Molukken vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 100.000 Niederländer. Viele von ihnen waren als Angehörige der niederländischen Kolonialmacht während des Zweiten Weltkrieges vor den japanischen Invasoren geflohen. Der indonesische Unabhängigkeitskrieg führte noch einmal zu einer Rückwanderung von insgesamt 150.000 Niederländern, begleitet von zahlreichen Molukken, die die Niederländer in ihrem Kolonialkrieg gegen die Javaner unterstützt hatten.

Großbritannien, das seine Kolonien wenigstens im Ansatz auf die Unabhängigkeit vorbereitete und sie letztlich freiwillig entließ, war die einzige Macht, deren Bewohner in größerer Zahl in den ehemaligen Kolonialgebieten in Kenia, Indien, Pakistan, Malaysia, Hongkong oder Singapur bleiben konnten. Die nachkoloniale Geschichte zeigt übrigens, daß der rechtssichere Verbleib europäischer Minderheiten sich auf die demokratische Stabilität der neuen Staaten keineswegs negativ auswirkte, ganz einfach, weil die gut vernetzten weißen Minderheiten ausbeuterischen einheimischen Eliten erschwerten, Einparteiendiktaturen zu errichten.

Von allen Kolonialmächten hatte Portugal am längsten versucht, seine Überseebesitzungen zu behalten. Erst als die afrikanischen Kolonien Angola und Mosambik in den 1970er Jahren im Zuge blutiger Befreiungskriege und einer

Revolution im Mutterland unabhängig wurden, kam es auch hier zu einer Rückwanderung von etwa einer halben Million Portugiesen. In der Hochphase des Angolakrieges trafen zeitweise täglich tausend „Retornados“ (Rückkehrer) über eine Luftbrücke in Portugal ein. Für Besucher Lissabons der späten siebziger Jahre gehörte damals der Anblick der Zeltstädte der Retornados an der Peripherie der Hauptstadt zum gewohnten Anblick.

Mit der Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien im afrikanischen Süden hatte auch die Stunde der Europäer in Südafrika geschlagen. Nach der Wende am Kap und der Machtübernahme des ANC in Südafrika verließen ab 1991 weit über eine Million Weiße die südafrikanische Union. Die meisten kehrten nach Großbritannien zurück, viele aber gingen auch nach Australien und Neuseeland. Allerdings hat sich auch in der südafrikanischen Kapprovins eine nennenswerte weiße Minderheit bis heute erhalten, die ihr Möglichstes tut, die autoritären Tendenzen des herrschenden ANC zu bekämpfen. Wie heikel sich das Leben der weißen Minderheit im Alltag darstellt, hat der südafrikanische Nobelpreisträger J. M. Coetzee in seinem Roman „Schande“ eindringlich beschrieben.

Daß nach dem Zusammenbruch der Kolonialreiche die Angehörigen der ehemaligen Herrschichten remigrieren müssen, bewahrheitete sich auch nach dem Untergang der Sowjetunion nach 1991. Nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Kasachstan verließen zwischen 1992 und 2009 2,5 Millionen Russen Zentralasien, um nach Rußland zurückzukehren.

**Das Instrument der Remigration kann Europas Regierungen nicht rundheraus verweigert werden – auch wenn es immer humanitär und juristisch einwandfrei eingesetzt werden sollte.**

Das damit verbundene Leid und die endlose Liste zerbrochener Lebensentwürfe tauchen in keiner Statistik, sondern nur in der Literatur auf. In Andrej Wolos „Curamobod – Stadt der Freude“ wird die schrittweise Ausgrenzung und Stigmatisierung der russischen Minderheit in Tadschikistan beschrieben, bis es die meisten nicht mehr aushalten und das Land verlassen.

Wie unterschiedlich das Phänomen der Remigration betrachtet wird, je nachdem, wer Opfer und wer Täter ist, zeigt nicht zuletzt die erzwungene Ausweisung von 850.000 Juden aus arabischen Ländern zwischen 1947 und 1970. Diese „zweite jüdische Nakba“ gehört zwar nicht in die europäische Remigrationsgeschichte, und es handelte sich auch nicht wirklich um eine Remigration, der Vorgang verdeutlicht aber im Kontrast zum aktuellen palästinensischen Flüchtlingsproblem sehr plastisch die Doppelstandards, die beim Phänomen der Remigration gerne angewendet werden.

Die Ausweisung der Juden aus den arabischen Ländern vollzog sich als gewaltsame Expatriierung und betraf eine Bevölkerungsgruppe, die seit Jahrhunderten in arabischen

Ländern ansässig gewesen war. Die Regierungen dieser Länder, die in der offenen militärischen Konfrontation Israel nicht gewachsen waren, ließen ihren Zorn an ihren wehrlosen jüdischen Bürgern aus, unterwarfen sie Enteignungen und Pogromen bis hin zur gezielten Ermordung. Aus dem Jemen mußten 1949 die Juden mit einer Luftbrücke („Aktion fliegender Teppich“) überstürzt ausgeflogen werden, um einem genozidalen Massaker zuvorzukommen.

Im heutigen Nahostkonflikt ist allerdings nur von einer ganz anderen Remigration die Rede, nämlich der Forderung eines Rückkehrrechts der 700.000 palästinensischen Flüchtlinge, die 1948/49 während des ersten Nahostkrieges aus Israel geflohen waren. Da über die Vererbung des Flüchtlingsstatus inzwischen aus den 700.000 palästinensischen Flüchtlingen der Jahre 1948/49 eine Bevölkerung von 5,6 Millionen geworden ist, würde deren Remigration das Ende des Staates Israel bedeuten. Gleichwohl erscheint sie als zentrale Forderung auf jeder linken propalästinensischen Agenda.

Überblickt man im Abstand von mehreren Generationen die Geschichte der europäischen Remigration, dann erscheint sie, abgesehen von ihren gewalttätigen Begleiterscheinungen, im Vergleich zur aktuellen muslimischen Massenmigration nach Europa fast wie ein Sturm im Wasserglas. Auch wenn die Zahl der Zuwanderer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg oft als schockierend hoch empfunden wurde, wirkt sie im Vergleich zu den heutigen Zuwanderungszahlen geradezu bescheiden.

Auch was die Integration der Zuwanderer in die heimische Ökonomie betrifft, sind die Verhältnisse kaum vergleichbar. Von einer vergleichbaren Alimentierung der Neankömmlinge, wie sie heutige Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten erfahren, hätten die „pieds noirs“ und die „Retornados“ nur träumen können. Allerdings funktionierte die Integration der Remigranten besser. Nach weniger als einem Jahrzehnt hatten die Muttergesellschaften die europäischen Zuwanderer absorbiert. Davon wird man bei der gegenwärtigen Massenzuwanderung nach Europa nicht ausgehen können.

Denn inzwischen haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt. Europa sieht sich einer weitgehend ungesteuerten, millionenfachen muslimischen Massenzuwanderung gegenüber, die in Gänze die Funktionsfähigkeit der europäischen Staaten bedroht. Das politische Steuerungsinstrument der Remigration kann deswegen den europäischen Regierungen nicht rundheraus verweigert werden, auch wenn es nicht in der Brutalität angewandt werden sollte, denen die Europäer selbst nach dem Zweiten Weltkrieg unterworfen waren.

Etwas eine Million Syrer suchen derzeit in Deutschland Zuflucht. Nach dem Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad spricht prinzipiell nicht sagen, sie zur Rückkehr in ihre Heimat zu ermuntern.



**Dr. Ludwig Witzani,** Jahrgang 1950, studierte Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Philosophie und Psychologie in Köln, arbeitete im höheren Schuldienst und lebt zur Zeit als freier Reiseschriftsteller in Bonn.



Schiff von Vasco da Gama an Afrikas Küste geortet

BERLIN. Der portugiesische Seefahrer Vasco da Gama eröffnete 1497/98 den Seeweg nach Indien um das Kap der Guten Hoffnung. Dem folgten zwei weitere Reisen an die Malabarküste, wo da Gama dann am 24. Dezember 1524 im tropischen Kochi in Südindien starb. Auf seiner letzten Fahrt mit einer zwanzig Schiffe umfassenden Flotte verlor der nunmehrige Vizekönig und Admiral vor der Küste Kenias die Galeone „São Jorge“. 2013 entdeckte der Unterwasserarchäologe Caesar Bita vom National Museum of Kenya an der Küstenstadt Malindi in etwa sechs Metern Wassertiefe die Überreste eines alten Schiffes, das vor allem Kupferbarren und Elefantenzähne geladen hatte. 2024 erfolgte die genaue Untersuchung des Wracks durch Forscher unter der Leitung von Filipe Castro von der portugiesischen Universidade de Coimbra, wobei zahlreiche Indizien dafür gefunden wurden, daß es sich um die „São Jorge“ handeln könnte (Online-Ausgabe des *Journal of Maritime Archaeology* vom 18. November 2024). Obwohl Castro und dessen Kollegen noch weitere Tauchgänge zur Abklärung vornehmen wollen, sprechen andere Spezialisten für gesunkene Schiffe aus der Ära der Entdeckungsreisen wie der Brite Sean Kingsley bereits euphorisch von „archäologischem Sternenstaub“. Das geortete Schiff habe „einen bedeutenden historischen und symbolischen Wert als physisches Zeugnis für die Anwesenheit von Vasco da Gamas dritter Armada in kenianischen Gewässern“. (ts)  
► [www.link.springer.com/article/10.1007](http://www.link.springer.com/article/10.1007)

Frühe Alphabetschriften im heutigen Syrien entdeckt

BALTIMORE. Die Alphabetschrift revolutionierte das Schreiben, weil sie die Zahl der Schriftzeichen von einigen tausend auf maximal vierzig reduzierte. Nun vermochte im Prinzip jeder, das Kommunikationsmittel Schrift zu nutzen, denn es war keine Geheimwissenschaft für Auserwählte mehr. Bislang galt als sicher, daß die Alphabetschrift um 1900 v. Chr. im überägyptischen Wadi-el-Hol oder in den Bergwerken auf der Sinai-Halbinsel erfunden und später von den Phöniziern und Griechen weiterentwickelt wurde. Doch die erste Annahme muß nun als widerlegt gelten, nachdem der Professor für nahöstliche Archäologie an der Johns-Hopkins-Universität (JHU), Glenn Schwartz, bei seinen seit 16 Jahren laufenden Ausgrabungen in Tell Umm-el-Marra, einem städtischen Zentrum im Westen Syriens während der frühen Bronzezeit, vier gebrannte Tonzylinder mit offensichtlich alphabetischen Schriftzeichen gefunden hat. Denn diese Objekte stammen aus einem Grab, das auf rund 2400 v. Chr. datiert werden konnte (Pressemitteilung der JHU vom 27. November 2024). Eine Entzifferung der Inschriften war noch nicht möglich, vermutlich handelt es sich bei den Tonzylindern aber um Etiketten für Gefäße mit Inhaltsangaben. (ts)  
► [www.jhu.edu](http://www.jhu.edu)

Erste Sätze

Nietzsche und die Romantik! Ich bin es sicher, er selber, Nietzsche, hätte sich empört gegen solche Gruppierung.

Karl Jöel: Nietzsche und die Romantik, Jena 1905

# Wacht am Rhein als Vabanquespiel

**Ardennen 1944: Die letzte deutsche Großoffensive im Westen war eine Persiflage des Angriffs von 1940 / Erfolgreiche Vorstöße wurden rasch von der US-Übermacht zurückgeworfen**

DAG KRIENEN

Am 15. Dezember 1944 beschied der Oberbefehlshaber der 21. Heeresgruppe Generalfeldmarschall Bernard Montgomery seinen Truppen: „Der Feind kämpft heute einen Abwehrkampf an allen Fronten; seine Lage ist so, daß er keine größeren Offensivoperationen mehr führen kann.“ Am gleichen Tag fragte er bei dem alliierten Oberbefehlshaber in Westeuropa, General Dwight D. Eisenhower nach, ob er nicht über Weihnachten einen Urlaub in England verbringen könne, was Eisenhower bewilligte. Den Urlaub antreten konnte Montgomery indes nicht, denn am Tag darauf begann jene „größere Offensivoperation“ der Deutschen gegen die US-Stellungen in Belgien und Luxemburg, die praktisch alle alliierten Befehlshaber zuvor für ausgeschlossen gehalten hatten.

Montgomerys Feststellung zur deutschen Lage entbehrte allerdings nicht jeder Logik, denn diese war nach der alliierten Invasion in Westeuropa und den katastrophalen Niederlagen im Osten verzweifelt genug. In dieser Situation stellte die Verwendung der letzten militärischen Reserven für eine neue Großoffensive ein hochriskantes, gegen jedes vernünftige Kalkül verstößendes Vabanquespiel dar. Es entsprach jedoch Hitlers Mentalität, um jeden Preis immer wieder „zuschlagen“ zu wollen.

Der sich aufgrund des Wetters und erheblicher Versorgungsschwierigkeiten verlangsamende alliierte Vormarsch im Westen sowie der deutsche Abwehrerfolg gegen die alliierte Luftlandeoperation bei Arnheim Ende September erlaubten es der Wehrmacht, eine halbwegs stabile Frontlinie aufzubauen. Briten, Kanadier und US-Amerikaner konnten zwar weiterhin kleinere Erfolge erzielen und im Oktober Aachen sowie die Scheldemündung erobern, wodurch Antwerpen als ihr bald wichtigster Nachschubhafen genutzt werden konnte.



**Sturmgeschütz der Wehrmacht stößt in der Ardennenoffensive vor, 18. Dezember 1944:** Die deutschen Angriffsspitzen blieben überall hinter dem ursprünglichen Zeitplan zurück

Den Deutschen war es dennoch möglich, eine Reihe von gepanzerten Verbänden aus der Front herauszuziehen, aufzufrischen und angriffsfähig zu machen und neue Infanteriedivisionen aufzustellen, die für einen großen Gegenschlag verwendet werden sollten. Das Operationsziel einer neuen Großoffensive war zunächst umstritten. Der OB West, Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, und der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Walter Model plädierten für einen Zangenangriff gegen die feindlichen Armeen bei Aachen. Hitler und das OKW hingegen beharrten auf der großen Lösung, einem Vorstoß zur Maas und auf Antwerpen. Dadurch sollte nicht nur dieser Nachschubhafen erobert, sondern die gesamte britisch-kanadische 21. Heeresgruppe sowie zwei US-Armeen eingekesselt und vernichtet werden.

Ähnlich wie 1940 richtete sich der „Wacht am Rhein“ genannte Großangriff zunächst gegen eine relativ schwach besetzte feindliche Front in den nördlichen Ardennen. Zwischen Monschau und Echternach wurden dafür drei Armeen, die neu aufgestellte 6. (SS-)Panzerarmee, die 5. Panzerarmee sowie die 7. Armee bereitgestellt. Eingesetzt wurden acht Panzer- (davon 4 SS), zwei mit einer kleinen Panzerabteilung ausgestattete Panzergrenadier- sowie zwei Fallschirmjäger- und 15 „Volks-

grenadierdivisionen“. Bei letzteren handelt es sich um zumeist erst kurz zuvor – unter Verwendung der Reste älterer, an der Ost- oder Westfront zerschlagener Divisionen und vieler neuer unerfahrener Rekruten – aufgestellte Infanteriedivisionen. Die Panzerdivisionen verfügten in der Regel über rund hundert Kampfpanzer und Jagdpanzer, waren aber nicht alle voll aufgeföhrt. Von den überlegenen Tigern und Königstigern waren weniger als siebzig einsatzbereit. Die insgesamt gut 1.200 Panzer, Jagdpanzer und Sturmgeschütze bildeten zwar eine beträchtliche Streitkraft, litten aber unter einer kritischen Treibstoffversorgung. Tatsächlich war ohne das Erbeuten feindlicher Treibstoff-Depots an ein Erreichen des weitgesteckten Operationszieles nicht zu denken. Die deutsche Jagdwaffe war den alliierten Luftstreitkräften weit unterlegen, für den Luftschutz verließen sich die Deutschen auf eine Schlechtwetterlage, die die feindlichen Flugzeuge an den Boden fesselte.

**Rasche Verstärkungen der US-Armee erreichten die Ardennen**

Am 16. Dezember gelang die taktische Überraschung der in den Ardennen zunächst numerisch unterlegenen Amerikaner. Den am linken Flügel als Flankendeckung operierenden Infanterieverbänden der 7. Armee gelang es, die deutschen Vorstöße zu stoppen. War damit auch nicht gerechnet worden, blieben jedoch auch die Elite-Panzerdivisionen der 6. SS-Panzerarmee unter Sepp Dietrich schon bald vor rückwärtigen Stellungen der Amerikaner hängen. Nur der 5. Panzerarmee gelang es, tiefere Vorstöße, da deren Kommandant General Hasso von Manteuffel ein besonderes Angriffsverfahren wählte, mit dem ein Einsickern in die amerikanische Front in breitem Umfang gelang.

Allerdings blieben die Angriffsspitzen überall hinter dem ursprünglichen Zeitplan zurück, da die US-Truppen schneller als von den deutschen Stäben erwartet reagierten und rasch Verstärkungen von anderen Frontabschnitten in die Ardennen führten. Der 5. Panzerarmee gelang es zwar, den wichtigen Verkehrsknotenpunkt St. Vith einzunehmen sowie südlich davon den größten Teil einer US-Division einzukesseln und zur Kapitulation zu zwingen. Im Falle von Bastogne wurden die US-Amerikaner zwar eingeschlossen, doch hatten diese zuvor genug Verstärkung zuföhren können, um diesen Verkehrsknoten zu halten. Die Spitzen der 5. Panzerarmee stießen am 24. Dezember bei Dinant noch bis zu sechs Kilometern an die Maas heran, doch war damit ihre Angriffskraft erschöpft. Die Deutschen sahen sich nun an der Ardennenfront einer deutlichen Übermacht ihrer Gegner gegenüber.

Am 23. Dezember endete zudem die Schlechtwetterperiode, was die britischen und amerikanischen Jagdbomber fortan zu massiven Angriffen gegen die deutschen Truppen und ihren Nachschub nutzten. Am 26. Dezember mußte den deutschen Panzerverbänden das Fahren bei Tage untersagt werden. Am selben Tag gelang es US-Truppen, das belagerte Bastogne zu entsetzen. Von nun an mußten sich die Deutschen immer weiter zurückziehen. Zwar vermochten es die Alliierten nicht, sie in der durch den Angriff geschaffenen Ausbuchtung – in den USA ist die Ardennenschlacht unter dem Namen „Battle of the Bulge“ bekannt – einzukesseln, doch drängten sie sie bis Mitte Januar wieder in ihre Ausgangsstellungen zurück.

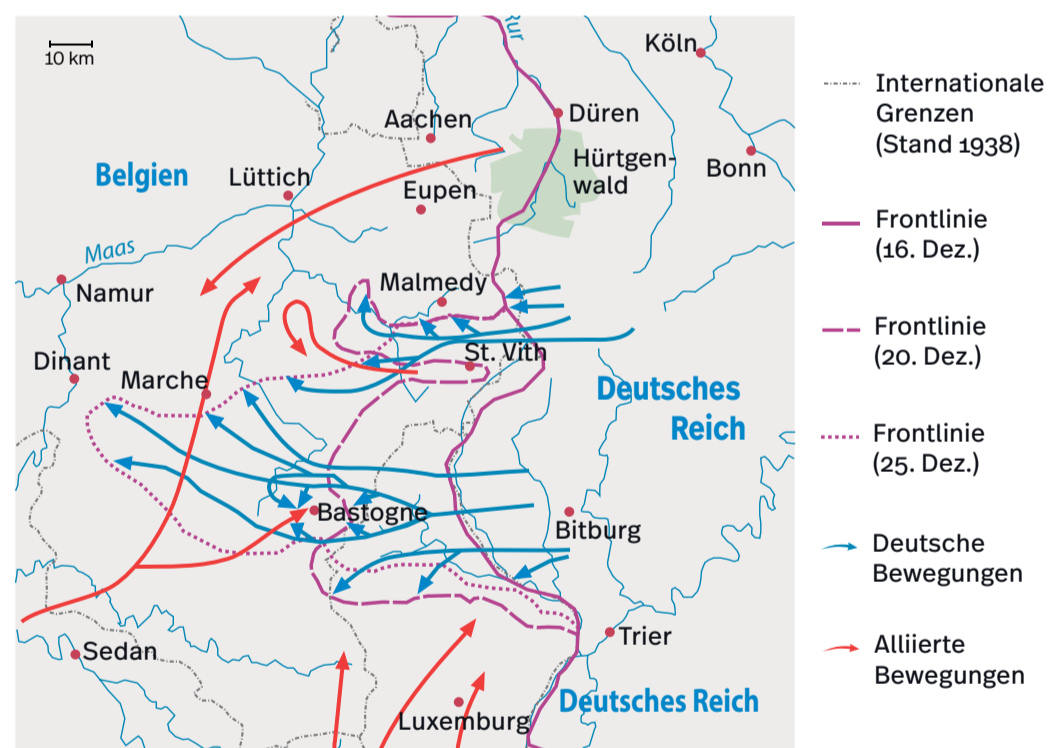
Der Luftwaffe gelang es nicht, durch einen überraschenden Luftangriff auf die alliierten Flughäfen in Belgien und Nordfrankreich am Neujahrsmorgen 1945 die massiven feindlichen Luftangriffe für mehr als ein paar Tage zu stören. Durch das meist von Jagdflugzeugen geflogene „Unternehmen Bodenplatte“ wurden zwar gut 300 feindliche Flugzeuge zerstört und weitere 200 beschädigt, doch gingen auch fast 300 eigene Flugzeuge verloren, auch durch eigene Flugabwehrgeschütze, die über das Unternehmen nicht vorab informiert worden waren. Am schwersten wog der Verlust von über 200 Piloten, darunter 22 erfahrene Verbandsführer, der die Reichsfluchtverteidigung massiv schwächte.

Auch ansonsten fiel die Bilanz der Ardennenoffensive für die deutsche Seite negativ aus. Zwar waren die deutschen Verluste mit rund 68.000 Toten, Verwundeten und Vermissten etwas geringer als die der Amerikaner und Briten mit etwa 88.000. Auch standen 550 verlorenen Panzern und Sturmgeschützen – von denen eine Reihe auf dem Rückzug mangels Treibstoff gesprengt werden mußten – rund 800 zerstörte alliierte Panzer gegenüber. Doch waren die Alliierten relativ rasch in der Lage, ihre Verluste zu ersetzen. Die Deutschen hatten hingegen ihre letzten operativen Reserven verbraucht für einen „Abklatsch“, ja eine Persiflage der Operation von 1940“, wie der deutsche Militärhistoriker Karl-Heinz Frieser in seinem Buch über die Westoffensive 1944 die deutsche Ardennenoffensive von 1944 genannt hat, weil dieser im Vergleich zu der von 1940 alle Voraussetzungen für einen operativen Erfolg fehlten.

Das von allen Seiten bedrängte Reich mußte für diese Farce einen hohen Preis zahlen. Am 6. Januar bat Churchill Stalin darum, zur Entlastung der Briten und Amerikaner den Druck auf die deutsche Ostfront zu erhöhen. Tatsächlich begann am 12. Januar die ursprünglich für den 20. Januar geplante sowjetische Großoffensive an der Weichsel, der die Wehrmacht dort kaum noch gepanzerte Verbände entgegenstellen konnte.

**Ardennenoffensive im Dezember 1944**

Die deutsche Operation „Wacht am Rhein“ gegen die an der Westfront vorrückende US-Armee



BRUNNEN, WIKIMEDIA

**Unsere nächsten Veranstaltungen:**



Harald Martenstein

**Es wird Nacht, Señorita**  
Gedanken über die Beglückungen der Gegenwart  
Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
15. Januar 2025, 19 Uhr

Foto: © Benjamin Zilber



Thomas Fasbender/  
Uwe Leuschner

**Der Eurasienkomplex**  
Warum und wie dem Westen die Zukunft entgleitet  
Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
29. Januar 2025, 19 Uhr

Foto: © Privat



Gunnar Schupelius

**Der gerechte Zorn**  
Eine kritische Liebeserklärung an Berlin  
Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
12. Februar 2025, 19 Uhr

Foto: © Ralf Günther



Karlheinz Weißmann

**Zwischen Reich und Republik**  
Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten  
Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
26. Februar 2025, 19 Uhr

Foto: © JF Edition

**BIBLIOTHEK DES KONSERVATISMUS**

Eintritt nur nach Anmeldung unter  
E-Mail: [veranstaltungen@bdk-berlin.org](mailto:veranstaltungen@bdk-berlin.org)  
Fax: 030 - 315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus  
Fasanenstraße 4  
10623 Berlin

Tel.: 030 - 315 17 37 25  
Web: [www.bdk-berlin.org](http://www.bdk-berlin.org)

**Ich wünsche allen eine Weihnachtszeit  
voller unvergesslicher Momente.  
Möge der Zauber der Weihnacht  
unser Zuhause erhellen und Frieden  
und Freude bringen.**



**PATRIOTS**  
FOR EUROPE

**ELISABETH DIERINGER**

**MdEP**

**HANS PAUL**

**Wolfskinder in Ostpreußen**

Hans Paul hat dem Elend und Leiden dieser kleinen verlorenen Seelen in einer spannenden und anrührenden Geschichte in romanhafter Form Ausdruck verliehen. Als eine Mutter, die mit ihren Kindern zu Fuß Ostpreußen in Richtung Litauen durchquert, an Entkräftung stirbt, müssen sich die Kinder alleine durchschlagen. 210 S., Pb.



Best.-Nr.: 98155 19,80 Euro

**LATIFE ARAB**

**Ein Leben zählt nichts – als Frau im arabischen Clan**

Latife Arab ist die erste weibliche Stimme, die aus dem inneren Kreis eines Clans berichtet und Einblicke in ein skrupelloses Familien- und Wertesystem gewährt. Es ist die Geschichte eines steinigen Neuanfangs und einer Emanzipation, die noch immer andauert – denn die Großfamilie lauert überall. 256 S., geb.



Best.-Nr.: 98141 22 Euro

**RAYMOND UNGER**

**Die Heimat der Wölfe**

Ungers Großeltern stammen aus einem Teil Moldawiens, früher Bessarabien genannt. In den eisigen Nächten wurde der Hof immer wieder von Wölfen angegriffen. In einer solchen Nacht beginnt das Buch, für das Raymond Unger persönliche Erinnerungen, Tonbandaufzeichnungen sowie Tagebücher von Familienmitgliedern auswertete. 224 S., geb.



Best.-Nr.: 98186 25 Euro

**BARBARA SKARGA**

**Nach der Befreiung**

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges wird eine junge polnische Frau von der sowjetischen Armee festgenommen, tagelang verhört und dann für zehn Jahre im Gulag inhaftiert: Dies ist das Schicksal Barbara Skargas, einer Frau und Philosophin, die mit ihrem scharfen Verstand und nicht zuletzt ihrem Humor einen Alptraum überlebte. 516 S., geb.



Best.-Nr.: 98142 28 Euro

**HARALD MARTENSTEIN**

**Es wird Nacht, Señorita**

Der vielfach preisgekrönte Kolumnist Harald Martenstein ist immer geistreich und unterhaltsam. Sein liebstes Werkzeug ist der gesunde Menschenverstand, sein Feindbild sind Nörgler, Besserwisser und Dogmatiker. Besonders gern nimmt er die Verwirrungen von Cancel Culture, Wokeness und politischer Korrektheit aufs Korn. 224 S., geb.



Best.-Nr.: 98137 22 Euro

**VERA LENGSFELD**

**Ist mir egal.**



Vera Lengsfeld erlebte Merkels Wandel hautnah und zeigt in der Retrospektive, wie sie die Partei und Deutschland Schritt für Schritt entkernte und damit den größten Teil des heutigen Niedergangs des Landes zu verantworten hat. Glaubwürdig, kompetent und spannend beschreibt Vera Lengsfeld diesen Prozess. 200 S., geb.

Best.-Nr.: 98219 25 Euro

**KLAUS-RÜDIGER MAI**

**Angela Merkel**



Nach Merkels Ausstieg aus der Politik wurden ihre Fehler unter großem Propagandaaufwand in Heldentaten umgemünzt – Klaus-Rüdiger Mai setzt in seiner kritischen Biographie der Ex-Kanzlerin Fakten gegen Legenden und widmet sich der Frage: Warum handelte Angela Merkel, wie sie handelte? 352 S., geb.

Best.-Nr.: 98112 26 Euro

**ALICE WEIDEL**

**Widerworte**

Alice Weidel lehnt sich gegen die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte auf: gegen Denkverbote, den übermäßigen Einfluss linker Ideologie und eine zu große Nähe von Journalismus und Politik. Mit analytischer Schärfe entwirft sie ein konservatives Manifest für Deutschland! 152 S., Pb.

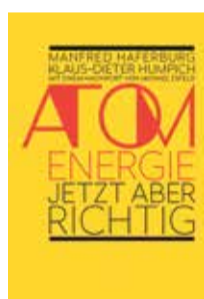


Best.-Nr.: 94175 14,99 Euro

**MANFRED HAFERBURG, KLAUS-DIETER HUMPICH**

**Atomenergie – jetzt aber richtig**

Es ist keine Frage ob, sondern lediglich wann »die dümmste Energiepolitik der Welt« (*Wall Street Journal*) – in Deutschland euphemistisch »Energiewende« genannt – beendet wird. Und was dann? Überall auf der Welt werden längst wieder die Weichen für die Kernenergie gestellt, CO<sub>2</sub>-frei wie bisher, aber intelligenter und preiswerter als je zuvor. 240 S., Pb.



Best.-Nr.: 98181 24 Euro

**BERND ZELLER**

**Freiheit**

Nun ist es halt da. Ein Buch, das nicht rückgängig gemacht werden muß, denn es ist hilfreich. Zumindest hat die Kanzlerin bisher nichts Gegenteiliges bestritten. In schonungsloser Offenheit gewährt sie Einblicke in die Zeiten, die sie begleitet hat. Wie sagte doch die Kanzlerin: »Sie kennen mich.« So ganz erst nach dieser Satire. 68 S., geb.



Best.-Nr.: 98210 20 Euro

**FRIEDRICH ECKARD BAUER**

**Deutschland im Schuld- und Sühnewahn**

Ein Buch mit starken Argumenten für die Besinnung auf das Eigene, auf unsere deutschen Traditionen und den Wert unserer nationalen Kultur. Ein grundlegendes Werk zur Gesundung Deutschlands, das das geistige Rüstzeug bietet für das Überleben zukünftiger Generationen in unserem Land. 166 S., Pb.



Best.-Nr.: 98020 19,80 Euro

**HANS HERBERT VON ARNIM**

**Macht braucht Kontrolle**

Die »politische Klasse« gestaltet die Regeln, die sie eigentlich zügeln sollen, selbst und oft in ihrem Sinne. Den Parteien geht es meist weniger um die Lösung der Probleme als um die Sicherung ihrer Interessen an Macht, Posten und Einkommen. Das hat Folgen auf allen Ebenen: für die Auswahl des politischen Personals ebenso wie für die Qualität der Politik. 368 S., geb.



Best.-Nr.: 98010 25 Euro

**THILO SARRAZIN**

**Deutschland auf der schiefen Bahn**

Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang: Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr, Millionen kulturfremde Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte. Der Staat zeigt sich überfordert. 300 S., geb.

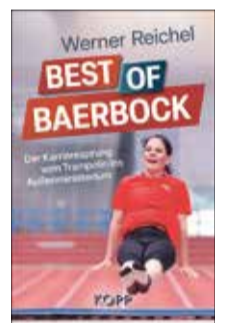


Best.-Nr.: 97623 26 Euro

**WERNER REICHEL**

**Best of Baerbock**

Werner Reichel hat in diesem Buch Baerbocks Versprecher, Fehlleistungen, Täuschungsmanöver und zentrale Aussagen akribisch aufgelistet und analysiert. Hinter der Fassade der naiven Klimaretterin und globalen Friedensstifterin verbirgt sich eine beinhardt linke Ideologin und Handlangerin globalistischer Netzwerke. 222 S., geb.



Best.-Nr.: 98056 22 Euro

Abbildungen können vom Original abweichen!

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor / Kurztitel	Euro

Bestelladresse  Kundennummer

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen. (Falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (Kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon  E-Mail

Datum   Unterschrift

**Datenschutzhinweis:**  
 Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.  
**Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter [jf.de/datenschutz](https://www.jf.de/datenschutz)

**Versand:** Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 40 Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 2,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse. EU: 12 Euro. Übriges Europa: 14 Euro. Welt: 18 Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin Fax: 030 - 86 49 53 - 40  
 Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25 · [www.jf-buchdienst.de](https://www.jf-buchdienst.de)

**MICHAEL KLONOVSKY**

**Alles für Buntland!**

Klonovsky bleibt bei seiner Chronik des deutschen Narrenfestes stets heiter, da ihm nie die Lust an Ironie, Sarkasmus und maliziöser Zuspitzung vergeht. Er schreibt brillant und ist obendrein ein gebildeter Plauderer. Seine Notate sind für den empfänglichen Leser ein Vergnügen. Manchmal sogar ein Trost.

448 S., geb.  
**Best.-Nr. 98248**  
**26 Euro**



**NEU**





FOTO: PICTURE ALLIANCE / CAGO

**Wahlplakat der CDU mit der Merkel-Raute, Berlin 2013:** Die derzeitige Verfassung der EU-Schuldenunion ist maßgeblich durch Angela Merkels Entscheidungen geprägt worden

# Nicht für die Freiheit der Bürger regiert

Die Erinnerungen Angela Merkels schweigen sich über politische Schlüsselereignisse ihrer Kanzlerschaft weitgehend aus

JOACHIM STARBATTY

Konrad Adenauer und Helmut Kohl haben ihre Erfahrungen als Bundeskanzler unter dem Titel „Erinnerungen“ vorgelegt. Angela Merkel hat ihren Erinnerungen den programmatischen Titel „Freiheit“ gegeben. Sie hat aber nicht ausgeführt, wie sie sich als Kanzlerin für die Freiheit der Bürger eingesetzt hat. In demokratisch verfassten Staaten besteht die freiheitssichernde Macht der Bürger darin, daß sie Regierungen bestätigen oder abwählen können und die von ihnen gewählten Abgeordneten in ihrem Sinne auf die Politik einwirken. Wir wollen prüfen, ob sich Angela Merkel bei ihren Entscheidungen am Willen des Parlaments orientiert hat oder ob die Abgeordneten die Entscheidungen der Kanzlerin bloß abgenickt haben. Wir greifen die Europäische Währungsunion (EWU) als ein Politikfeld heraus, das jetzt und in Zukunft das Leben der Bürger bestimmt. Die derzeitige Verfassung der EWU ist maßgeblich durch Angela Merkels Entscheidungen geprägt worden.

## Keine Hinweise auf das 2010 geschmiedete Euro-Rettungspaket

Angela Merkel schreibt, daß Helmut Kohl ihr mit der Gründung der EWU eine schwere Hypothek hinterlassen habe. Sie hat recht. Um den Bestand der Europäischen Union zu sichern, hatte Kohl den Forderungen von François Mitterrand nachgegeben und die D-Mark geopfert. Eine Währungsunion kann als Stabilitätsunion nur überleben, wenn sich deren Mitglieder an gemeinsame Regeln halten. Die EWU begann mit Vertrags-

brüchen. Besonders kraß war der Fall „Griechenland“. Wegen unsolider Haushaltsführung stand dieses Land im Frühjahr 2010 unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Angela Merkel hatte zunächst im Bundestag gemeinsam mit Wolfgang Schäuble für ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone plädiert. Doch wurde der politische Druck auf Angela Merkel und auch der Druck europäischer Banken, die bei einem Ausscheiden Griechenlands erhebliche Verluste erlitten hätten, immer stärker.

Sie hat schließlich nachgegeben. Bundestag und Bundesrat haben in aller Eile ein Rettungspaket geschürt, das am 8. Mai 2010 in Brüssel zusammen mit Paketen aus anderen Staaten verabschiedet werden sollte. Die Öffentlichkeit erfuhr am Morgen des 9. Mai 2010, daß die Staats- und Regierungschefs nicht bloß Griechenland vor dem Konkurs bewahrt, sondern zusätzlich einen Rettungsschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro beschlossen hatten – eine Entscheidung an den nationalen Parlamenten vorbei. In der Nacht vom 8. auf 9. Mai muß es heiß hergegangen sein, doch klären weder ein Protokoll noch offizielle Statements darüber auf, wie diese Entscheidung zustande gekommen war. Auch Merkel schweigt sich in ihren Erinnerungen darüber aus. Wenige Tage später hat sie im Bundestag über diese Beschlüsse abstimmen lassen. Doch lag noch kein Gesetzestext vor; an dem wurde noch in britischen Kanzleien gefeilt.

Diese Nacht hat Europa verändert. In Artikel 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) war vereinbart worden, daß weder ein einzelnes Mitgliedsland noch die Gemeinschaft für die finanziellen Verpflichtungen eines Mitgliedsstaates einstehen – die sogenannte „No-Bailout-Klausel“. Ein Mitgliedsstaat war selbst für finanzielle Stabilität verantwortlich, wenn er ein Ausscheiden aus der Eurozone vermeiden wollte.

Wenn sich dagegen ein Land bei Notlagen an die Gemeinschaft wenden kann, ist der Einstieg in den Währungssozialismus vollzogen. Die weiteren währungspolitischen Entscheidungen zur Absicherung der EWU waren Konsequenz dieser politischen Weichenstellung. Dazu gehört die zwischen den Regierungschefs abgestimmte Bürgerschaftserklärung, die Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einer Investorenkonferenz in London am 29. Juli 2012 abgegeben hat: Die EZB steht hinter dem Euro –

„whatever it takes“. Dazu gehört auch die faktische Finanzierung der Staatshaushalte über den Ankauf von Staatsanleihen über die Sekundärmärkte. Damit war die Aufgabenstellung für die EZB überdeterminiert: Zusammenhalt der EWU einerseits und Sicherung der Geldwertstabilität andererseits. Bei Konflikten war für die EZB der Zusammenhalt der EWU vorrangig. Diese Entwicklung hat sich ohne Mitwirkung des Parlaments vollzogen.

## Merkels Politik hat das finanzielle Fundament der Bürger ausgehöhlt

Es tat sich noch einmal eine Möglichkeit auf, den Weg in die Schuldenunion zu stoppen. Griechenland blieb das Sorgenkind in der EWU. Es war den Auflagen zur Sanierung des Staatshaushalts nicht nachgekommen. Im Frühsommer 2015 kulminierte die Krise derart, daß die Mehrheit der Finanzminister der Eurozone – bis auf Griechenland, Frankreich, Italien und Zypern – nicht mehr bereit waren, Griechenland weiter zu kreditieren. Griechenland hätte aus der Eurozone ausscheiden müssen. Doch dann intervenierte der französische Staatspräsident François Hollande bei Angela Merkel. Die Konsequenz war, daß die Regierungschefs sich gegen das Votum ihrer Finanzminister aussprachen. Schäuble wurde von seinen Kollegen gefragt, warum die Kanzlerin ihm in den Rücken gefallen sei. Er beugte sich – obwohl entschieden anderer Meinung – dem Votum seiner Kanzlerin, da sie die europäischen Konsequenzen einer Staatspleite Griechenlands nicht in den Weg stellen dürfe. Der Verbleib Griechenlands signalisierte, daß die Mitgliedschaft in der EWU auf ewig festgeschrieben sei. Dann ist nationale finanzpolitische Solidarität zweitrangig. Jüngstes Beispiel ist Frankreichs Schuldenlawine.

Ein weiteres Beispiel für Angela Merkels Entscheidungen, die sie ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen hat, war die Einrichtung eines Fonds, den sie zusammen mit Emmanuel Macron zur finanziellen Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise konzipiert hatte. Erstmals sollte die EU-Kommission ermächtigt werden, sich die für den Fonds notwendigen

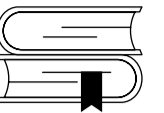
Mittel am Kapitalmarkt zu besorgen. Der Fonds umfaßt inzwischen 806,9 Milliarden Euro. Eine finanzielle Praxis, bei der die einen haften und die anderen das Geld ausgeben, hatte Deutschland bisher strikt abgelehnt – „mit guten Gründen“, wie die Kanzlerin selbst sagt. Sie fügt hinzu: „Aber jetzt war der richtige Zeitpunkt, über meinen Schatten zu springen.“ In Wahrheit ist sie nicht über ihren Schatten, sondern über den ihrer Bürger gesprungen. Diese müssen einspringen, wenn ein anderes Land nicht mehr für Zinsen und Schulden aufkommen kann. Angela Merkels CDU/CSU-Fraktion sah sich gezwungen, dem Arrangement von Macron und Merkel im Bundestag zuzustimmen, weil sonst die eigene Regierung zu Bruch gegangen wäre.

Eine Besonderheit zum Schluß. Im Personenregister wird Angela Merkels Mann, Joachim Sauer, öfter genannt als jede andere Person, obwohl er auf der politischen Bühne keine Rolle gespielt hat. Doch läßt Merkel Vorgänge unerwähnt, die den Leser wirklich interessiert hätten. Nach dem Ende der Amtszeit des EZB-Präsidenten Mario Draghi hätte Jens Weidmann sein Nachfolger werden sollen. Alle Welt hatte sich darauf eingestellt. Zur Überraschung aller Zuschauer zauberten Macron und Merkel plötzlich Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin aus dem Hut. Damit war der Weg für Weidmann versperrt. Nun konnte Emmanuel Macron Christine Lagarde, die frühere französische Finanzministerin, als EZB-Präsidentin inthronisieren. Warum Merkel weder Axel Weber, den früheren Bundesbankpräsidenten, noch Jens Weidmann als EZB-Präsidenten sehen wollte, kann nur vermutet werden. Die deutschen Kandidaten hätten sich an die rechtlichen Vorgaben gehalten und nicht politischen Zumutungen gebeugt. Deswegen waren sie nicht gewählt.

Das Urteil, ob Angela Merkel für die Freiheit der Bürger gearbeitet hat, lautet „Nein“. Die Abgeordneten konnten nicht im Sinne ihrer Wähler auf die Politik Einfluß nehmen; sie sahen sich vielmehr gezwungen, Merkels Vorgaben zu folgen. Merkels eigenmächtige Politik hat das finanzielle Fundament der Bürger ausgehöhlt: Die Schuldenunion schwebt wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Bürger.

■ Interview Seite 3  
■ Beitrag Seite 6

Frisch gepreßt

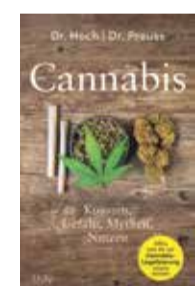


**Nida-Rümelin.** Nur sehr kurz, von 2001 bis 2002, gehörte der sozialdemokratische Münchner Kulturreferent Julian Nida-Rümelin der rot-grünen Bundesregierung an. Zu diesem schnellen Abgang und zur Rückkehr ins akademische Amt trug wesentlich das Image des häufig abwesenden, deswegen mit dem Spitznamen „Nie-da“ belegten Kulturstaatsministers bei. In einer Mischung aus Autobiographie und Zeitdiagnose geht Emeritus Nida-Rümelin zwar auch auf diese Episode seiner Karriere detailliert ein, zeigt aber über die längste Strecke keine Neigung, Politik anekdotisch zu personalisieren. Stattdessen erörtert er gesellschaftliche Probleme, über die er als Vertreter der praktischen Philosophie und politischen Theorie an der Universität München gearbeitet hat: ethische Dimensionen von Gentechnik, Biotechnologie, Künstlicher Intelligenz, digitaler Transformation, Transhumanismus. Zudem widmet sich der langjährige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Philosophie weltpolitischen Phänomenen wie dem Ukrainekonflikt, der Demokratie und Wissenschaft bedrohenden Cancel Culture, der Masseneinwanderung, die der SPD-Mann erfrischend undogmatisch kommentiert („reale Undurchführbarkeit des Asylrechts“) und der „dürftigen Ausbildung von Politikern“. Um hier nicht in Abgründe blicken zu müssen, schweigt des Sängers Höflichkeit über ein Musterexemplar dieser Gattung, seine grüne Nach-Nachfolgerin Claudia Roth mit ihrem abgebrochenen Theaterwissenschaftsstudium. (wm)



**Julian Nida-Rümelin:** Ähren im Wind. Politische Orientierung in fordernder Zeit. Piper Verlag, München 2024, gebunden, 301 Seiten, 24 Euro

**Cannabis.** Für die einen war die Legalisierung der Droge überfällig, für andere ist sie eine Katastrophe. Macht Kiffen dumm? Ist es eine Einstiegsdroge? Oder doch erheblich weniger ungesund als Alkohol und Nikotin? Kann der Konsum sogar Krebs heilen? Diesen und weiteren Mythen geht das Buch der Psychologieprofessorin Eva Hoch und des Psychiaters und Suchtforschers Ulrich Preuss auf den Grund. Die Herkunft der Pflanze, die psychischen und physischen Risiken für Konsumenten und die Milliardenindustrie hinter dem Rausch – alles wird hier behandelt. Die Autoren wollen damit „möglichst aktuell, objektiv und undogmatisch den aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand zu den Risiken und dem Potential von Cannabis“ zusammenfassen. Auch Betroffene kommen zu Wort. Besorgte Eltern, suchtkranke Konsumenten, aber auch ein 45-jähriger Geschäftsführer, dessen chronische Tics und motorischen Störungen nach einer Therapie mit einem medizinischen Cannabisprodukt erheblich weniger wurden. (st)



**Eva Hoch, Ulrich W. Preuss:** Cannabis – Konsum, Gefahr, Mythen, Nutzen. Verlag Langen Müller, München 2024, gebunden, 166 Seiten, 20 Euro



**Angela Merkel, Beate Baumann:** Freiheit. Erinnerungen 1954–2021. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2024, gebunden, 736 Seiten, Abbildungen, 42 Euro

ALAIN DE BENOIST



Eine Streitschrift gegen den Selbstmord des Planeten: Es ist höchste Zeit für eine Abkehr vom blinden Technikglauben und vom Konsumfetisch, höchste Zeit für eine »Entkolonisierung des Vorstellungsvermögens«, eine Rückbesinnung auf Werte, die nicht der Markt bestimmt. 176 S., Pb.

Best.-Nr. 97602, 10 Euro

Neuauflagen



Die Rhetorik der Menschenrechte ist in den gegenwärtigen Debatten um Politische Korrektheit, Genderfragen und Transsexualismus sowie um Masseneinwanderung und »kulturelle Aneignung« wieder stark auf dem Vormarsch. Doch läßt die Menschenrechtsideologie sich mit der kulturellen Vielfalt unter einen Hut bringen, oder muß sie sie zerstören? 132 S., Pb.

Best.-Nr. 97601, 10 Euro

JF Edition

jf-buchdienst.de

Google-KI soll genauere  
Wettervorhersagen liefern

LONDON. Fortschritte im Bereich des maschinellen Lernens (ML) ermöglichen neue Wettervorhersagemodelle. Das aktuelle ML-Wettermodell GenCast, das Künstliche Intelligenz (KI) der Google-Firma KI von DeepMind nutzt, soll sogar besser sein als die ENS-Vorhersagen des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW). GenCast wurde mit Jahrzehnten von Wetterdaten bis 2018 trainiert, getestet wurde es an Wettervorhersagen für das Jahr 2019. Bei 97,2 Prozent der 1.320 Tests sei die Genauigkeit um ein Fünftel höher als bei ENS. Das zeigen DeepMind-Experten um Ian Price in einem *Nature*-Beitrag (616/24). Auch die Vorhersage von Extremwetterlagen, Tropenstürmen und der Windenergieerzeugung sei besser. „Die Wettervorhersage steht vor einem grundlegenden methodischen Wandel“, prognostizierte Sarah Dance, Informatikprofessorin an der University of Reading, im Londoner *Guardian*. Aber es blieben Fragen offen, denn die DeepMind-Autoren haben nicht beantwortet, ob ihr System auch den wichtigen „Schmetterlingseffekt“, die Kaskade schnell wachsender Unsicherheiten, erfaßt. Es liege daher „noch ein langer Weg vor uns, bis ML-Ansätze physikalisch basierte Vorhersagen vollständig ersetzen können“, so Dance. (fis) ► [nature.com/articles/s41586-024-08252-9](https://www.nature.com/articles/s41586-024-08252-9)

Bauernverband: Biogas ist  
Teil unseres Erfolgsmodells

TELTOW. Der Landesbauernverband Brandenburg (LBV) hat vor einem Aus der Biomasseanlagen gewarnt. „Eine stabile Energiegewende ist nur im Mix mit der Bioenergie aus den Biogas-Anlagen der Landwirtschaft möglich“, erklärte LVB-Vizepräsident Heiko Terno auf der Biogasfachtagung der Industrie- und Handelskammer Potsdam. Biogas sei „Teil unseres Erfolgsmodells – und das darf nicht aufs Spiel gesetzt werden“, so der Geschäftsführer des AWO-Reha-Guts Kemnitz. Das Landwirtschaftsministerium von Cem Özdemir lehnt den schwerpunktmäßigen Anbau von Energiepflanzen ab und dringt darauf, Biomasseanlagen künftig nur noch mit Abfall- und Reststoffen sowie Güllevergärung zu betreiben. Für die Bauern seien die Zusatzlöse aus der Energieeinspeisung in die angeschlossenen Nahwärmenetze jedoch ein fester Bestandteil ihres Betriebseinkommens, der ohne die Vergütung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht mehr zu erwirtschaften sei, so Terno. (fis) ► [www.biogas-ist-zukunft.de](https://www.biogas-ist-zukunft.de)

EU-Verpackungsrichtlinie:  
Zielvorgaben schon erfüllt

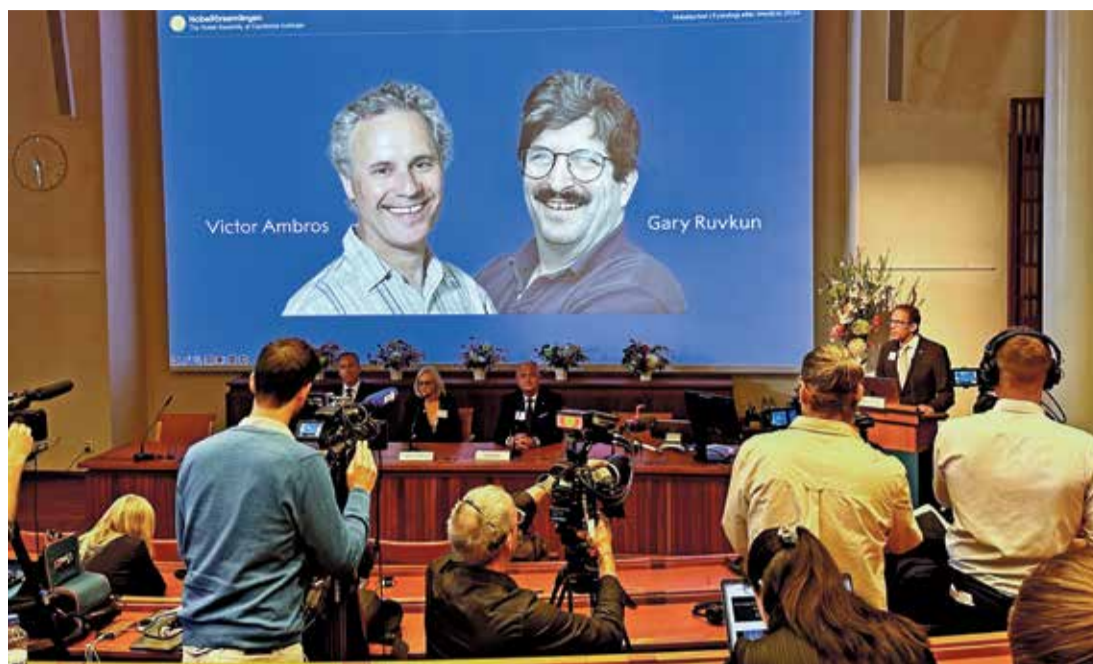
DESSAU. Der Verpackungsverbrauch ist 2022 um 675.000 Tonnen auf 19 Millionen Tonnen gesunken. Trotz des Rückgangs sei dies aber der zweithöchste bisher registrierte Verpackungsverbrauch und 18,8 Prozent mehr als 2010. Beim Recycling von Verpackungsabfällen sei Deutschland mit einer Quote von 68,5 Prozent jedoch „auf einem guten Weg“ und habe bereits alle Zielvorgaben der EU-Verpackungsrichtlinie für das Jahr 2025 erfüllt, erklärte Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes. Nur bei Plastikverpackungen müsse die Recyclingquote erhöht werden. Auch das weitgehende Verbot von „leichten Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke kleiner 50 Mikrometern“ werde im Handel- und Gastgewerbe teilweise weiterhin unterlaufen. (fis)

## Doch kein genetischer Müll

Die von Victor Ambros und  
Gary Ruvkun entdeckte  
microRNA kann die Medizin  
umfassend revolutionieren

JÖRG SCHIERHOLZ

Am 10. Dezember wurden in Stockholm die diesjährigen Nobelpreise überreicht. Den für Medizin bekamen die US-Forscher Victor Ambros (UMass Chan Medical School) und Gary Ruvkun (Harvard Medical School) für die bahnbrechenden Entdeckungen bezüglich der microRNA. Mit gutem Grund, da diese winzigen Moleküle bei einer ganzen Reihe von Krankheiten wie Krebs, Autoimmunerkrankungen und Herz- und neurologischen Erkrankungen an der Schwelle zur Anwendung stehen. Die größere Messenger-RNA (mRNA) trägt den Bauplan für die Produktion von Proteinen in Zellen – im Gegensatz zu der nicht-kodierenden, kurzketigen microRNA, welche bislang wegen ihrer vermeintlichen Nutzlosigkeit auch als genetischer Müll bezeichnet wurde. Ambros und Ruvkun entdeckten jedoch, daß diese microRNA die Entwicklung von Organismen beeinflussen und dafür sorgen kann, daß bestimmte Proteine zur rechten Zeit im richtigen Körpergewebe in der benötigten Menge produziert werden. Mutationen der microRNA hingegen können an der Entstehung von Tumoren, der Herzinsuffizienz, des angeborenen Hörverlustes oder Sehstörungen beteiligt sein. Eine microRNA kann Tumor-hemmende Gene unterdrücken und damit die Entstehung oder das Fortschreiten von Krebs begünstigen. Potentiell könnten microRNA oder darauf abgestimmte Wirkstoffe auch das Immunsystem gegen Krebs aktivieren. Über die Brustdrüse in die Muttermilch abgegebene microRNA spielt möglicherweise eine wichtige Rolle für die Regulierung, bei der Reifung der angeborenen Immunität im Darm,



Pressekonferenz zum Medizin-Nobelpreis 2024: Essentiell bei der Proteinherstellung

sowie bei der Entwicklung des Mikrobioms des Kindes. Somit hat man in Zukunft ein faszinierendes Werkzeug, um Krankheitsprozesse zu verlangsamen oder Heilungsprozesse zu optimieren. Weit fortgeschritten ist ein in Hannover entwickelter Wirkstoff (CDR132L), welcher eine microRNA bindet, die für das Fortschreiten der Herzinsuffizienz mitverantwortlich ist. Momentan wird eine breit angelegte Studie mit knapp 300 Patienten nach Myokardinfarkt und einem microRNA-Ansatz durchgeführt. Die Cardior Pharmaceuticals GmbH testet diesen Ansatz auch gegen Nieren- und Lungenerkrankungen. Der dänische Pharmakonzern Novo Nordisk – bekannt für die Abnehmspritze Wegovy – hat im April Cardior für etwa eine Milliarde Euro übernommen. Möglicherweise auch, da sich diese kleinen Moleküle zusätzlich bei der Diagnostik von Krebs, Alzheimer und anderer neurologischer Erkrankungen einsetzen lassen.

Der Chemie-Nobelpreis ging an David Baker (University of Washington), Sir Demis Hassabis und John Jumper – und auch hier gibt es eine

medizinische Komponente. Denn Baker wurde für „rechnergestütztes Proteindesign“ ausgezeichnet. Proteine als zentraler Bestandteil des Lebens werden auf zellulärer Ebene erst in ihrer dreidimensionalen Faltung aktiv, um ihre Funktion beispielsweise als Katalysator, Transportprotein zellulärer Substanzen oder als Antikörper gegen Infektionserkrankungen zu erfüllen. Bakers Arbeitsgruppe entwickelt Proteine, die auch für Pharmazeutika und Impfstoffe eingesetzt werden können. Hassabis und Jumper erhielten den Preis für die Vorhersage der komplexen Strukturen von Proteinen mittels ihres KI-Modells „AlphaFold2“. Das wird global genutzt, um beispielsweise bei Antibiotika-Resistenzen oder beim Einsatz von Enzymen zum Abbau von Kunststoffen zu helfen. Hassabis ist Chef der Google-Tochterfirma DeepMind, der 39-jährige Jumper ist dort Direktor. Er zählt laut *Time*-Magazin zu den 100 einflussreichsten Menschen in der KI-Welt.

► [www.nobelprize.org/prizes/medicine/2024/advanced-information](https://www.nobelprize.org/prizes/medicine/2024/advanced-information)

## Aus einem Labor in Wuhan entwichen

Brisanter Bericht des US-Repräsentantenhauses zum Ursprung des Coronavirus / Scharfe Maßnahmenkritik

MATHIAS PELLACK

Die Debatten um den Ursprung des Coronavirus und die Covid-19-Politik kochen weiter. Ein 520seitiger Bericht im Auftrag des US-Repräsentantenhauses kommt zu dem Schluß, daß Sars-CoV-2 mit hoher Wahrscheinlichkeit aus einem Labor des Wuhan Institute of Virology (WIV) entwichen ist. Grundlage dafür sind neue Beweise, die auf Gain-of-Function-Forschung hinweisen. Dabei werden Viren gezielt infektiöser oder gefährlicher gemacht, um künftige Pandemien besser vorhersehen zu können. Ein Teil dieser Forschung wurde durch US-Gelder unterstützt.

Der Bericht der von Republikanern dominierten Kongresskammer verweist auf Vorschläge aus dem Jahr 2018, Sars-ähnliche Viren mit den Eigenschaften von Sars-CoV-2 zu erschaffen. Auch demokratische Abgeordnete erkannten die „Laborthese“ als plausibel an. Die Möglichkeit einer Zoonose (natürliche Übertragung von Tieren auf Menschen) wird aber nicht ausgeschlossen. Diese Untersuchung hat die Frage nach der Rolle der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft neu entfacht. Der Hamburger Physiker Roland Wiesendanger und der Berliner Virologe Christian Drosten gerieten 2022 in einen öffentlichen Streit über

den Ursprung des Coronavirus. Wiesendanger argumentierte, daß Sars-CoV-2 durch einen Laborunfall im WIV entstanden sein könnte. Er wies in dem Zusammenhang auf die Gefahren durch die Gain-of-function-Forschung hin. Drosten warf er vor, die Öffentlichkeit über den Ursprung der Pandemie gezielt getäuscht zu haben.

Die Kollateralschäden der Covid-  
Politik erkennen und lindern

Drosten hatte sich zusammen mit 26 anderen Wissenschaftlern in einem Brief in *The Lancet* schon im Februar 2020 auf die Zoonose-Theorie des Sars-CoV-2 Ursprungs festgelegt – und die Laborthese als „Verschwörungstheorie“ bezeichnet. Er zog gegen Wiesendanger vor Gericht. Die Berufung des Verfahrens beim Hanseatischen Oberlandesgericht ergab am 6. Dezember 2022, daß Wiesendanger Drosten keine gezielte Täuschung der Öffentlichkeit mehr vorwerfen darf. Von einer „Desinformationskampagne“ zu sprechen sei aber möglich.

Parallel zur Diskussion um den Virus-Ursprung beleuchtet der Bericht auch die Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Lockdowns hätten der Wirtschaft sowie der mentalen Gesundheit der Amerikaner „unnötig geschadet“. Medizinische Behandlungen

wurden aufgeschoben, psychische Erkrankungen nahmen dramatisch zu, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Die monatelangen Schulschließungen führten zu erheblichen Lernrückständen, die insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien hart traf. „Trotz fehlender wissenschaftlicher Grundlage wurden Impfpässe de facto zu einem Lockdown für nicht geimpfte Amerikaner.“

Und weiter hätten die ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage beschlossenen Maßnahmen und die sie flankierende Propagierung der Regierungen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung geführt. Die Akzeptanz staatlicher Eingriffe habe abgenommen, und das Vertrauen in Institutionen wurde nachhaltig geschädigt. Alternative milde Strategien, wie ein stärkerer Schutz der Risikogruppen bei gleichzeitiger Offenhaltung der Gesellschaft, hätten besser untersucht und umgesetzt werden können. Der US-Bericht unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenden Aufarbeitung der Corona-Krise. Insbesondere die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik steht dabei immer wieder im Fokus. Das Repräsentantenhaus meint: „Es ist nie zu früh, den Kollateralschaden der Covid-Politik anzuerkennen und damit zu beginnen, ihn zu lindern.“

► [oversight.house.gov/wp-content/uploads/2024/12/12.04.2024-SSCP-FINAL-REPORT.pdf](https://oversight.house.gov/wp-content/uploads/2024/12/12.04.2024-SSCP-FINAL-REPORT.pdf)

Umwelt

Schwung  
mit Steuergeldern

Von Jörg Fischer

Die 2016 unter Angela Merkel eingeführte und von der Ampel 2023 endlich abgeschaffte Kaufprämie für E-Autos kostete die Steuerzahler zehn Milliarden Euro. Profitiert von dieser Umverteilung von unten nach oben haben solvente Neuwagenkäufer und die E-Autobranche im In- und Ausland – gestört hat das weder Gewerkschaftler noch linke Politiker, denn der „Umwelbonus“ diente angeblich der CO<sub>2</sub>-Einsparung. Als jetzt durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Magdeburg bekannt wurde, daß die landeseigene Investitionsbank Sachsen-Anhalt 2020 einem Unternehmer gut 50.000 Euro für den Kauf eines 150.000 teuren Porsche Taycan 4S spendiert hat, erwachte plötzlich der Sozialneid: Von „Skrupellosigkeit“ sprach Linken-Fraktionschefin Eva von Angern. CDU, SPD und Grüne waren kleinlaut, stammt doch das damalige Förderprogramm für Energieeffizienz aus ihrer gemeinsamen fünfjährigen Regierungszeit.

42 Millionen Euro für die  
klimaneutrale Transformation  
der Wirtschaft im klammen  
Sachsen-Anhalt.

Dabei hatte der Firmeninhaber fast alles richtig gemacht: Er verkaufte seinen Porsche mit Verbrennungsmotor, schaffte sich ein E-Auto „Made in Germany“ statt eines klapprigen Tesla S aus dem bösen Trump-Land an und verließ so der „klimaneutralen Transformation der Wirtschaft im Land weiteren Schwung“. Nur den vierstelligen Zuschuß für Extras wie eine vernünftige Audioanlage gönnten ihm die Verwaltungsrichter nicht – das sei „individueller Luxusaufwand“. Dabei ist Unterhaltung essentiell, wenn der S4 oft schon nach 250 Kilometern zügiger Autobahnfahrt mit fast leerem 800-Volt-Akku an die Ladesäule muß. Auf den besseren Taycan Turbo GT zu hoffen ist allerdings vergeblich: Die E-Auto-Subventionierung durch Landesgelder wurde schon im Sommer 2021 gestoppt. Das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt Energie“ wurde jedoch von der Deutschland-Koalition wiederbelebt: Mit 42 Millionen Euro werden Firmen „bei der energieeffizienten Erneuerung von Gebäuden, dem Austausch ineffizienter technischer Anlagen sowie der Installation erneuerbarer Energiequellen“ subventioniert. Gleichzeitig stehen 22 marode Brücken in Sachsen-Anhalt „unter verschärfter Beobachtung“. Dafür ist natürlich kein Geld da.

## Erkenntnis

„Wer Buchhalter werden will, kann meinetwegen BWL studieren. Alle anderen sollten es lassen. Ich hätte ein Start-up gründen oder Naturwissenschaften studieren können. Physik oder Biologie oder was auch immer, alles wäre besser als BWL gewesen. Das waren echt zu viele verschwendete Jahre.“

Rolf Dobelli, früherer Swissair-Manager und Gründer des Luzerner getAbstract-Verlags

Jetzt  
freischalten:  
Gratis-Monat  
sicher

IHR DIGITALER ZUGANG.

Einfach registrieren  
und weiterlesen.

- Alle Artikel auf JF online frei
- Die JF schon jeden Mittwoch als E-Paper und via App
- Frei mitdiskutieren im Kommentarbereich der JF

jetzt freischalten:

# „Einbahnstraße, falsche Richtung“

Zu: „Sie fürchten die Aufarbeitung“ von Frank Hauke, JF 50/24  
**Der Wahrheit zum Sieg verhelfen**  
Danke für Ihren soliden und faktenreichen Artikel. Ich gehöre zu der Minderheit der „Ungeimpften“ und habe, wie viele andere auch, diese Zeit überstehen müssen. Was mir die Kraft dazu verliehen hat, war das Vertrauen und der Glaube in Jesus Christus, der derselbe ist, gestern, heute und in Ewigkeit (Hebräer 13,8). Das Vertrauen in die Wissenschaft und Politik war erschütternd, doch Christus stellte sich als zuverlässig heraus. Er, der die Wahrheit ist, würde der Wahrheit irgendwann zum Sieg verhelfen. Ich möchte ermutigen, weder blind der Wissenschaft noch der Politik zu folgen, denn wir bedeuten ihnen nichts. Sondern folgt dem, der seine Liebe zu uns am Kreuz bewiesen hat.  
JAN WEREMCHUK, FRANKENTHAL



JF-Ausgabe 50 / 24 vom 6. Dezember 2024

Zu: „Mut ist, nicht zurückzuweichen“, im Gespräch mit Hamed Abdel-Samad, JF 50/24  
**Marsch durch die Institutionen**  
Heute tragen schon Grundschülerinnen das Kopftuch. Natürlich weiß man nicht, ob dahinter der Druck der Familien steht oder ob es Glaubensgründe sind. Auf jeden Fall ist es ersichtlich, daß dahinter der Einfluß des politischen, radikalen Islam erkennbar ist. Was es auch gibt, ist die Bezahlung dafür, ein Kopftuch zu tragen. Laut Seyran Ates werden Frauen in Deutschland und der Türkei aufgefordert, für eine höhere Entlohnung Kopftücher zu tragen, für das Recht auf das Kopftuch vor Gericht zu ziehen. In vorausweisendem Gehorsam hat das Land Baden-Württemberg den Kopftuchverbot für Lehrerinnen gekippt. Nach den Sommerferien wurden gleich zwei dieser Lehrkräfte eingestellt, eine in Mannheim, die andere in Pforzheim. Genau das sagte der Autor auch bei einem Vortrag im Forum Pforzheim, wo ich zugegen war: die falsche Rücksichtnahme gegenüber den Besonderheiten der Moslems. Das Kopftuch ist eine politische Aussage, es ist ein Marsch durch die Institutionen. Angefangen mit dem Kopftuch über den stetigen Kampf, die Ablehnung der Moderne, die schriftgemäße Unterdrückung des anderen Geschlechts, von religiösen Minderheiten. So ist Integration eine Einbahnstraße, allerdings in die falsche Richtung. Das beste Beispiel sei zuletzt genannt. In Nordrhein-Westfalen haben muslimische Eltern eine deutsche Lehrerin bedrängt, sie solle doch bitte ein Kopftuch anlegen.  
MARKUS SPEER, PFORZHEIM

botsantrag der Altparteien zur AfD, eiert vielmehr um das Thema herum mit hanebüchenen Anschuldigungen und Unterstellungen zur AfD. Wenn er zum Beispiel explizit davon spricht, die AfD werde in den Verfassungsschutzberichten schlecht bewertet und daß diese Partei den Staat in der politischen Rhetorik nach Kräften verächtlich mache, erinnert das an den O-Ton dieser Zensurbehörden.  
DIPL.-ING. NORBERT GÜNDLING, NIDDA

Zu: „Teure Wahlversprechen“ von Jörg Fischer, JF 50/24  
**Extrem populistisches Verhaltensmuster**  
Der jüngste Autogipfel in München ist wirklich der Gipfel. Markus Söder ist der profilierteste Selbstinszenierer der deutschen Politik mit extrem populistischen Verhaltensmustern. Nun hat er ein weiteres Betätigungsfeld entdeckt: die Rettung der Autoindustrie mit neuen Förderungen der Elektromobilität. Am Ende bestehen die Subventionen, um etwas anderes handelt es sich bei diesen Hilfen ja nicht, nur aus Steuergeldern. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen. Ein Staat, der sich in alles einmischt und die Gesetze der freien Märkte längst außer Kraft gesetzt hat, wird sich immer mehr Forderungen mit teils erpresserischen Ausmaßen konfrontiert sehen. Denken wir nur an den letzten Bauernaufstand, hervorgerufen durch den Versuch, wenigstens ein paar Subventionen abzubauen beziehungsweise zu reduzieren. Oder die Forderungen der HOGA-Funktionäre in bezug auf eine Mehrwertsteuerermäßigung für die Gastronomie usw.  
Wenn nicht allerschleunigstens eine Rückbesinnung auf die freien Kräfte der Märkte erfolgt, ist die Bundesrepublik bald am Ende. Denn ein alles subventionierendes Überstaat wird dem Unionswahlkampf motto „Freiheit statt Sozialismus“ aus dem Jahr 1976 wohl kaum gerecht.  
CLAUS REIS, SCHWABACH

Zur Kolumne: „Gegenauklärung“ von Karlheinz Weißmann, JF 49/24  
**Unverschämte Forderungen**  
Wie soll jemals eine Verständigung oder Freundschaft mit einem Nachbarstaat entstehen, wenn 80 Jahre nach Kriegsende derart unverschämte Forderungen erhoben werden. Abgesehen davon, daß es genügend historische Tatsachen gibt, die auf eine systematische Provokation Polens zum unseligen Zweiten Weltkrieg hindeuten, hat sich Polen nach dem Krieg nicht nur unsere ostdeutschen Landesteile Ober- und Niederschlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen mit dem Staats- und Privateigentum der Bewohner – ein Drittel unseres ehemaligen Staatsgebietes – entgegen dem Völkerrecht einverleibt. Es hat dazu Entschädigungen für Zwangsarbeiter, billige Kredite in Millionen- bzw. Milliardenhöhe bekommen und bekommt trotzdem offensichtlich den Hals nicht voll.  
Anstatt die geraubten Werte für einen eigenen Wohlstand zu nutzen, neidet man uns diesen – trotz zerstörter Städte samt Infrastruktur, Millionen von

aus der geraubten Heimat Vertriebener und Flüchtlinge. Der mühsam erarbeitete Wohlstand soll weiter schamlos durch den uns selbst auferlegten Schuld-komplex geplündert werden. An eine Entschädigung zum Beispiel für die unzähligen in Lagern gequälten deutschen Zwangsarbeiter nach dem Krieg wurde nie auch nur ein Gedanke verschwendet. Aber auch unsere devoten Nachkriegspolitik haben sich nie getraut, einmal auf diese Fakten hinzuweisen, sondern verweisen bestenfalls auf die beiderseits geschlossenen Verzichtserklärungen. Man kann nur hoffen, daß es dabei bleibt!  
HELMUT KLOSE, NIEDERHAUSEN

Zum Leserbrief: „Reich der Legenden“ von René Langner, JF 49/24

**Ungerechte Beurteilung Helmut Kohls**  
Daß Helmut Kohl bei vielen deutschen Patrioten schlecht wegkommt, habe ich inzwischen begriffen, wenn ich auch Schwierigkeiten habe, diese seltsame Abneigung zu verstehen. So verweist nun auch Leser Langner die Geschichte vom Kanzler der Einheit ins Reich der Legenden und läßt den Popanz eines bundesrepublikanisch saturierten Rheinbündlers entstehen, der sich stets gegen Gedanken an Wiedervereinigung verwarthet habe, bis, ja bis diese plötzlich nicht mehr zu vermeiden gewesen sei. Dann sei Kohl auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Dabei ist die Feststellung richtig, daß Bundeskanzler Kohl sich noch zuletzt 1987 gegen Bernhard Friedmanns Initiative gewandt hat, die Wiedervereinigung durch eigene deutsche Verhandlungen mit der Sowjetunion zu betreiben.  
Kohl hat zu keinem Zeitpunkt geglaubt, daß die Deutschen im Alleingang durch Verhandlungen mit der Sowjetunion, gar mit dem Ziel der Neutralisierung Gesamtdeutschlands, die Wiedervereinigung schaffen könnten. Dieses Axiom seiner Deutschland-Politik war der Grund, weshalb er Bernhard Friedmann unverdient schroff abfertigte. Für ihn war die Wiedervereinigung eine machtpolitische Frage zwischen den Blöcken, und er wollte speziell die Unterstützung der USA nicht aufs Spiel setzen. Auch war er sich im klaren über den Argwohn aus England und Frankreich gegenüber deutschen Einheitsbestrebungen.  
Helmut Kohl hatte aber auch stets das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ernst genommen. Während des Honecker-Besuchs in Bonn 1987 betonte er, daß die GG-Präambel nach wie vor in Kraft sei, und diese Tischrede wurde gemäß Kohls Forderung in West und Ost von den Medien direkt übertragen. Hätte ein Bundeskanzler Helmut Schmidt in dieser Situation ähnlich gehandelt? Als sich 1989 infolge des Volksaufstandes in der DDR eine reale Chance zur Wiedervereinigung ergab, ließ Bundeskanzler Kohl die Dinge nicht treiben und fremde Mächte deren Kurs bestimmen, sondern ergriff den berühmten Zipfel vom Mantel der Geschichte, wie es 1870/71 Otto von Otto von Bismarck getan hatte, und brachte das große Werk gegen alle Widerstände und Intrigen zu einem guten Ende.  
WILHELM HACKE, WITTEN

Zu: „Falscher Alarm für das Klima“ von Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, JF 48/24  
**Wahn, immer und überall Wahn**  
Unsere Zeit ist leider von diversen Wahn-Ideen geprägt, für die wir uns im nachhinein schämen müssen, etwa dem Gender-Wahn oder auch dem Klima-Wahn, der angeblich die Wissenschaft als Grundlage hat und daher unanfechtbar ist.  
Dazu fiel mir folgende historische Parallele ein: In Südafrika ereignete sich eine Geschichte, die beinahe zum nationalen Selbstmord des Volkes der Xhosa geführt hätte. 1854 breitete sich dort eine Vieh-Seuche aus. Die Xhosa erklärten das mit ubuti, auf deutsch Hexerei. Rechtzeitig im Mai 1856 hatte dort ein Mädchen namens Nongquawuse eine Vision der Geister der Ahnen. Die trugen ihr auf, daß die toten Ahnen wieder auferstehen und die bösen Weißen, die Vieh und Getreide verhext hätten, verjagen würden. Dazu aber müsse zuerst das gesamte Vieh abgeschlachtet und das gesamte Getreide vernichtet werden. Danach würden Unmengen von viel schönerem Vieh aus der Erde auftauchen und große Felder mit Getreide reif zur Ernte plötzlich erscheinen. Probleme und Krankheiten verschwinden und die verhassten Weißen würden an einem Tage untergehen! Dies alles sollte geschehen am 18. Februar 1857, „wenn die Sonne sich rot färben würde.“ Die Viehseuche führte dazu, daß die große Mehrheit ihrer Prophetie glaubte und ihre Befehle ausführte. Mindestens 400.000 Rinder wurden geschlachtet, das vorhandene Getreide vernichtet. Natürlich erschienen die Ahnen nicht und auch kein neues Vieh und Getreide. Der Großteil der Xhosa verhungerte! 1857 sank die Bevölkerung von 105.000 auf 37.500. Ein Jahr später wurde der Tiefpunkt mit ca. 26.000 Xhosa erreicht.  
Die Parallele liegt auf der Hand. Die Viehseuche ist der weltweite Temperaturanstieg. Die bösen weißen Hexer sind die geldgierigen und bösen Technokraten, die mit ihren Kraftwerken, Autos, Schiffen und Flugzeugen viel zuviel CO<sub>2</sub> ausstoßen. Jedes Unwetter, jeder Sturm, jede Überschwemmung sind jetzt „Beweis“ für die „Klimakatastrophe“. Nongquawuse ist Greta oder der „Weltklimarat“ (IPCC), und die Geister der Ahnen werden durch „die“ Wissenschaft verkörpert. Es wird kein neues Paradies verheißen, jetzt geht es um die Rettung der Welt vor ihrem Untergang! Diesem Wahn zu 100 Prozent erlegen sind eigentlich nur „die Deutschen“ mit ihrer von Merkel eingeführten „Energiewende“.  
DIPL.-ING. HANS WIRTZ, OTTOBRUNN

Zu: „Auf zu neuen Ufern“ von Liz Roth, JF 48/24  
**Wohlstand für alle, die was dafür tun**  
Ein wirklich schöner Bericht. Mit so einem tollen Kabinett von Donald Trump, das wirklich gute Politik für das Volk betreiben kann. Spitzenkräfte, die mit beiden Füßen in der Realität stehen und einen anständigen Eindruck machen. Ich wünsche mir, wir bekämen so etwas endlich in Deutschland. Männer und Frauen, die gebildet und patriotisch sind und Politik für Deutschland machen. Wahrscheinlich muß wirklich erst alles in diesem Land zerstört werden, bevor ein Umdenken kommt. Gleichwohl war ich nach der Lektüre so euphorisiert, daß ich die Augen schloß und mir vorstellte, Franz Josef Strauß würde im blauen Gewand des König Ludwig II. wieder auferstehen und vereint mit der blauen Partei das rot-grüne Narrschiff „Utopia“ zur ewigen Versenkung bringen. Mit in der Versenkung die Verräter christlich-konservativer Werte. Anschließend gäbe es wieder Sicherheit, Gerechtigkeit, Tugenden und Wohlstand für alle, die was dafür tun.  
JENS REINHARDT, HÖRDEN/HARZ

**Liebe Leser!**  
Leider können wir nicht alle Zuschriften, die uns täglich erreichen, veröffentlichen. Auch müssen wir manchmal kürzen. Alle Briefe werden aber sorgfältig ausgewertet, wemgleich wir sie nicht in jedem Fall beantworten können.  
Ihre Leserbriefredaktion  
JF-Leserbriefredaktion  
Hohenzollerndamm 27 a,  
10713 Berlin,  
Fax: 030 / 86 49 53 - 14,  
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de



Fragebogen  
**Carsten Germis**  
Publizist

**Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?**  
Weil der Jahreswechsel naht: am Ise-jingū, dem Shintō-Schrein, der als das höchste Heiligtum Japans gilt.

**Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?**  
Für gute Freunde, die in Not sind und meine Hilfe brauchen.

**Was bedeutet Heimat für Sie?**  
Jetzt, im Alter, stelle ich fest, daß Heimat der Ort ist, in dem die frühen Erinnerungen tief verwurzelt sind. Das ist nicht immer der Lieblingsort, aber es ist das Zuhause.

**Was ist Ihnen wichtig im Leben?**  
In den Spiegel zu schauen und zu wissen, du hast dich nicht verbogen.

**Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?**  
Üb immer Treu und Redlichkeit.

**Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflusst?**  
„Biblische Betrachtungen“ von Johann Georg Hamann.

**Welche Musik mögen Sie?**  
Kommt auf die Situation an. Wenn es nicht nur der Unterhaltung dient, dann Klassik. Joseph Haydn ist der ideale Kompromiß.

**Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?**

1. Buch Mose 1: Und Gott sprach: Laßt uns Menschen machen nach unserem Bild, uns ähnlich; die sollen herrschen über die Fische im Meer und über die Vögel des Himmels und über das Vieh und über die ganze Erde, auch über alles Gewürm, das auf der Erde kriecht!

**Was möchten Sie verändern?**  
Die deutsche Politik in ihrer gnostischen Realitätsfinsternis.

**Woran glauben Sie?**  
An Gott.

**Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?**  
Eine starke Persönlichkeit mit Demut vor der Schöpfung.

**Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?**  
Der Tod jedes Menschen ist die Zeit, wo die Offenbarung zum Teil an der Seele jedes Menschen erfüllt wird.

**Carsten Germis**, Jahrgang 1959 und von nach Preußen geflüchteten Hugenotten abstammend, ist seit Ende 2023 Chefredakteur von *Tumult*, der Vierteljahresschrift für Konsensstörung.  
► [www.tumult-magazine.net](http://www.tumult-magazine.net)

## JUNGE FREIHEIT WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

**Herausgeber und Verlag:**  
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

**Chefredakteur:** Dieter Stein  
**Stellv. Chefredakteur:** Thorsten Thaler  
**Chef vom Dienst:** Matthias Bäkermann

**Verantwortliche Redakteure:**  
Meinung, Thema: Mathias Pellack; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollradt; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curd-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Geschichte, Literatur: Matthias Bäkermann; Medien, Sein & Zeit: Gil Barkei; Forum: Florian Werner; Leserforum: Christian Dorn; Reporter: Hinrich Rohbohm, Martina Meckelein; Online: Henning Hogggaard (Leitung), Dr. Alexander Graf, Vincent Steinkohl, Zita Tipold, Sven Versteegen  
Schlußredaktion: Matthias Seegrün  
**Satz und Gestaltung:**  
Bärbel Böhm, Daniela Lemke, Andrea Müller, Vera Wischniewsky

Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

**Vertrieb für den Zeitschriftenhandel:** IPS-Vertrieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Anzeigen:** Es gilt die Preisliste vom 1.1.2024. E-Mail: [beck@berliner-medienvertrieb.de](mailto:beck@berliner-medienvertrieb.de)

**Jahresabonnement:** 242 Euro (Sozialabo 154,50 Euro; Schülerabo 113,50 Euro); Bezugspreis für die EU: 317 Euro (Sozialabo 229,50 Euro; Schülerabo 188,50 Euro); Nicht-EU: 323 Euro (Sozialabo 235,50 Euro; Schülerabo 194,50 Euro). Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt.

**Konto:** Postbank Berlin BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08

**Nachdruck:** Nur mit Genehmigung des Verlages.

**Sammelanschrift:** JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin

**Telefon:** 030 / 86 49 53 - 0  
**Fax:** 030 / 86 49 53 - 14  
**E-Mail:** [verlag@jungefreiheit.de](mailto:verlag@jungefreiheit.de)  
**Internet:** [www.jungefreiheit.de](http://www.jungefreiheit.de)

## JF-Intern Am Strand

Kollege Sven Versteegen ist am Boden zerstört. Sein Handy loggte sich vor ein paar Tagen in Rumänien ein, genauer gesagt am Strand – ohne ihn, versteht sich. Und das kam so: „Kinder!“, plopp am 13. Oktober um 6.43 Uhr eine Meldung in der internen Redaktionsgruppe auf. „Mir wurde heute mein iPhone in der S-Bahn geklaut. Eine Anzeige bei der Hamburger Polizei habe ich bereits gestellt. Bitte nur meine dienstliche Handynummer kontaktieren.“  
„Herrjeh, diese Youngsters“, denkt die geborene Hanseatin. „Da tüddeln die Volos mal aus der Provinz in die Metropole und schon sind sie um ein iPhone ärmer.“ Schreiben tut man so etwas natürlich nie und nimmer.  
Nach Wochen der Totenstille ist jetzt klar, wo der teure Fernsprecher abge-

blieben ist. Nach seiner energetischen Wiederbelebung privatisiert er zur Zeit am Schwarzen Meer. Zwar wirbt Apple damit, daß abgängige Produkte seines Hauses für unbefugte Dritte keinen Nutzwert mehr haben, weil Langfinger aufgrund der technischen Raffinesse mit den Dingern nicht mehr telefonieren können. Bis in die Hamburger S-Bahn und ins südliche Europa scheint sich dieses Gadget noch nicht herumgesprochen zu haben. Rücksprache mit der deutschen Polizei. „Die machte mir wenig Hoffnung“, so der Kollege. So bleibt Versteegen nur der Glaube an die menschliche Dummheit. Nämlich, daß irgendein Döskopp mit dem emsig seinen Standort sendenden Ding wieder nach Deutschland einreist. Vielleicht gibt es bald ein Lebenszeichen aus der Hamburger S-Bahn. *Martina Meckelein*

jetzt freischalten: [jf.de/online-plus](http://jf.de/online-plus)

Unser OnlinePlus-Abo

So flexibel wie kein anderes.  
Ihre JF ist jetzt überall dabei. **Wirklich überall.**

Der Flaneur

Winterliches Märchen



Von Holger Ziehm

Der Winter hat Einzug gehalten. Ich bin relativ früh auf den Beinen und muß ein paar Kilometer fahren, dann hat mein Auto Pause. Die Wanderstiefel sind geschnürt und ich nehme den Rucksack auf. Wer heute hier in die Natur geht, kann ein echtes Wintermärchen erleben: tief verschneit ist der Wald.

Stille Plätze ziehen mich an, Hektik und Lärm stoßen mich ab. Der Schnee verleiht dem Wald eine besondere Atmosphäre – diese Mischung aus Ruhe, Klarheit und der spiegelnden Helligkeit, die fast magisch wirkt. Es ist Frost, der Schnee fällt am Boden nicht zusammen und bleibt auch auf den Zweigen und Ästen liegen. Bald werde ich an der 800-Meter-Marke kratzen, knapp jedenfalls.

Der Mann ist verdattert, stammelt ein bißchen schuldbewußt mit dem Handy vorm Gesicht.

Kaum ein Mensch ist zu sehen. Da kommt doch jemand. Der Mann grüßt mich freundlich und bleibt stehen. Er strahlt, wie ich wohl ebenfalls. Aber er warnt mich auch, oben sei es etwas rutschig. Es geht trotzdem weiter bergan, jetzt kommt der Eisnebel, der alles zu verschlucken scheint – auch die Geräusche. Die Wipfel der Bäume hoch über mir bewegen sich wie von Geisterhand kräftig hin und her, obwohl es eigentlich windstill ist. Ich nähere mich wohl dem Gipfel, wo es bläst.

Trotz der Bedingungen lasse ich es mir oben nicht nehmen und trinke „in Ruhe“ ein paar Schlucke Kaffee aus der Thermoskanne. Was für ein herrlicher Ausflug. Ich erklimme auch den Bismarckturm, jetzt bin ich dem Himmel noch näher. Die schöne Aussicht reduziert sich heute auf vielleicht 30 Meter. Unten lese ich die Tafel: Gestiftet dem Kaiser und seiner Gemahlin zur silbernen Hochzeit. Der mußte sich mal anschauen, wie es heute bei uns so aussieht, denke ich.

Auf dem Rückweg überholt mich ein einsamer Wanderer. Er hält sein Mobiltelefon vor das Gesicht und marschiert an mir vorbei. Jetzt kommt meine „gemeine Seite“ mal wieder hervor. „Wie, hier draußen und immer noch am Handy?“, ätze ich, obwohl er wahrscheinlich nur navigiert.

Der Mann ist verdattert, stammelt ein bißchen schuldbewußt. Er weiß nicht, daß ich mich dafür manchmal verlaufe, denn mein Telefon liegt ausgeschaltet in meiner Schreibtischschublade zu Hause. Nun freue ich mich auf meine Kachelofenbank und einen heißen Tee.

»Wer nichts wagt, der darf nichts hoffen.«

Friedrich Schiller  
(1759–1805)

# Rettende weiße Ritter unerwünscht

Do they know it's „White Saviorism“? Besonders in der Weihnachtszeit lauern überall die Rassismus-Fauxpas

GIL BARKEI

Die Adventszeit stellt die Bürger vor ganz neue Herausforderungen. Nicht nur, daß wieder von allen Seiten saisonale Dauerschleife-Songs wie „Last Christmas“ oder „All I Want for Christmas Is You“ die Gehirne rösten. Zudem lauert an jeder Weihnachtsmarktbude neben dem Glühweinkater das Rassismus-Fettknäpfchen. Wer einen Lumumba bestellt, begibt sich beispielsweise alle Jahre wieder auf eine Stufe mit fiesem Sklavenhändler. Denn laut Grünen-Politikern und diversen NGOs verhöhne der Getränkepatrice Lumumba, seines Zeichens der erste demokratisch gewählte Premierminister des Kongo, der sein Land von der Kolonialmacht Belgien unabhängig machen wollte.

Außerdem sei die standardisierte Implizierung eines „Schusses“ irgendwas zwischen gewaltverherrlichend und zynisch, weil der afrikanische Politiker 1961 erschossen wurde. Auf diese Gedanken kommt Mann/Frau/Divers wahrscheinlich erst nach dem zehnten veganen Punsch. Nichtsdestotrotz hat es die Schnapsidee geschafft, daß die Stadt Frankfurt am Main über ihre Tourismus + Congress GmbH den Namen „Lumumba“ streichen will und die Schausteller „eindringlich bitter“, Schilder sowie Menü- und Getränkekarten zu ändern. Auf dem Weihnachtsmarkt in der neu aufgebauten Altstadt auf dem Frankfurter Römerberg solle das Getränk nun lieber „Kakao mit Rum/Schuß“ beziehungsweise „(Heiße) Schokolade mit Rum/Schuß“ genannt werden.

## Sie nehmen Afrika die Würde und Identität

Was die rückständigen woken Weihnachtsmarktwächter allerdings vielleicht noch gar nicht wissen: Damit machen sie sich erst recht des Rassismus im Sinne des „White Saviorism“ schuldig, in dem „weißes Retter“ innewohnt meint, hellhäutige Menschen aus dem globalen Norden müßten den ohne sie völlig hilflosen „People of Color“ des globalen Südens zur Hilfe eilen.

Auch die Produzenten des Radio-Weihnachtsklassikers „Do They Know It's Christmas“ tapsen



Immer mehr Leckereien und Lieder in der Adventszeit fallen den woken Wichteln zum Opfer: Keinem kann man es recht machen

regelmäßig in diese Falle. Der Benefizsong, angesichts einer Hungersnot 1984 vom biobürgerlichen Robert Habeck der Rockmusik, Bob Geldof, als „Band Aid“-Kooperation mehrerer berühmter Sänger ins Leben gerufen, wird seit 40 Jahren immer wieder neu aufgelegt, um Spenden für Afrika zu sammeln. Was nur wenigen auffiel: Damalige und über die Jahrzehnte hinzugekommene Mitwirkende wie Bono, Kylie Minogue, Campino, Peter Maffay oder sogar die No Angels sind allesamt insgeheim Retter-Rassisten.

Erst jetzt dämmert dies manchem schuldbewußten armen Tropf. So betont der britische Lagerfeuer-Gitarre-Schmacksänger Ed Sheeran, er würde im Gegensatz zu seiner Teilnahme 2014 zum diesjährigen runden Jubiläum „respektvoll ablehnen“. Einer der bereits vor zehn Jahren den „Mut“ hatte,

der Plattenverkaufsmaschinerie zu widerstehen, war der britisch-ghanaische Rapper Fuse ODG. Dieser wiederholte nun seine Haltung, denn Charity-Projekte wie „Band Aid“ würden zwar viele Spenden generieren, aber „zugleich auch schädliche Stereotype über Afrika bekräftigen“ und wirtschaftliches Wachstum, Tourismus und Investitionen vor Ort behindern: „Sie kosten den Kontinent Milliarden und nehmen ihm seine Würde, seinen Stolz und seine Identität.“ Afrika würde als dauerhaft hilfsbedürftig dargestellt werden, um Mitleid zu erregen, was die eigenen Ressourcen und Potentiale ignoriere.

Auch die Zeit ist auf Instagram der Meinung, „die negativen Stereotype über den afrikanischen Kontinent ziehen sich durch den gesamten Songtext der Originalversion: Afrika wird darin als homogener Ort dargestellt, an dem nichts wächst, kein

Regen oder Flüsse fließen. Das einzige Wasser, was dort fließt, sei der 'bitter stream of tears', also der 'bittere Strom von Tränen'“. Die Vorurteile aus dem Liedtext „spiegelten sich auch in dem Cover von 1984 wider: Es kombiniert fröhliche Weihnachtsbilder westlicher Kinder mit Schwarzweiß-Bildern unterernährter afrikanischer Kinder“. Diese Gegenüberstellung versträrke „das Bild von Afrika als hilfsbedürftigem Kontinent“.

Das Ganze verkündet also auch eine gute Nachricht: Die vielfach obligatorische Wohlfühlspende zum Fest der Liebe sollte man sich im Kampf gegen Rassismus einfach sparen. In diesem Sinne erstmal Prost bei einem kräftigen Lumumba, „Rumumba“ oder „Lamumba“ (wie es nun mancherorts heißt) mit extra viel Schuß: auf frohe Adventstage und eine weiße Weihnacht.

### Haltungsnote



## Keine „Saubermänner“ werden

GIL BARKEI

Die „Cancel Culture“ trifft auch auf Gegenwehr. Im Interview mit der *Osnabrücker Zeitung* kritisiert die Kinder- und Jugendbuchautorin Cornelia Funke die nachträgliche Änderung literarischer Klassiker, um angeblich rassistische Begriffe zu entfernen. „Damit greift man in das Werk eines Autors ein, der aus seiner historischen Perspektive geschrieben hat“, stellt die 66jährige klar, die mit Büchern wie „Tintenherz“ oder „Die wilden Hühner“ bekannt wurde.

Ein Beispiel sei Astrid Lindgren, die trotz ihrer progressiven liberalen Haltung in einem historischen Kontext den Begriff „Negerkönig“ verwendet habe.



Funke

Dabei zeigt sich Funke gar nicht mal radikal ablehnend gegenüber linken Herangehensweisen. Sie selbst arbeite mit sogenannten Sensitivity-Readern zusammen, die ihre Werke auf stereotype oder diskriminierende Inhalte prüfen, erzählt sie. Dies dürfe jedoch nicht zu einer übertriebenen Politischen Korrektheit führen: „Wir dürfen keine politischen Saubermänner werden, die den Geschichten die Empfindsamkeit nehmen.“ Beim Schreiben über Figuren aus anderen Kulturen oder mit anderer Hautfarbe bezeichne sie Funke als „Gestaltwandlerin“. „Als Geschichtenerzähler“ brauche man die Hoffnung, sich in andere Charaktere hineinversetzen zu können. „Andernfalls könnte ich nur über die Gefühle 65jähriger weißer deutscher Frauen schreiben – und das wäre doch sehr langweilig.“

### Kabinenklatzsch

## Grüne Einwechslung

RONALD BERTHOLD

Was ich heute schreibe, wird wohl viele überraschen. Die Einwechslung des ehemaligen Grünen-Chefs Omid Nouripour bei Eintracht Frankfurt finde ich nicht kritikwürdig – auch wenn ich das ganze Brimborium um Nachhaltigkeit, Vielfalt, Diversität, Regenbogen usw. hier oft genug angeprangert habe. Wenn es aber schon einen Nachhaltigkeitsbeauftragten gibt, warum dann nicht Nouripour? Paßt doch in sein politisches Profil. Was ich aber wichtiger finde: Der 49jährige ist leidenschaftlicher Eintracht-Fan. Es ist für ihn auch eine Herzensaufgabe, für den Klub zu arbeiten, mit dem er sich identifiziert. Wenn er zum Beispiel in den Red-Bull-Konzern gewechselt wäre, könnte man ihm finanzielle Motive unterstellen. Aber sich bei seinem Lieblingsverein einzubringen,

ist völlig in Ordnung. Der Politiker gründete bereits vor zwölf Jahren den Eintracht-Fanclub „Die Bundesadler“ im Deutschen Bundestag.

Und so oft wie wir über gescheiterte Integration klagen, Nouripour ist das beste Beispiel dafür, daß es auch anders geht. Erst mit 13 Jahren kam er mit seinen Eltern aus dem Iran nach Deutschland. Schon vorher begann er Deutsch zu lernen und hat sich in Frankfurt am Main, wo so viele andere Migranten ins Drogendealer-Milieu abrutschen, extrem schnell und gut integriert. Seinen muslimischen Glauben behält er zwar bis heute bei, als religiöser Fanatiker ist der Mann mir aber nie aufgefallen. Und noch etwas: Schlimmer als der frühere Eintracht- und heutige „Ehren“-Präsident Peter Fischer ist Nouripour bei weitem nicht. Anders als von dem Proleten mit Halstuch habe ich vom Ex-Grünen-Chef noch nie gehört, man solle AfD-Wählern „Ohrfeigen geben“ und ihnen ins „Gesicht kotzen“.

### Das JF-Weihnachts-Abo

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT zum Aktionspreis von 35 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Die Belieferung endet automatisch mit der letzten Ausgabe. Ich gehe keine weitere Verpflichtung ein. Das Angebot gilt bis 24. Dezember 2024.

Rechnungs/Lieferschrift (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) Kundennummer, falls zur Hand: Lieferbeginn sofort  ab dem:

Vorname/Name  
Straße/Nr.  
PLZ/Ort  
Telefon  
E-Mail

#### Lieferschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers

Ja, ich habe die Einwilligung des Beschenkten, seine Daten zum Zweck des Abo-Versands weiterzugeben.

Vorname/Name  
Straße/Nr.  
PLZ/Ort

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter [jf.de/datenschutz](http://jf.de/datenschutz)

Datum Unterschrift

Ausschneiden und absenden an: JF-Leserdienst · Hohenzollerndamm 27 a · 10713 Berlin · Fax 030/86 49 53 - 50

## Weihnachten und zwölf Mal Bescherung

[jf.de/weihnachten](http://jf.de/weihnachten)



12 Ausgaben für 35 Euro

2475/8004